



Landtag von Baden-Württemberg

47. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 25. Juni 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 12:59 bis 14:16 Uhr

Schluss: 17:55 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3237	
1. Information zum Flughafen Stuttgart durch den Ministerpräsidenten und Aussprache	3237	gung der Landesbank Baden-Württemberg und der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz und zur Änderung des Landesbankgesetzes – Drucksache 14/2739
Ministerpräsident Günther Oettinger	3237	Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/2841
Abg. Wolfgang Drexler SPD	3240	3273
Abg. Winfried Scheuermann CDU	3242	Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	3243	3273
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	3245	Abg. Dr. Nils Schmid SPD
		3274
2. Aktuelle Debatte – Der Beitrag Baden-Württembergs zur „Bildungsrepublik Deutschland“ – beantragt von der Fraktion der CDU	3246	Abg. Eugen Schlachter GRÜNE
Abg. Volker Schebesta CDU	3246, 3256	3275
Abg. Claus Schmiedel SPD	3247	Abg. Michael Theurer FDP/DVP
Abg. Renate Rastätter GRÜNE	3249, 3259	3275
Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP	3250, 3260	Minister Willi Stächele
Minister Helmut Rau	3251	3276
Abg. Dr. Frank Mentrup SPD	3257	Beschluss
		3277
3. Antrag der Fraktion der SPD – Entlassung des Ministers für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau – Drucksache 14/2865	3261	5. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Baden-Württemberg zum Gründerland machen – Drucksache 14/1885
Abg. Claus Schmiedel SPD	3261	3277
Abg. Stefan Mappus CDU	3262	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE
Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE	3263, 3269	3277, 3285
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP	3265	Abg. Manfred Groh CDU
Ministerpräsident Günther Oettinger	3267	3278
Abg. Dr. Frank Mentrup SPD	3271	Abg. Dr. Rainer Prewo SPD
		3280
Beschluss	3272	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP
		3281
4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereini-		Staatssekretär Richard Drautz
		3283
		Beschluss
		3286
		6. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – „Einmalige Leistungen“ für besondere Schullernmittel – Drucksache 14/1908
		3286
		Abg. Dr. Frank Mentrup SPD
		3286, 3290
		Abg. Andrea Krueger CDU
		3286
		Abg. Renate Rastätter GRÜNE
		3287
		Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP
		3288
		Staatssekretär Dieter Hillebrand
		3288
		Beschluss
		3290

7. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – **Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes in Baden-Württemberg; hier: Ausgestaltung der Pflegestützpunkte und Pflegeberater** – Drucksache 14/1992
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – **Beratungsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verbessern** – Drucksache 14/2476 3291
- Abg. Bärbl Mielich GRÜNE 3291, 3297
 Abg. Katrin Altpeter SPD 3292, 3297
 Abg. Stefan Teufel CDU 3293
 Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP 3294
 Ministerin Dr. Monika Stolz 3295
- Beschluss 3298
8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport –

- Beitragsfreier Kindergarten** – Drucksache 14/2024. 3298
- Abg. Marianne Wonnay SPD 3298, 3304
 Abg. Andreas Hoffmann CDU 3299
 Abg. Brigitte Lösch GRÜNE 3300
 Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP 3302
 Staatssekretär Georg Wacker 3302
- Beschluss 3305
9. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Justizministeriums – **Finanzierung der privatisierten Bewährungshilfe** – Drucksache 14/2070. 3305
- Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE 3305
 Abg. Karl Zimmermann CDU 3307
 Abg. Nikolaos Sakellariou SPD 3308
 Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP 3309
 Minister Dr. Ulrich Goll 3310
- Beschluss 3312
- Nächste Sitzung 3312

Protokoll

über die 47. Sitzung vom 25. Juni 2008

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 47. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Gespräche einzustellen.

Krank gemeldet sind heute die Herren Abg. Reichardt und Rüeck.

Aus dienstlichen Gründen haben sich Herr Minister Professor Dr. Reinhart und Herr Minister Pfister entschuldigt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Minister Pfister ist aber da! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da sitzt er! – Unruhe)

– Ich habe gesagt: „haben sich ... entschuldigt“. Ich habe nicht gesagt, dass er nicht da ist.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt Ihnen vervielfältigt vor. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Juni 2008, Az.: 1 BvR 661/06 – Verfassungsbeschwerde gegen Art. 34 a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und 3 des Bayerischen Polizeiaufgabengesetzes wegen Datenerhebung und Eingriffen in den Telekommunikationsbereich

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Juni 2008, Az.: 2 BvE 4/07 – Organstreitverfahren eines MdB und der Bundestagsfraktion DIE LINKE gegen den Bundesminister des Innern und die Bundesregierung wegen Beobachtung von MdB durch das Bundesamt für Verfassungsschutz

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juni 2008, Az.: 2 BvE 2/08 sowie 2 BvR 1010/08 und 1022/08 – Organklage und Verfassungsbeschwerde des MdB Dr. Peter Gauweiler gegen das Zustimmungsgesetz zum Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Information zum Flughafen Stuttgart durch den Ministerpräsidenten und Aussprache

Ich erteile hierzu dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Verkehrsinfrastruktur ist und bleibt eine wichtige Grundlage, damit Baden-Württemberg wirtschaftlich und sozial erfolgreich in die Zukunft geht. Das heißt, dass ich weiter dafür kämpfe, dass Baden-Württemberg in allen Fragen der notwendigen Mobilität seine Infrastruktur erhalten und ausbauen kann. Ein Land wie Baden-Württemberg, das Wachstumsland ist, ein Land wie Baden-Württemberg, das Exportland ist, ein Land wie Baden-Württemberg, das durch Industrie und gewerblich-technische Produktion geprägt ist und bleibt, benötigt Mobilität.

Die Beförderung von Waren und Gütern sowie von Menschen aus der Arbeitswelt und der wirtschaftlichen Wertschöpfung ist eine notwendige, zukunftsweisende Aufgabe der Landespolitik. Deswegen setzen wir uns ein für den Ausbau unserer Autobahnen von Baden-Baden über Freiburg bis nach Basel, für den Ausbau des Alaufstiegs, für die sechsstreifige Ertüchtigung der Trasse von Karlsruhe bis nach Stuttgart. Deswegen werden wir Baden-Württemberg 21, das heißt die Integration der europäischen Magistrale von Paris nach Bratislava in Baden-Württemberg von Stuttgart nach Ulm, durch einen Baubeginn noch in dieser Legislaturperiode durchsetzen. Deswegen kämpfen wir für die Neubaustrecke Frankfurt–Mannheim genauso wie für die Rheintalbahn, die mit entsprechenden Lärmschutzmaßnahmen den Bürgern zumutbar gemacht werden muss und dann im nächsten Jahrzehnt gebaut werden soll. Deswegen setzen wir uns auch dafür ein, dass der Neckar mit neuen Schleusen europatauglich gemacht wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Neben der Schiene, der Straße und der Wasserstraße ist auch der Luftverkehr eine wichtige Infrastruktur für Baden-Württemberg.

Die Geschäftsführung des Flughafens Stuttgart hat im November letzten Jahres, also vor einem halben Jahr, ein Gutachten vorgestellt und mit dem Gutachten die Überlegung öffentlich gemacht, dass eine zweite Start- und Landebahn für die weitere Perspektive des Flugverkehrs in der Region und im Land sinnvoll sei. Denkverbote gab es nicht und gibt es nicht. Ich halte es für eine legitime Aufgabe von Geschäftsführern, über Umsatzsteigerung, Ertragssteigerung und vermehrte Dienstleistungsangebote konkrete Überlegungen anzustellen.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Unsere Aufgabe als Hauptgesellschafter des Flughafens Stuttgart, als Genehmigungsebene und als die für die Öffentlichkeit politisch verantwortliche Instanz – Landesregierung und Landtag von Baden-Württemberg – ist es, diese Überlegungen der Flughafengeschäftsführung zu prüfen und dann zu entscheiden.

Wir haben zunächst die betroffenen Gemeinden und andere sachkundige Stellen im Land angehört: die Fraktionen des Landtags, die Städte und Gemeinden in der Region, die Verbände und Kammern der Wirtschaft. Deren Rat war uns wichtig und mündet in die Entscheidung von heute ein. Diese Argumente, Bedenken und Äußerungen gingen uns im März und April zu. Auf dieser Grundlage haben wir jetzt zu entscheiden, ob die Landesregierung ein weiteres Gutachten einholt oder ob eine Entscheidung auch ohne weiteres Gutachten sachbezogen und sachgerecht möglich ist.

Ich komme mit der Landesregierung und den Kollegen, die dafür zuständig sind, zu folgendem Ergebnis: Nach intensiver fachlicher und technischer Bewertung und unter Abwägung von Kosten und Nutzen sind wir der Auffassung, dass eine zweite Start- und Landebahn unter Berücksichtigung der Interessen des Standorts Baden-Württemberg, der Bedürfnisse der Wirtschaft und der Schaffung, Sicherung und Erhaltung von Arbeitsplätzen nicht zwingend erforderlich ist.

(Abg. Ute Vogt SPD: Überraschung!)

Diese Aussage gilt für die für uns absehbare und von uns zu verantwortende Zeit.

Die Geschäftsführung hat vorgeschlagen, den Beginn der regulären Betriebszeiten des Flughafens von 6:00 Uhr auf 5:00 Uhr vorzuverlegen. Auch diese Maßnahme ist aus Sicht der Landesregierung auf die für uns absehbare Zeit nicht zwingend erforderlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Flughafen Stuttgart hat derzeit eine Auslastung von etwa 65 %. Unter maximaler Ausnutzung der bestehenden Kapazitäten ist die Beförderung von 14 bis 15 Millionen Passagieren jährlich möglich, und derzeit liegen wir bei zehn bis elf Millionen. Das heißt, wir haben ein Delta von etwa einem Drittel, um dessen Veredelung es uns in den nächsten Jahren geht.

Worauf kommt es uns an? Uns kommt es darauf an, dass die Wirtschaft aus dem Exportland Baden-Württemberg dorthin kommt, wo sie Aufträge erfüllen kann: Service, Wartung, Beratung, Betreuung, Warenaustausch, Cargo, Fracht. Wir wollen erreichen, dass der Flughafen Stuttgart neben Flughäfen, die für Baden-Württemberg auch wichtig sind, wie Frankfurt, München und Zürich, und neben Flughäfen, deren Bedeutung steigen kann, wie im Wesentlichen Karlsruhe/Baden-Baden und Friedrichshafen, für die exportgeprägte Wirtschaft Baden-Württembergs die Transporte möglich macht, die für Waren, Güter, Facharbeiter, Techniker, Geschäftsführer und Vorstände in den nächsten Jahren für das weitere Wachstum Baden-Württembergs und zum Erhalt unserer Arbeitsplätze notwendig sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dafür ist der Flughafen Stuttgart schon jetzt ein attraktiver Ort. Berlin, Hamburg, London, Barcelona, Moskau: Solche wichtigen Destinationen in Europa sind schon jetzt täglich oder mehrfach wöchentlich von Stuttgart aus zu erreichen. Wir wollen, dass die Erreichbarkeit europäischer Wirtschaftsmetropolen in den nächsten Jahren noch weiter verbessert werden kann.

Zweitens: Der Flughafen Stuttgart ist derzeit in starkem Maße kontinental geprägt. Flüge nach Nordamerika, nach Südamerika, in den Mittleren Osten und nach Asien finden zu wenig statt, wurden versucht und wieder eingestellt oder sind derzeit wegen fehlender Verkehrsrechte noch nicht erlaubt.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Flughafen kein Kontinentalflughafen bleibt, sondern entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung Baden-Württembergs verstärkt ein Interkontinentalflughafen wird, dass Destinationen in Amerika und Asien zumindest einmal wöchentlich für die Wirtschaft angeboten werden. Dies ist unser Ziel. Darauf arbeiten wir rechtlich, wirtschaftlich und politisch hin.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber genau für diese weltweite Erreichbarkeit reicht die verfügbare Kapazität aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Während die Abflugzeit von 6:00 Uhr bis 8:00 Uhr zuallererst für nationale Destinationen wie Berlin und Hamburg und für europäische Destinationen wichtig ist, steht für weltweite Flüge die Tageszeit nicht in dem Maße im Mittelpunkt, weswegen die Zeit von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr und generell die freie Kapazität offensteht, damit entlang der Nachfrage durch die Wirtschafts- und Arbeitswelt Flüge zu Zielen jenseits Europas stattfinden können. Diesen Ausbau wollen wir unterstützen. Darauf arbeiten wir als Hauptgesellschafter der Flughafen Stuttgart GmbH gemeinsam mit der Geschäftsführung hin.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Engpass besteht gegenwärtig für Abflüge in der Zeit zwischen 6:00 Uhr und 8:00 Uhr morgens. Deswegen wurde vorgeschlagen, die frühestmögliche Starterlaubnis, den Beginn der Betriebszeit auf 5:00 Uhr vorzuverlegen. Dies streben wir nicht an, weil wir glauben, dass sich in den nächsten Jahren durch Veredelung,

(Zurufe von der SPD: „Veredelung“!)

z. B. durch höhere Flughafengebühren, für diese wertvolle Zeit die Spreu vom Weizen trennen kann und gerade Geschäftsflüge, wirtschaftlich sinnvolle Flüge

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Slots haben!)

verstärkt in dieser Zeit stattfinden können. Eine Verdichtung der Slots, technische Maßnahmen in der Abfertigung und eine entsprechende Veredelung werden dafür sorgen, dass in dieser wertvollen Zeit das stattfinden kann, was für den Wirt-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

schaftsstandort Baden-Württemberg sinnvoll und notwendig ist.

Derzeit gilt, dass Abflüge ab 6:00 Uhr möglich sind. Tatsächlich finden sie erst ab 6:10 Uhr oder 6:15 Uhr statt. Auch dies gehört zur Offenheit.

(Lachen der Abg. Ute Vogt SPD)

Derzeit verlassen die Flugzeuge den Finger um 6:00 Uhr und starten frühestens um 6:10 Uhr. Wir kündigen in aller Ehrlichkeit und Offenheit an, dass wir in Zukunft die Geschäftsführung des Flughafens anhalten werden, dass die Flugzeuge schon um 5:50 Uhr den Finger verlassen, damit Punkt 6:00 Uhr entsprechend den rechtlichen Möglichkeiten auch die Abfertigung und der Abflug von Flugzeugen gelingen und dadurch morgens ungefähr sechs bis sieben Slots mehr in der ersten Stunde abgewickelt werden. Auch dies gehört zur Ertüchtigung der Flughafen Stuttgart GmbH.

(Beifall bei der CDU)

Eine erfreuliche Entwicklung nehmen die Flughäfen in Friedrichshafen und Karlsruhe/Baden-Baden. Karlsruhe/Baden-Baden war vor einiger Zeit hier im Landtag ein großes Thema. Längst haben sich davon alle zu Recht abgewandt.

Als die Landesregierung vor zwei Jahren Lahr eine Genehmigung erteilt hat, war Karlsruhe/Baden-Baden in Unruhe. Hier im Landtag gab es einige Kräfte, die durchaus populistisch sagten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

dass Karlsruhe/Baden-Baden damit seinen Steigflug nicht erfüllen könne. Unsere Politik hat sich sowohl bei Lahr als auch bei Karlsruhe/Baden-Baden bewährt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Land Baden-Württemberg ist für Karlsruhe/Baden-Baden verantwortlich. Dieser Flughafen gehört über den Flughafen Stuttgart mehrheitlich dem Land. Deswegen bin ich am Erfolg des Flughafens Karlsruhe/Baden-Baden interessiert. Wir wollen, dass sich der Steigflug dort fortsetzt, und wir glauben, dass ein Teil der Mitbürger in Baden-Württemberg, die derzeit noch auf den Flughafen Stuttgart angewiesen sind, in der Zukunft bereit sind, den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden zu nutzen, wenn dort das Angebot weiter ausgebaut und verbessert wird.

Sicher ist der Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden nicht die zweite Start- und Landebahn für den Flughafen Stuttgart. Aber eine Ergänzung zu Stuttgart für die notwendige Kapazität, für den Bedarf Baden-Württembergs ist Karlsruhe/Baden-Baden allemal. Deswegen streben wir die Ertüchtigung des Baden-Airports an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Zum Ersten schaffen wir die Voraussetzungen, dass die Allwettertauglichkeit von Karlsruhe/Baden-Baden bis Ende nächsten Jahres gegeben sein wird. Damit ist Karlsruhe/Baden-Baden Tag für Tag und unabhängig vom Wetter ein Standort, der

für alle baden-württembergischen Bürger und die Airlines Sicherheit schafft.

Zum Zweiten streben wir an, dass der Autobahnanschluss der A 5 mit direkter Verbindung zum Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden bis 2012 geschaffen wird –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ganz wichtig!)

rechtlich und technisch. Wenn der Bund bis dahin die Finanzierung nicht sicherstellt, sind wir gesprächsbereit, damit Finanzierungshilfen oder eine Vorfinanzierung des Landes den Ausbau bis Ende 2012 möglich machen und damit der Weg zum Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden für viele Mitbürger in Baden-Württemberg kürzer und dieser Flughafen präzise erreichbar wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zum Dritten werden wir die Frage prüfen, ob man diesen Standort durch eine Absenkung der Park- und der Flughafengebühren generell attraktiver machen kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Paul Nemeth CDU)

Außerdem wollen wir, dass durch einen Wartungstrupp und eine Halle zur nächtlichen Wartung von Maschinen der Wartungsstützpunkt Karlsruhe/Baden-Baden ausgebaut wird und damit für die Fluggesellschaften die Attraktivität des Standorts gesteigert werden kann.

Last, not least werden wir prüfen, ob eine Bahnanbindung oder eine ÖPNV-Anbindung von Karlsruhe zum Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden eine weitere Steigerung der Attraktivität darstellt und ob dies und die Integration in das Schienennetz eine Grundlage für den weiteren Steigflug sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Kurzum: Für den Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden prognostizieren wir, dass die Zahl der Passagiere, die derzeit bei einer Million im Jahr liegt, innerhalb von zwölf Jahren auf zwei Millionen verdoppelt werden kann, was auch eine Entlastung und eine Ertüchtigung der Flugverkehrslandschaft Baden-Württembergs und des Flughafens Stuttgart ist.

Alles in allem: Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg bleibt im Mittelpunkt. Für denselben brauchen wir auch eine gute Fluginfrastruktur. Dafür reicht der bestehende Flughafen Stuttgart mit ergänzenden Maßnahmen aus.

Die Westerweiterung gehört hinzu. In der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP/DVP steht, dass in dieser Legislaturperiode die Westerweiterung für die optimale Wartung und Parkierung von Flugzeugen und damit auch die optimale Abfertigung kommen soll. Deren Bau werden wir in den nächsten beiden Jahren durch einen entsprechenden Antrag der Geschäftsführung und ein Genehmigungsverfahren durchsetzen.

Mit all diesen Maßnahmen werden wir erreichen, dass der Flughafen Stuttgart den Anforderungen der Wirtschaft genügt und durch die Flughäfen in Karlsruhe/Baden-Baden und Fried-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

richshafen ergänzt wird. Damit ist auf die für uns absehbare Zeit der Bau einer zweiten Start- und Landebahn oder auch die zeitliche Vorziehung der morgendlichen Flüge auf 5:00 Uhr nicht zwingend notwendig.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, für die anschließende Aussprache hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

In der Aussprache erteile ich Herrn Abg. Drexler das Wort.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er will die zweite Startbahn! – Heiterkeit – Zuruf des Abg. Winfried Scheuermann CDU)

Herr Ministerpräsident, in Ihrer Erklärung, die Sie vor dem Parlament abgegeben haben, taucht die Formulierung auf, die zweite Start- und Landebahn sei „auf absehbare Zeit“ nicht erforderlich. Was ist „absehbare Zeit“? Ist das die Zeit, die Herr Mappus gegenüber der „Eßlinger Zeitung“ mit „15 bis 20 Jahre“ angekündigt hat?

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Auf jeden Fall länger, als Sie im Landtag sein werden!)

Heißt das bis zum Ende der Legislaturperiode? Es muss schon heute gesagt werden, was unter der Formulierung „auf absehbare Zeit“ zu verstehen ist.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

– Ja, natürlich. Denn klar ist: Wenn der Zusatz „auf absehbare Zeit“ nur ein taktisches Manöver ist, ohne dass Sie einsehen würden, dass oben auf den Fildern nun wirklich keine zweite Start- und Landebahn gebaut werden kann – weder in zehn noch in 15 oder 20 Jahren; weil diese Landschaft und die dort lebenden Menschen dies nicht vertragen –,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

dann ist diese Debatte falsch.

Zweitens: Ihre Rede war davon geprägt, dass Sie lauter Elemente einer Flugverkehrskonzeption eingebracht haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Eine solche Flugverkehrskonzeption fordern wir in diesem Landtag seit acht Jahren. Zuletzt ist diese Forderung von der Landesregierung im Februar dieses Jahres abgelehnt worden. Zu diesem Zeitpunkt hatten wir wieder einmal einen entsprechenden Antrag gestellt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir sind schon bei der Realisierung!)

Herr Stächele hat sich ja gestern auch zu Wort gemeldet, und auch er hat Elemente genannt wie die Anbindung der Flughä-

fen durch die Schiene. Das ist beispielsweise für Söllingen von Ihrer Landesregierung im Februar abgelehnt worden. Des Weiteren hat er die Verlagerung von Verkehren auf andere Flughäfen im badischen Landesteil angeführt. Auch das ist ein Teil unserer Flugverkehrskonzeption.

(Minister Willi Stächele: Das letzte Mal haben Sie Lahr abgelehnt!)

Hierin sehen wir einen Ansatz, bei dem wir sagen: Wenn wir diese Divergenzen mit der Zeit ausräumen können, könnten wir sagen: Späte Einsicht ist auch eine Einsicht. Immerhin ist es so weit, dass Sie sagen, „auf absehbare Zeit“ bräuchten wir keine zweite Start- und Landebahn. Uns würde also schon interessieren, wie lange Sie es ausschließen, dass oben auf den Fildern weiter geplant wird und dass versucht wird, dort eine zweite Start- und Landebahn durchzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre eigentlich viel sinnvoller gewesen, wenn sich die Landesregierung an das Ehrenwort des Herrn Teufel gehalten hätte,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

der gesagt hat: „Nach der Messe gibt es dort oben nichts mehr.“ Mich wundert es, dass es Sozialdemokraten sind, die Sie immer wieder daran erinnern müssen, was der frühere CDU-Ministerpräsident des Landes gesagt hat – ohne dass Sie sich dann allerdings daran halten würden. Er hat gesagt: Das gibt es nicht!

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Sie haben ein volles Jahr gebraucht, bevor Sie sich jetzt daran erinnert haben, dass es einmal ein Ehrenwort gab – Herr Mappus hat in der Zeitung ja erklärt, das sei ein Bestandteil der dritten Säule gewesen. Auch nachdem wir das vorgetragen hatten, haben Sie sich nicht an dieses Ehrenwort erinnern können. Die Landesregierung hat sogar noch im Februar die Auskunft erteilt, frühere Landesregierungen hätten nie eine solche Aussage getroffen; man könne sich jedenfalls nicht daran erinnern, dass so etwas einmal geäußert worden sei. Das haben Sie in der Antwort auf unsere Anfrage geäußert.

Der Bezug auf dieses Ehrenwort wäre eine klare Richtung gewesen und hätte im Übrigen auch Vertrauen geschaffen. Dort oben auf den Fildern hat niemand mehr Vertrauen in die Politik.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: In die Regierung!)

– Nein, ich sage ausdrücklich „in die Politik“, weil natürlich die Regierung die Maßstäbe setzt. Das ist das Problem. Deswegen kritisiere ich das auch.

(Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, im letzten Jahr – im November – kam dieses Gutachten. In Auftrag gegeben worden war es im April, und zwar nicht durch Herrn Fundel, sondern durch Herrn Rech und seinen Aufsichtsrat.

(Widerspruch bei der CDU)

– Natürlich. Da ist der Beschluss gefasst worden, ein solches Gutachten in Auftrag zu geben. Damals im Februar geschah

(Wolfgang Drexler)

das durch Herrn Rech. Herr Rech ist nämlich erst nach einem Jahr abgelöst worden. Am 21. November – das kann ich Ihnen vorlesen – ist Herr Stächele Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen Stuttgart GmbH geworden. Vorher war es Herr Rech, ein Jahr lang, weil man natürlich Herrn Rech herausziehen wollte, wenn möglicherweise ein Planfeststellungsverfahren kommt. Das war der Hintergrund dieses Textes.

Schon damals hätten Sie erkennen können, dass all die Fakten auf dem Tisch liegen. Dieses ganze Theater mit dem zweiten Gutachten war unnötig. Herr Noll, was haben wir hier gestritten! Sie sind für ein zweites Gutachten eingetreten. Die ganze CDU-Fraktion brauchte dieses zweite Gutachten. Sie, der Sie immer gesagt haben, dass Sie den Ausbau nicht brauchen! Wo ist jetzt das Gutachten? Soll ich Ihnen einmal vorlesen, was Sie vor einem halben Jahr beschlossen haben?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fordern Sie eines?
– Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sie haben gesagt:
Stopp aller Gutachten!)

– Ja, ja, wir haben gesagt, dass wir keines wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seien Sie doch zufrieden! Wir erwarten Dankbarkeit!)

– Ja, wir haben gesagt, wir wollten kein zweites Gutachten, und Sie haben beschlossen, ein Gutachten in Auftrag zu geben, es auszuwerten und erst danach zu entscheiden.

Ich stelle also fest: Die Landesregierung hat genau das getan, was wir hier im November beantragt haben: kein Gutachten! Genau das hat sie jetzt gemacht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe der
Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP sowie Dr. Stefan
Scheffold und Dr. Dietrich Birk CDU)

Jetzt komme ich darauf zurück, dass es in diesem Land keine zukunftsorientierte Verkehrspolitik gibt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seien Sie doch dankbar! Wo ist das Problem?)

– Das hat mit Dankbarkeit nichts zu tun, das hat etwas mit politischem Wollen und richtigen Gedanken zu tun, Herr Röhm. Das ist der Unterschied zwischen uns beiden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie einmal,
was Sie wollen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie
sollten uns die Füße küssen!)

Sie haben keine Flughafenkonzeption, Sie haben keine Verkehrskonzeption.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie ist doch vorge-
tragen worden!)

– Nein, sie ist nicht vorgetragen worden, sie ist nur teilweise vorgetragen worden.

Ich will Ihnen auch den großen Unterschied nennen. Erstens: Wir müssen alle Flughäfen einbeziehen – nicht nur Sölingen.

Zweitens: Wir müssen auch die Schiene an die Flughäfen bringen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir sind bei der Realisierung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Auch das ist gesagt worden! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Drittens: Wir brauchen, nachdem wir wissen, dass der Flugverkehr zu den größten Klimakillern gehört, nicht nur eine Verlagerung, sondern auch das Überflüssigmachen von Verkehr im Flugbereich. Wenn Sie vor zwei Tagen die „Stuttgarter Zeitung“ gelesen haben, haben Sie auch gelesen, dass die Bahn sagt, bis zu einer Entfernung von 600 km könne sie den Flugverkehr ersetzen. Wir haben immer gesagt: 500 km. Schuster sagt: 800 km.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Was sagt Verheugen?)

– Also, für einen Oberbürgermeister aus Horb ist das der dümmste Zwischenruf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der hört auch auf!
– Heiterkeit)

Wenn wir wirklich eine Flughafenkonzeption wollen, dann muss das alles einbezogen werden. Das heißt: Bahn muss Flugverkehr ersetzen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Tut sie doch schon,
Gott sei Dank!)

– Das stimmt doch gar nicht! Bei uns in Baden-Württemberg so noch nicht, und deswegen muss das in die Flugverkehrskonzeption hinein.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da sind wir einig!
– Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wir sind dabei!)

– Ja, wir sind uns einig, wir beschließen es aber nicht. Das ist doch der Punkt!

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wer hat es denn blockiert? Die Bundesregierung hat es immer blockiert!)

Viertens: Besteuerung der Verkehrsträger – auch das ist eine Forderung, die aufgenommen werden muss. Wenn wir das Kerosin für den Flugverkehr unbesteuert lassen, dann geht das nicht. Das heißt, die Mehrwertsteuer und die Benzinsteuern müssen gezahlt werden.

Nun kommen wir zu einem interessanten Aspekt, den Sie gebracht haben: eine Flugabgabe. Wir werden demnächst darüber reden. Wir sind zwar immer noch für Steuern, aber wenn Sie der Auffassung sind, man könne das mit einer Abgabe machen, dann sind wir auch für eine Abgabe.

(Lachen des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

Aber auch das muss in eine Flugverkehrskonzeption hinein, damit es nicht teurer ist, vom Stuttgarter Hauptbahnhof oder vom Esslinger Hauptbahnhof mit dem Taxi zum Flughafen zu fahren, als von Stuttgart nach Mallorca hin und zurück zu fliegen. Wir wissen ja, dass das zurzeit der Fall ist. Das muss geschehen, sonst haben wir keine Wettbewerbsfähigkeit.

(Wolfgang Drexler)

Also, Herr Ministerpräsident, wenn Sie wirklich an einer Flugverkehrskonzeption interessiert sind – ernsthaft, durchdacht und glaubwürdig –, dann machen wir mit, dann bekommen Sie das Angebot der SPD. Wenn Sie eine moderne Konzeption wollen – so wie bei Stuttgart 21 und der Neubaustrecke –, wehren wir uns nicht, aber sie muss klar, deutlich und durchdacht sein. Wenn eine solche Konzeption kommt, macht auch die SPD-Fraktion mit.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schön, dass Sie dabei sind! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Drexler, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja. – Zum Schluss möchte ich mich noch bedanken – nicht bei der Landesregierung, sondern bei der Schutzgemeinschaft, bei den kommunalen Vertretern von 45 Städten und Kommunen und bei den vielen Tausend Menschen auf den Fildern, die gearbeitet, die demonstriert haben, intelligente Aktionen gemacht und wahrscheinlich mit dem einen oder anderen von Ihnen gesprochen haben. Ohne diese vielen Menschen und ihr Engagement wäre dieser Erfolg heute nicht möglich gewesen, und deswegen recht herzlichen Dank von der SPD-Fraktion.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen – Beifall des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Scheuermann.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Wir haben gedacht, Herr Mappus kommt jetzt!)

Abg. Winfried Scheuermann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht erwarten Sie es, vielleicht erwarten Sie es auch nicht, aber ich sage es auf jeden Fall: Ich kenne niemanden in der CDU-Fraktion, der so entschieden hinter einer zweiten Start- und Landebahn steht, dass er das, was der Ministerpräsident soeben verkündet hat, kritisieren würde – jedenfalls nicht laut.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie den Grünen – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, diese soeben verkündete Entscheidung hat sicherlich in weit überwiegender Zahl Befürworter, aber es gibt sicherlich auch Leute, die mit dieser Entscheidung nicht einverstanden sind, die diese Entscheidung schlecht finden. Schlecht finden müssen – nach meinem Dafürhalten und aufgrund der bisherigen Entwicklung – all diejenigen die Entscheidung, die ausschließlich betriebs- und volkswirtschaftliche Betrachtungen in ihre Erwägungen einbezogen haben.

Wenn ich jetzt auf die gutachtliche Äußerung der Verantwortlichen für den Flughafen zu sprechen komme, dann stören mich darin vor allem zwei Dinge.

Erstens: Es ist viel zu wenig Wert darauf gelegt worden, wie viel Verkehr dem Flugverkehr durch das, was wir mit sehr viel Geld gegenwärtig und mindestens noch eine weitere Genera-

tion lang mit dem Ausbau unseres Schienennetzes durchführen wollen, abgenommen werden kann. Es kann doch nicht sein, dass wir nur Schienen bauen, um Menschen zu den Flughäfen zu bringen, sondern wir brauchen die Schienen doch in erster Linie, um die Leute vom Flugverkehr – vor allem innerhalb Deutschlands – wegzubringen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Zweitens, meine Damen und Herren: Sehr zu kurz gekommen ist mir in dieser Untersuchung der Verantwortlichen für den Flughafen Stuttgart auch, welche Anteile am zukünftig zu erwartenden Verkehr andere Flughäfen in Baden-Württemberg übernehmen könnten. Da bin ich froh, dass der Ministerpräsident heute bei der Darstellung seiner Alternativen vor allem Maßnahmen genannt hat, die zu einer weiteren Unterstützung und Beschleunigung des Steigflugs in Söllingen unternommen werden können.

An dieser Stelle muss doch auch einmal ganz laut gesagt werden: Es kann doch nicht sein, dass die Entwicklung der Billigflieger – diese ist einer der wesentlichsten Gründe für die wirtschaftliche Prosperität des Flughafens Stuttgart – so weitergeht.

(Beifall bei den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD – Abg. Rita Haller-Haid SPD: Zur Sache!)

Es kann doch nicht sein, dass ich im Moment viel billiger mit dem Flugzeug nach Mallorca fliegen kann, als mit meinem Auto von Stuttgart nach Köln zu fahren.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Schutzgemeinschaft Filder! – Zuruf: Ich fahre mit dem Zug nach Köln!)

Das kann so nicht bleiben. Außerdem sind wir uns wohl alle in diesem Haus einig, dass die Bevorzugung des Flugverkehrs, was die Besteuerung anbelangt, so nicht bleiben kann. Aber wir haben ja jemanden im Haus, der in Zukunft in Europa seine Sporen verdienen will. Hier hat er ein erstes Betätigungsfeld. Denn das ist eine Frage, die man nur europaweit regeln kann.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr guter Konter!)

Nun zurück zu denen, die die Entscheidung von heute Morgen gut finden. Gut finden müssen diese Entscheidung all diejenigen, die bei einer so wesentlichen Investition, wie es eine zweite Start- und Landebahn am Flughafen Stuttgart wäre, eine integrierte Betrachtung anstoßen. Die Funktion dieses zweiten Gutachtens, von dem schon gesprochen worden ist, wäre ja auch gewesen, einer integrierten Betrachtungsweise zum Durchbruch zu verhelfen. „Integrierte Betrachtungsweise“ heißt, neben den wirtschaftlichen Argumenten vor allem auch Argumente wie den weiteren Landschaftsverbrauch, den weiteren Verlust an qualitativ hochwertigen Böden, den Eingriff in die Artenvielfalt und vor allem eine Verschlechterung der Immissionssituation auf den Fildern zu betrachten. Das wäre sinnvoll gewesen.

(Winfried Scheuermann)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Ich persönlich hätte mir von einem zweiten Gutachten versprochen, dass endlich auch diese Gesichtspunkte einmal in ein vergleichbares Bewertungssystem eingeordnet worden wären wie die wirtschaftlichen Gesichtspunkte.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Wirtschaftliche Gesichtspunkte kann ich in Geld messen. Aber vielleicht muss es auch einmal ein System geben, mit dem ich die Umweltgesichtspunkte ebenfalls in Geld bewerten kann.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Dann habe ich unmittelbare Vergleichsmöglichkeiten.

Jetzt ist es so, dass für diejenigen, die diese Entscheidung begrüßen, der politische Druck hinter einer solchen Betrachtungsweise so groß war, dass man diese Entscheidung gegen die zweite Start- und Landebahn heute treffen konnte, ohne abzuwarten, wie sich in der gutachtlichen Betrachtung die Umweltgesichtspunkte bei einer Verwirklichung der zweiten Start- und Landebahn auf Heller und Pfennig ausgewirkt hätten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Und jetzt? – Abg. Peter Hofelich SPD: Wie geht es weiter?)

Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich jetzt als Umweltpolitiker sage: Seit fast einem Jahrzehnt sagen wir immer wieder, in der Umweltpolitik müsse es – jetzt – gebrauche auch ich diesen hochtrabenden Begriff – zu einer Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie kommen. Oft genug haben wir Umweltpolitiker dagestanden und haben mit der Faust in der Tasche beobachtet, dass die Ökonomie gesiegt hat. Hier haben wir in einem ganz wesentlichen Feld der Landespolitik zum ersten Mal ein Ergebnis, das wir vorzeigen können, bei dem es zu einem echten Ausgleich zwischen einer ökonomischen und einer ökologischen Betrachtungsweise gekommen ist

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

und sich letztlich die ökologische Betrachtungsweise durchgesetzt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Ausbau ist nicht durchsetzbar gewesen! – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Deswegen ist heute auch ein sehr guter Tag für alle Umweltpolitiker in diesem Haus.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie veredeln aber auch alles, Herr Kollege! Alles veredeln Sie!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Drexler, jetzt sollte man aber nicht – das ist meine letzte Bemerkung – einen neuen Kriegsschauplatz aufmachen, indem man fragt: Wie lange gilt denn jetzt das Wort, das der Ministerpräsident gegeben hat?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber er hat doch die Frage aufgeworfen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fünf Jahre! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Jetzt sage ich einmal etwas zum Trost für Sie und für mich: Es gilt mindestens so lange, wie wir hier im Landtag sitzen.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber nicht mehr lange! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann müssen wir aber noch fünfmal kandidieren! – Weitere Zurufe von der SPD und der CDU)

Deswegen sollten wir beide wenigstens zufrieden sein.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Spät kommt ihr, doch ihr kommt. Es war ein klarer Sieg nach Punkten für die Opposition.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Das war Wallenstein! – Unruhe)

Es war ein Sieg nach Punkten für die Opposition, für die Opposition der Filderbevölkerung, für die Opposition der Kommunen auf den Fildern und in der Umgebung sowie für die Opposition in diesem Haus. Es war allerdings nur ein Sieg nach Punkten.

(Abg. Stephan Braun SPD: Elfmeterschießen!)

Wir haben es erst einmal geschafft, dass diese zweite Start- und Landebahn auf absehbare Zeit nicht gebaut wird. Aber sowohl Ihre Äußerungen, Herr Kollege Mappus, als auch jetzt die Äußerungen von Ministerpräsident Oettinger besagen: Es war noch kein K.-o.-Sieg. Das müssen wir feststellen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Den wird es auch nicht geben! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir gehen prinzipiell nie k.o.! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich SPD: Das haben schon viele gesagt! – Abg. Ute Vogt SPD zu Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Irgendwann trifft es jeden!)

Diese Äußerung steht im Gegensatz zu dem, was der vormalige Ministerpräsident Teufel gesagt hat, nämlich dass jetzt Schluss sei mit weiteren Großprojekten auf den Fildern. Sie haben sich noch einmal ausdrücklich darauf bezogen, Herr Kollege Mappus. Dabei war dieses Ehrenwort, dieser eine der drei Pole, Herr Kollege Mappus, noch nie mit den beiden anderen vereinbar, die Sie genannt haben. Darauf sind Sie auch ein bisschen spät gekommen.

Das zeigt, dass die Frage der weiteren Lärmbelastung auf den Fildern, des weiteren Landverbrauchs, der weiteren Klimabelastung nicht endgültig vom Tisch ist. Deswegen ist es leider so: Auf den Fildern kann man den Kampfanzug offensichtlich nicht ausziehen – um es einmal etwas martialisch auszudrücken.

(Winfried Kretschmann)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt werden Sie aber militant! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Man muss dort weiterhin wach und aufmerksam bleiben und darf sich nicht einschläfern lassen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei uns zählen Argumente!)

Denn, Herr Ministerpräsident, was die Frage angeht, ob der Flughafenausbau wirtschaftlich notwendig ist, sind Sie mit fast all Ihren Argumenten – fast bis in die Diktion hinein – völlig dem gefolgt, was wir seit Monaten auch in diesem Haus vorgetragen haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Nicht nur Sie! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Man muss sich doch fragen: Warum haben Sie so lange auf ein Gutachten gesetzt, und warum bringen Sie die Argumente, die wir Ihnen vorgetragen haben, erst jetzt vor? Sie hätten von Ihrer Vernunft doch auch schon früher selbstständig Gebrauch machen können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Woran liegt es, dass ihr spät kommt? Das liegt daran, dass sich die Landesregierung von den Geschäftsführern des Flughafens vorführen ließ. Diese bestimmten die Richtung und den Takt.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das merkt man bei der heutigen Entscheidung! – Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Die Landesregierung ist ihnen monatelang hilflos hinterhergelaufen und hat uns alle mit ihrem Gutachten monatelang hingehalten. Das ist die Ursache dafür, dass Sie, Herr Ministerpräsident, in dieser ganzen Frage überhaupt keine gute Figur gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihnen kommt das Thema abhandeln!)

Die Union hat nun eine neue Programmatik aufgestellt. Dabei hat sie sich erstmals richtig mit der Umwelt befasst und hat Umweltziele in ihre Programmatik aufgenommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Allerdings brauchen wir Grünen uns nach der Rede, die hier gehalten wurde, keine Sorgen zu machen, die Union würde uns das Thema Ökologie wegnehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Meinen Sie die Rede von Herrn Scheuermann?)

In Ihrer ganzen Rede ist der Klimaschutz als eines der tragenden Argumente gegen eine Erweiterung von Flughäfen – die nur der Billigfliegerei zugute käme – mit keinem einzigen Satz vorgekommen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Daran sieht man: In Ihrer Politik fehlt die langfristige Linie, die langfristige Orientierung. Wenn man sie aber hat, kann man einen Aufwuchs des Flugverkehrs weder auf dem Stuttgarter Flughafen noch auf dem Flughafen in Söllingen zum Ziel haben. Beides wäre klimapolitisch in gleicher Weise kontraproduktiv.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist dem Klima völlig egal, ob die Flugzeuge in Stuttgart oder in Söllingen starten.

Dazu muss ich noch sagen: Wenn man endlich einmal eine gute Idee hat, nämlich Flugticketabgaben einzuführen, dann ist es mit ihr ökologisch nicht weit her, wenn man gleichzeitig die Parkgebühren senken möchte.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wenn diejenigen, die 15 € mehr für das Ticket zahlen müssen, 15 € weniger an Parkgebühren aufzubringen haben, dürfte die ökologische Lenkungswirkung der Flugticketabgabe höchst gering sein.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Man kann sicherlich nicht überall mit der Bahn hinkommen! Das wissen Sie auch! Und Baden-Württemberg ist nun einmal ein wichtiger Wirtschaftsstandort!)

– Darum habe ich ja gesagt: Das Ganze ist kein völliges Nullsummenspiel, sondern kann höchstens diejenigen ermutigen, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sagen Sie doch gleich, dass Sie den Flugverkehr einstellen wollen!)

Aber bekanntlich sind die Möglichkeiten eines Anschlusses mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Söllingen überhaupt noch nicht richtig gegeben. Ich meine also: So kann es nicht gehen.

Ein Weiteres: Das Nachtflugverbot, das Sie jetzt wieder ein Stück weit „annagen“, gerät natürlich unter Druck, wenn man in die Westerweiterung hineingeht. Denn die Westerweiterung des Flughafens hat den Sinn, dass dort mehr Flugzeuge parken können, um schneller zum Abflug zu kommen. Wer diese Westerweiterung will – zu diesen Stunden; da geht es nur um die Touristikflüge –, erhöht den Druck auf eine Aufweichung der Nachtflugbeschränkung, die ohnehin schon nur eingeschränkt gilt. Propellerflugzeuge, Militärflugzeuge und Postflugzeuge dürfen ohnehin schon fliegen. Wir werden uns mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, dagegen wehren, dass Sie weiter Tatsachen schaffen, die Druck zugunsten einer Aufhebung der Nachtflugbeschränkung ausüben. Die Menschen auf den Fildern erfahren schon jetzt Einschränkungen ihrer Lebensbedingungen und müssen mit einer Nachtruhe von nur sieben Stunden auskommen. Wir werden nicht zulassen, dass Sie das weiter einschränken. Das kann nicht sein.

(Beifall bei den Grünen)

Zusammenfassend ist zu sagen: Wir haben hier einen ganz wichtigen Teilerfolg errungen, vor allem für die lärmgeplagte Filderbevölkerung.

(Winfried Kretschmann)

Wir haben aber leider noch keinen Sieg dahin gehend errungen, den Flugverkehr richtig in eine Zukunft einzuordnen, in der Klimaschutz an erster Stelle steht. Abgesehen von Ihrem umweltpolitischen Sprecher war von der Führung der Union dazu überhaupt nichts zu hören. Das muss uns zu denken geben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie sind ein verkehrspolitischer Neandertaler! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt klatscht die SPD, wo doch Kollege Kretschmann sagt, er wolle Söllingen auch nicht! Ich verstehe es nicht!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie zu erwarten, hat der Sieg immer viele Mütter und Väter. Ich bin froh, und ich bin allen dankbar, die dazu beigetragen haben, dass wir zu dem Ergebnis gekommen sind, das der Ministerpräsident heute klar und mit Fakten unterlegt verkündet hat.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sonst hätten Sie ja zurücktreten müssen! – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Bevölkerung auf den Fildern hat von uns erwartet, dass wir uns nach Abwägung der Gegebenheiten nicht weiter in irgendwelchen Diskussionen über Gutachten verlieren, sondern dass wir eine klare Marschrichtung für die weitere Entwicklung vorgeben. Unser Votum lautet: Wir stehen zu dem einmal gegebenen Wort, dass irgendwann einmal die Grenze der Belastbarkeit der Menschen auf den Fildern erreicht ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie wollten doch ein Gutachten haben! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Das haben wir damals anlässlich des Messebaus versprochen. Die handelnden Akteure sitzen heute noch hier. Deswegen, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, war es ein Akt der politischen Glaubwürdigkeit,

(Unruhe bei der SPD)

ein Sieg der politischen Glaubwürdigkeit, wenn wir heute der Bevölkerung auf den Fildern klar sagen: Wir halten unser gegebenes Wort.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich habe das Thema „Politische Glaubwürdigkeit“ sehr frühzeitig ganz in den Vordergrund gestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Sie selbst wollten doch auch das zweite Gutachten!)

In der Debatte wurde jetzt mehrfach versucht, einen Widerspruch in der Abwägung zwischen Ökonomie und Ökologie zu konstruieren.

Ich behaupte: Gerade die Liberalen – die gesamte Fraktion, gemeinsam mit mir – sind deswegen nach Vorlage der ersten

Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis gekommen, dass man auch ohne sehr viele weitere gutachterliche Überlegungen schon abschätzen kann, dass eine solche Investition des Staates – es ist nämlich ein reiner Staatsbetrieb – bei dem zu erwartenden Nutzen und den zu erwartenden Belastungen sowohl ökologischer als auch ökonomischer Art keineswegs sinnvoll ist.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Ich weise hier also die Behauptung zurück, dass dies auch nur ökonomisch sinnvoll gewesen wäre. Ich darf die Leute aus der Wirtschaft einmal bitten, zu überlegen, ob sie bei diesen Daten und angesichts dieser Möglichkeiten eine Investition in einem solchen Umfang – Minimum 600 Millionen € – tätigen würden, wenn allein schon der Zinsdienst deutlich höher wäre als der derzeitige Gewinn des Flughafens. Bisher ist auch keinerlei Darlegung der Gewinnerwartung erfolgt, sondern nur der erwarteten Umsatzsteigerung. Ich lehne es ab, hier einen Widerspruch von Ökologie und Ökonomie zu sehen,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

sondern sage: Dieses Projekt macht in beiderlei Hinsicht keinen Sinn, und zwar dauerhaft nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD)

Wenn es eines Zitates bedarf: Ein renommierter Flughafenplaner, dessen Name nicht genannt werden soll – so langsam werden dann wahrscheinlich alle aus den Löchern kommen

(Heiterkeit des Abg. Claus Schmiedel SPD)

und das sagen, was der Ministerpräsident zu Recht an Argumenten vorgetragen hat –, zog das Fazit:

Die beste Entscheidung unseres Ministerpräsidenten für den kommenden Mittwoch wäre sicher ein klares „Aus“ für die zweite Startbahn der Nord- und Südvariante wegen

– sagt der Flughafenplaner –

zu geringer Leistungsfähigkeit bei hohen Kosten und zu starker Belastung der Bevölkerung.

Das sind genau die Gründe, die dazu geführt haben, dass wir Liberalen zusammen mit unserem verkehrspolitischen Sprecher Dietmar Bachmann schon den ersten Überlegungen zu Beginn dieser Diskussion sehr skeptisch gegenüberstanden – natürlich auch zugunsten der Bevölkerung auf den Fildern.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Warum haben Sie dann unsere Anträge immer abgelehnt?)

Weil auch der Vorwurf erhoben wurde, es gäbe irgendwelche Alleingänge: Der Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, dass man ein solches Projekt in der Koalitionsvereinbarung hätte festschreiben müssen, wenn man es in dieser Legislaturperiode verwirklichen wollte. Das haben wir bewusst nicht getan. Deswegen war klar, dass es nicht möglich ist, in einem möglicherweise entstehenden Dissens zwischen den Koalitionsfraktionen über Umwege zu versuchen, dieses wahnsinnige Ausbauprojekt letztendlich doch noch zu realisieren.

(Dr. Ulrich Noll)

Deshalb glaube ich an diesem Tag sagen zu können: Auch an dieser Stelle hat die Vernunft gesiegt – die ökonomische Vernunft, die ökologische Vernunft – und natürlich auch ein Stück weit der Respekt vor den Menschen auf den Fildern sowie die Erfordernisse der politischen Glaubwürdigkeit.

Das Thema Wirtschaft wird zu Recht hier immer wieder in den Raum gestellt. Denn eines darf ich Ihnen einfach einmal versichern: Ich habe mich immer als Vertreter des Mittelstands, des Handwerks, kleiner Unternehmen und Dienstleister auf den Fildern verstanden.

(Beifall bei der FDP/DVP – Unruhe)

Das ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Jeder weiß – wenn Sie sie einmal fragen, wissen auch Sie es –, dass auch diese kleinen Betriebe die Luft zum Atmen, Luft auf den Straßen brauchen und dass es schlicht und einfach auch ökonomisch keinen Sinn mehr macht, über all das hinaus, was mit den Planungen für den Fernbahnhof am Flughafen ohnehin noch auf uns zukommt, weitere Großprojekte zu verwirklichen. Damit würden wir in eine Überlastung hineinlaufen,

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

die wir dann dadurch büßen müssten, dass Betriebe abwandern müssten und der wirtschaftliche Effekt in dieser Boomregion im Saldo letztendlich negativ aussehen würde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deswegen glaube ich, dass es, auch für die Bürgerinnen und Bürger auf den Fildern, ein guter Tag ist.

Vielen Dank auch noch einmal für die kräftige Unterstützung schon zu einem Zeitpunkt, zu dem scheinbar noch manches offen war. Es ist ein guter Tag für das Land Baden-Württemberg, für die Region Karlsruhe/Baden-Baden. So klar haben wir uns gewünscht, dass man die Alternativen an diesem Standort selbstverständlich mit in die Überlegungen einbezieht. Letztendlich ist es auch ein guter Tag für diejenigen, die sehr genau darauf achten, was mit Steuergeldern an Investitionen in diesem Land nachhaltig wirksam werden kann. Wir können dieses Geld an anderen Stellen mit Sicherheit besser einsetzen.

Deshalb noch einmal herzlichen Dank insbesondere an meine Fraktion, die von Anfang an –

(Lachen bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:
Ha! – Abg. Reinhold Gall SPD: Ach! – Gegenruf der
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist halt so!)

– Sie sehen es mir vielleicht schon nach, dass das nicht immer ganz einfache Diskussionen sind, wenn man über so etwas redet.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Der Wirtschaftsminister hat das bisher anders gesehen!)

Ich darf schon meinen Dank für das faire Miteinander, das faire Abwägen aussprechen und vor allem den Bürgerinnen und Bürgern auf den Fildern danken, die gemeinsam demonstriert haben, die gemeinsam klar gesagt haben: Jetzt ist Schluss mit weiteren Großprojekten!

Das galt für mich gestern, dies gilt heute, und es gilt für mich auch morgen!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, die für die Aussprache festgelegten Redezeiten sind ausgeschöpft. Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunkts 1.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Der Beitrag Baden-Württembergs zur „Bildungsrepublik Deutschland“ – beantragt von der Fraktion der CDU

Es gelten die üblichen Redezeiten: fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Vor knapp 14 Tagen hat die Bundeskanzlerin in einer Rede davon gesprochen, dass die Bundesrepublik Deutschland zur „Bildungsrepublik“ werden soll. Die CDU-Landtagsfraktion nutzt dies für eine Aktuelle Debatte, um darüber zu sprechen, wie wir in Baden-Württemberg schon bisher für gute Bildung an unseren Schulen sorgen und was darüber hinaus unser Beitrag für die „Bildungsrepublik Deutschland“ sein kann. Das ist uns auf jeden Fall wichtiger als die von der SPD beantragte Diskussion unter Tagesordnungspunkt 3.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Bravo!)

In unserem föderalen System ist Bildungspolitik ureigene Landesaufgabe. Dieser Wettbewerb zwischen den Bundesländern hat der Entwicklung in den Schulen genutzt, hat Impulse gesetzt. Aber wenn Herausforderungen anstehen, ist es richtig, auch gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen.

Was sind diese Herausforderungen? Wir brauchen auch aus demografischen Gründen gute Bildung für alle in den nächsten Jahren. Wir brauchen weiterhin gute Facharbeiter, gute Ingenieure, gute Wissenschaftler, um in unserem Land für Innovationen, für gute Produktion zu sorgen, und das alles in einer zusammenwachsenden Welt. Dies ist ja auch der Hintergrund, dass Angela Merkel ihre Rede in einem wirtschaftspolitischen Zusammenhang, nämlich anlässlich des 60. Jahrestags der Währungsreform, gehalten hat.

Der zweite Punkt ist die Forderung, sich um die Kinder mit Migrationshintergrund zu kümmern. Am selben Tag, an dem die Rede gehalten wurde, ist der 2. Nationale Bildungsbericht veröffentlicht worden. Dieser hat zum Ausdruck gebracht, dass in allen Stufen des Schulsystems Benachteiligungen für Kinder mit Migrationshintergrund festzustellen sind.

Deshalb ist unser Weg richtig, angesichts der Formen der Zuwanderung, die wir in Deutschland haben, vor allem auf die Sprachkompetenz zu achten. Ihnen von der SPD und von den Grünen sei der Sprecher der Autorengruppe des Berichts, Professor Klieme, zitiert und ins Stammbuch geschrieben, der aus diesem Anlass trotz der zentralen Aufgabe in diesem Bereich

(Volker Schebesta)

die Forderung nach einer Einheitsschule zurückweist und davon spricht, dass er den Verlauf eines solchen „gesellschaftlichen Großexperiments“ mit Sorge verfolgen würde. Kommen Sie heraus aus Ihrer Endlosschleife der Murreitertage, und sorgen Sie mit uns zusammen für wirklich konkrete Verbesserungen bei der Sprachkompetenz dieser Kinder. Es ist richtig, dass wir auf den Orientierungsplan im Kindergarten gesetzt haben. Es ist richtig, dass wir das Projekt „Schulreifes Kind“ auf den Weg bringen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

und es ist richtig, dass wir die Sprachstandsdiagnose über ein Jahr vor der Einschulung gesetzlich festschreiben und mit einer entsprechenden Förderung verbinden.

Als dritte Herausforderung will ich, gerade weil die Rede der Kanzlerin in einem wirtschaftspolitischen Zusammenhang gehalten worden ist, aber auch sagen, dass in einer Welt, die zusammenrückt, wo es immer mehr an Wissen und an Informationen gibt, wo viele vor lauter Wald an Informationen die Bäume, die für sie wichtig sind, nicht sehen, gute Bildung natürlich auch immer wichtiger wird, wenn es darum geht, die Grundlage dafür zu erhalten, in dieser Informationswelt – noch über Ausbildung für den Beruf hinaus – sein Leben gut gestalten zu können.

Wir stellen uns in Baden-Württemberg diesen Herausforderungen mit Innovationen im Bildungssystem. Wir haben modernste Bildungspläne auf den Weg gebracht. Auch deshalb müssen jetzt andere Länder bei G 8 auf unseren Weg der Veränderung der Stoffpläne zurückkommen. Wir können uns auf das Thema Hausaufgabenbetreuung, auf Empfehlungen für Stundenkontingente und für den Ganztagsschulausbau, wie es gestern die Landesregierung bekannt gegeben hat, beschränken, weil wir diesen Weg schon hinter uns haben. Wir haben die Evaluation zur Qualitätsentwicklung an den Schulen vorgebracht. Wir öffnen die Schulen durch Kooperationen von Schule und Verein, durch den Jugendbegleiter, durch Pädagogische Assistenten. Viele Elemente von „Schulanfang auf neuen Wegen“ haben inzwischen als einzelne Bausteine oder als gesamtes Konzept in anderen Ländern Eingang gefunden.

Dass andere Länder auf uns schauen und von uns abschauen, ist auch logisch, denn die Erfolge sind messbar. Ein großes Ziel im Nationalen Bildungsbericht ist, dass mehr Schülerinnen und Schüler einen Abschluss erwerben. Wir haben in Baden-Württemberg schon seit Jahren die niedrigste Zahl von Schulabgängern ohne Abschluss. Die bundesweiten Zahlen aus dem Schuljahr 2005/2006 besagen, dass 17 % aller Absolventen mit Hauptschulabschluss aus Baden-Württemberg kommen und dass nur 11 % derjenigen, die ohne Abschluss von den Schulen abgehen, in Baden-Württemberg zur Schule gegangen sind. Das ist ein deutlicher Beleg dafür, dass wir gerade für diesen Bereich gut aufgestellt sind.

(Beifall des Abg. Christoph Palm CDU)

Das Statistische Landesamt hat für 2006/2007 mit 5,9 % Schulabgängern ohne Abschluss den niedrigsten Wert seit 20 Jahren festgehalten.

Gehen wir in unserer Bildungslandschaft weiter den Weg, mit Innovationen die gute Qualität an unseren Schulen voranzu-

bringen. Herzlichen Dank an die Lehrerinnen und Lehrer, die immer wieder solche Innovationen in den Schulen umsetzen. Sorgen wir so dafür, dass Baden-Württemberg weiterhin einen guten Beitrag für eine „Bildungsrepublik Deutschland“ leistet.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Beifall des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Herr Schebesta, Ihre Ausführungen haben wieder einmal deutlich gemacht, dass der Rücktritt des Kultusministers überfällig ist.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Stefan Mapus CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist doch Klamauk!)

Sie beschreiben die Bildungslandschaft in Baden-Württemberg als heile Welt. Sie ignorieren, dass Hunderte von Schulleitern auf die Barrikaden gehen. Sie ignorieren, dass Zehntausende von Eltern und Lehrern auf den Straßen waren.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sie ignorieren, dass die Wirtschaft schier verzweifelt, und geben sich zufrieden mit ein paar Scheinlösungen, weil Sie sich den echten Problemen verschließen.

(Beifall bei der SPD)

Den Beitrag Baden-Württembergs zur „Bildungsrepublik“

(Abg. Volker Schebesta CDU: Können wir wenigstens einmal sachlich diskutieren?)

beschreibt der Hauptgeschäftsführer der IHK Region Stuttgart wie folgt:

Baden-Württemberg hatte einmal in der Bildungspolitik eine bundesweite Vorreiterrolle. Heute ist die Schulpolitik in keinem einzigen Punkt mehr spitze.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Na ja! Da klatscht nicht einmal Ihre ganze Fraktion!)

Ich will zunächst einmal an einem Beispiel untermauern, weshalb der Rücktritt von Herrn Rau überfällig ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist Punkt 3! Das ist die falsche Rede, Herr Schmiedel! – Weitere Zurufe von der CDU: Das ist Punkt 3!)

Wir haben unglaubliche Probleme beim G 8. Diese Probleme hat er monatelang ignoriert.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nennen Sie doch einmal die Probleme! Verstehen Sie etwas von G 8?
– Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Reden Sie einmal zur Sache!)

Der Ministerpräsident, der im Land unterwegs ist, der bei den Eltern ist, hat diese Bedenken aufgegriffen und entsprechende Zusagen gemacht. Er hat zugesagt, dass die Kinder, wenn sie um halb fünf mit der Schule fertig sind, darüber hinaus keine Hausaufgaben mehr haben. Jetzt kommen Sie mit einem Konzept, das heißt: Die Erledigung der Hausaufgaben in der Schule wird sichergestellt, Hausaufgabenbetreuung wird Pflicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wird angeboten!)

Dieses Programm untermauern Sie mit einem Zuschuss von monatlich 4 000 € pro Schule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wird angeboten! Da muss nicht jeder hin!)

4 000 € pro Schule! Wenn Sie das herunterrechnen auf die Schultage, dann kommen Sie auf etwa 20 € pro Schultag. Wenn Sie das noch einmal herunterrechnen auf die Schülerinnen und Schüler und dabei annehmen, dass allerhöchstens die Hälfte der Schülerinnen und Schüler von diesem Pflichtangebot Gebrauch machen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die anderen machen das auch nicht! Das ist richtig!)

dann kommen Sie auf einen Betrag von 6 Cent pro Schülerin und Schüler. Und das nennen Sie einen Fortschritt! 6 Cent pro Tag! Das ist ja lächerlich.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist eine komische Rechnung!)

Wenn Sie das umrechnen auf die 7 €, die die Hilfslehrer bekommen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ihre Mathematikleistungen sind kein Beitrag zur „Bildungsrepublik“!)

dann hat jeder Schüler einen Anspruch auf sechs Sekunden Hausaufgabenbetreuung. Das ist Ihre Methode, um die Qualität zu verbessern. Das ist lächerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist großer Quatsch, was Sie da reden! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist ja peinlich, die Begründung! Das interessiert nicht einmal die Presse! Gucken Sie einmal nach oben!)

Sie haben darauf hingewiesen, dass es weniger Schulabbrecher gibt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Mein Gott!)

Sie haben aber nicht darauf hingewiesen, dass es gar nicht hilft, einen Hauptschulabschluss zu haben, dass das gar nicht der Kern ist.

Jetzt lese ich Ihnen einmal etwas vor, und dann sagen Sie mir, wer das gesagt hat.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Der Vorleser! – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Ist das eine Ratestunde, oder was?)

Die CDU muss sich dringend von dem Mantra verabschieden, dass die Hauptschulen gute Bildung in der Breite sichern. Genau das tun sie nicht.

Weiter sagte er, es sei Zeit, die „ideologischen Gräben der Siebzigerjahre“ zu verlassen.

Schließlich:

Die CDU muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Hauptschule nicht zu retten ist. ... Das Schulsystem heutiger Art zementiert die hoffnungslose Lage schwächerer Schüler, statt diese zu fördern.

Das hat niemand von den Grünen gesagt, niemand von der FDP/DVP, auch niemand von der SPD.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Der Sprecher der Autorengruppe oberschwäbischer Lehrer! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist völlig wurscht, wer das gesagt hat! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist völlig egal, wer das gesagt hat!)

Kurt Lauk, der Vorsitzende des Wirtschaftsrats der CDU, hat das gesagt. Wenn Sie schon nicht auf uns hören, dann hören Sie doch zumindest auf Ihre eigenen Leute.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Der hat so viel Ahnung davon wie Sie!)

Der Rücktritt von Herrn Rau ist deshalb überfällig,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist Punkt 3, Herr Schmiedel!)

da es in der Diskussion in diesem Haus längst weiter gegangen ist, als er oder Sie wahrzunehmen bereit sind.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Genau das ist der Punkt!)

Es gibt in diesem Haus eine Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo ist sie denn?)

Es gibt eine Mehrheit dafür, den Städten und Gemeinden Spielraum zu geben für eigene pragmatische Weiterentwicklungen vor Ort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo ist denn die Mehrheit? Sagen Sie es doch einmal!)

Es gibt eine Mehrheit für verbindliche Ganztagschulen am G 8.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo ist sie denn, die Mehrheit?)

– Der eine Teil dieser Mehrheit ist hier auf unserer Seite, und der andere Teil ist eine heimliche Gruppe auf Ihrer Seite.

(Claus Schmiedel)

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Sie haben gar keine Ahnung! Ihr seid doch bei 20 %!)

Sie ignorieren, dass es in diesem Land eine gesellschaftliche Mehrheit gibt

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Mehrheit ist für das gegliederte Schulwesen! Das wissen Sie ganz genau!)

und dass es eine breite Unzufriedenheit gibt; dies wahrzunehmen sind Sie nicht bereit.

Mit Ihren Statistiken kommen Sie nicht weiter.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Sie leben in einer anderen Welt!)

Damit können Sie sich vielleicht als Abteilungsleiter in der Behörde von Frau Brenner bewerben. Aber als Bildungspolitiker versagen Sie, wenn Sie die Probleme verschweigen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fragen Sie doch einmal die Realschullehrer! – Abg. Volker Schebesta CDU: Haben Sie eigentlich zugehört und gemerkt, dass ich von Herausforderungen gesprochen habe? – Gegenruf des Abg. Stefan Mappus CDU: Nein, der kann nicht zuhören! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Fragen Sie einmal die Eltern von Realschülern, ob sie das gegliederte Schulwesen wollen oder nicht! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Schulleiter Röhm, seien Sie endlich einmal ruhig!)

Sie sollten endlich zur Kenntnis nehmen, was die Eltern, was Schulleiter, was die Wirtschaft, was der Landesfamilienrat und unglaublich viele andere – auch die Diakonie hat es jetzt in ihrer Jahrestagung beschlossen – vorbringen. Sie fordern: Dieses Land braucht endlich ein besseres Bildungsangebot für alle. Es nützt nichts, immer nur im Durchschnitt zu denken. Sie lassen eine nicht unbeträchtliche Zahl unserer jungen Menschen im Stich, und das ist unerträglich.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Deshalb, Herr Rau: Treten Sie zurück!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha, ha! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jetzt haben Sie zum falschen Tagesordnungspunkt gesprochen! – Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Welchen Sinn hat diese von Ihnen beantragte Debatte heute Morgen?

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Keinen!)

Wie immer ist der Sinn, wieder einmal zu beweisen und zu behaupten, dass Baden-Württemberg in der Bildungspolitik spitze ist, dass alles richtig gemacht wird.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Stefan Mappus CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aber gerade der neue Bundesbildungsbericht wie auch der Bildungsbericht des Landes Baden-Württemberg beweisen uns, dass kein Land in Deutschland einen Grund hat, sich zurückzulehnen, dass kein Land einen Grund hat, zufrieden zu sein. Diese Bildungsberichte zeigen in klarer Weise, dass wir zwar Stärken, aber auch große Schwächen im Bildungssystem haben, und zwar auch in Baden-Württemberg. Der baden-württembergische Bildungsbericht beweist, dass eine Hauptschwäche die unzureichende Förderung von Schülern aus sozial benachteiligten Verhältnissen ist und dass insbesondere Kinder mit Migrationshintergrund in unserem Bildungswesen massiv benachteiligt sind. Das heißt, Jubelarien sind hier fehl am Platz. Der Bildungsbericht mit den dort dargestellten Stärken und Schwächen zeigt, dass wir auch die Schwächen in den Blick nehmen müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wenn Sie schon – zu Recht – den Schulen auferlegen, dass sie in einem Evaluationsbericht ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen aufzeigen müssen, dann kann auch von Ihnen zu Recht verlangt werden, dass Sie nicht nur betonen, wo die Schulen hier im Land ihre Stärken haben, sondern dass auch offengelegt und eingeräumt wird, wo die Schwächen liegen. Denn nur dann gibt es eine Chance für eine Modernisierung des Bildungswesens.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich sage ganz offen: Wer unfähig ist, die Schwächen und Probleme im Bildungswesen zu erkennen, wie es bei Ihnen der Fall ist, dem fehlen auch der Mut, die Kraft und der Weitblick für eine echte Reform des Bildungswesens.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der FDP/DVP: Ihnen fehlt noch mehr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige Beispiele: Drei Jahre lang hat Kultusminister Rau die gravierenden Probleme im Zusammenhang mit dem Konzept des G 8 geleugnet. Erst der extreme Druck von Eltern, die inzwischen auf die Barrikaden gegangen sind und riesige Demonstrationen im Land organisieren, hat dazu geführt, dass Sie jetzt Reparaturmaßnahmen einleiten. Es sind und bleiben jedoch Reparaturmaßnahmen. Es sind deshalb Reparaturmaßnahmen, weil Kultusminister Rau immer noch – das ist auch in einem neuen Brief an die Eltern dieses Landes so der Fall – behauptet, das Konzept sei richtig, nur an den Schulen würde es nicht umgesetzt werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es, Frau Rastätter!)

Was wird mit diesem Brief jetzt gemacht? Mit diesem Brief werden die Eltern sozusagen aufgefordert, die Lehrer zu kontrollieren und sie unter Druck zu setzen. Wie soll da ein Vertrauensverhältnis zwischen Schule und Elternhaus entstehen, wie es zur Stärkung der Bildung in Baden-Württemberg dringend notwendig ist?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer unsinnige Hausaufgaben gibt, muss auch die Verantwortung dafür übernehmen!)

(Renate Rastätter)

Dieser Starrsinn ist kennzeichnend für die Bildungspolitik in diesem Land. Der Starrsinn ist auch im Bereich der Vergleichsarbeiten zu erkennen. Im Land gibt es bei Bildungsexperten bis hinein ins Landesinstitut für Schulentwicklung sowie über alle Verbände, über die Öffentlichkeit und über die Eltern hinweg die Meinung, dass man den Druck herausnehmen kann, wenn Vergleichsarbeiten nicht benotet werden. Auch das wird jedoch verweigert, ohne dass es dafür stichhaltige Gründe gibt. Denn der Begriff der Evaluation besagt geradezu, dass wir keine Benotung damit in Verbindung bringen dürfen. Das ist bildungspolitischer Starrsinn auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler und der Schule.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das zweite Beispiel sind die neuen Schulmodelle. Die Krise des dreigliedrigen Schulsystems spitzt sich in Baden-Württemberg immer mehr zu. Wir haben aufgrund der demografischen Entwicklung das Problem, dass Hunderte von Schulstandorten wegbrechen werden. Wir haben vor Ort mutige und engagierte Bürgermeister und Schulleiter, die gemeinsam Konzepte für neue Schulmodelle entwickeln, bei denen zusammenkommt, was zusammengehört, nämlich eine innovative Lernkonzeptentwicklung mit individueller Förderung und einer Weiterentwicklung der Schulstruktur.

Das ist Schulentwicklung von unten im besten Sinne. Aber auch diese Entwicklung wird nicht akzeptiert und genehmigt. Auch das nenne ich bildungspolitischen Starrsinn. Hinzu kommt noch die ideologische Verbohrtheit, das althergebrachte, überkommene Schulsystem aus dem vorletzten Jahrhundert auf Biegen und Brechen mit aller Gewalt beibehalten zu wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Folge dieser Bildungspolitik in diesem Land ist ein dramatischer Sinkflug ihrer Akzeptanz. Das ist für unsere Gesellschaft fatal. Denn es ist so, dass unsere Gesellschaft nichts dringender braucht als die Erhöhung des Stellenwerts der Bildung und ein größeres Vertrauen in die Bildung. Deshalb sagen wir: Wir müssen wegkommen von dieser Bildungspolitik.

Kollege Mappus – er ist gerade gegangen –

(Abg. Stefan Mappus CDU: Nein, ich bin da! – Zuruf: Der hört aber nicht zu!)

hat einen geradezu zynischen Vorschlag unterbreitet,

(Zuruf: Was?)

indem er in einem Interview erklärt hat, wir brauchen eine bessere Vermarktung unserer Bildungspolitik. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen keine verbesserte Vermarktung; wir brauchen eine bessere Bildungspolitik in diesem Land. Dafür werden wir uns mit allem Nachdruck einsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige wenige Anmerkungen zu dem Begriff „Bildungsrepublik“ und zu dem, was dabei im Hintergrund ein wenig mitschwingt. Die Begriffe „Bildungsrepublik“ oder „Bildungsgipfel“ hören sich gut an. Man muss es Frau Merkel schon lassen: Sie hat mit sicherem Gespür frühzeitig ein Wahlkampfthema besetzt. So gipfelfahren wie sie ist, wird sie, denke ich, dies im kommenden Herbst auch sehr medienwirksam umsetzen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Aber auch von der Sache her!)

Aber ich bin ihr schon dankbar, dass sie den Fokus des öffentlichen Interesses wieder auf das Thema Bildung gelenkt hat. Das ist gut so.

Was wir allerdings nicht brauchen, meine Damen und Herren, ist, dass Bildungspolitik zur Chefsache der Kanzlerin wird. Eher sollte das Thema Bildung zur Chefsache für jeden Ministerpräsidenten werden. Das wäre schon etwas besser.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir bleiben dabei: Bildung ist Ländersache. Dort gehört sie hin, und dieses Ergebnis der Föderalismusreform wollen wir uns nicht nehmen lassen. Wir halten daran fest.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir wollen keinen bildungspolitischen Zentralismus, wir wollen keine bundesweiten Bildungspläne und auch kein bundesweites Abitur. Denn das würde unter dem Strich für Baden-Württemberg eine Verschlechterung bedeuten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Widerspruch bei der SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wenn die sich unserem Niveau anpassen würden, wäre das in Ordnung!)

Wer das nicht glaubt, der sollte einmal einen Blick in die derzeit laufende TOSCA-Studie werfen. Darin wird als erstes Ergebnis festgestellt, dass die Abiturienten in Baden-Württemberg verglichen mit den Abiturienten in Hamburg 78 Punkte Vorsprung haben. Das entspricht einem Lernfortschritt von einem Schuljahr. Diese Qualität, meine Damen und Herren, wollen wir uns nicht nehmen lassen. Wir wollen einen echten Bildungsföderalismus. Denn nur durch den Wettbewerb der Länder ist es möglich, neue Wege auszuprobieren, neue Konzepte zu erproben, von den Besten zu lernen und die Misserfolge zu begrenzen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

In diesem Sinne, im Sinne eines echten Bildungsföderalismus, hat Baden-Württemberg in den letzten Jahren in der Tat Beachtliches geleistet.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

(Dr. Birgit Arnold)

Ich darf mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten Dr. Ulrich Trautwein vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin zitieren:

Das Bildungssystem in Baden-Württemberg ist aus wissenschaftlicher Sicht ausgesprochen spannend, da sich hier eine besondere Verbindung zwischen der Wahrung traditioneller Elemente, die als schützenswert wahrgenommen werden, und einer Vorreiterrolle bei der Modernisierung des Bildungssystems findet. Zu den modernen – und von manchen anderen Ländern kopierten – Elementen gehören die beruflichen Gymnasien ebenso wie die Berufsakademien, und auch mit der Anfang des Jahrzehnts beschlossenen Reform der gymnasialen Oberstufe ... übernahm Baden-Württemberg die Vorreiterrolle in einer schnell einsetzenden Welle von Reformen in anderen Bundesländern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Besser kann man es nicht ausdrücken. Baden-Württemberg hat einen großen Beitrag zur Fortentwicklung der Bildungslandschaft in der Bundesrepublik insgesamt geleistet.

Diesen Weg gehen wir weiter. Wir sind auf einem guten Weg, denn wir sind wieder in der Vorreiterrolle. Mit unseren Projekten „Schulreifes Kind“, „Bildungshäuser“, „Jugendbegleiter“, „Pädagogischer Assistent“, „Islamischer Religionsunterricht in der Grundschule“ sind wir erneut bundesweit die Ersten und setzen wiederum Maßstäbe für die ganze Bundesrepublik.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sagen es, Frau Kollegin! – Zuruf: Projekte, nichts als Projekte!)

Wir beweisen aufs Neue, dass wir eines der modernsten und erfolgreichsten Bildungssysteme in Europa haben, und ich für meine Person stehe dazu und werde weiter für diese Bildungslandschaft in ihrer Differenziertheit kämpfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Das andere haben wir alles gesehen!)

Ich werde weiter kämpfen, dass sie in ihren Grundzügen erhalten bleibt, aber dass dort, wo Entwicklung und ein weiterer Ausbau nötig sind, dies auch vonstatten gehen kann. Wir stehen vor großen Herausforderungen, und dazu möchte ich in der zweiten Runde noch ausführlich Stellung nehmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Kultusminister Rau.

(Zurufe von der SPD: Noch! Noch! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist und bleibt unser Kultusminister, meine Damen und Herren, damit da Klarheit herrscht! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Ute Vogt SPD: Es ist noch jeder gegangen, wenn wir es beantragt haben!)

Minister für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Bildung sprechen, dann sprechen wir über die Zukunftschancen der jungen Generation. Da muss ich der Kollegin Rastätter bei dem, was sie einleitend gesagt hat, recht geben: Egal, wie gut die Ergebnisse sind, es gibt nie einen Grund, sich zurückzulehnen, und es gibt auch keinen Grund, nur Jubelarien zu singen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig!)

Aber wenn wir kritisch unsere Aufgaben für die Zukunft definieren, dürfen wir auch sagen, wo wir stehen und was wir erreicht haben. Da das in diesem Haus nur partiell zur Kenntnis genommen wird und man es vielleicht auch nicht hören will, will ich das jetzt ganz bewusst an den Anfang meiner Rede stellen. Auf die anderen Punkte komme ich auch noch zu sprechen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Noch einmal ganz deutlich sagen! – Abg. Reinhold Gall SPD: Die gleiche Leier wie immer!)

Am 13. Juni – vor nicht einmal zwei Wochen – hat hier im Haus eine Pressekonferenz mit Professor Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung und mit Professor Trautwein vom gleichen Institut stattgefunden. Da ging es u. a. darum, welche Chancen sich für Jugendliche aus dem Bildungswesen in Baden-Württemberg ergeben. Professor Baumert, der ja in der Szene der Bildungsforschung in Deutschland einen ganz herausragenden Ruf genießt, hat beispielsweise gesagt, dass in Baden-Württemberg der Anteil derer, die drei Jahre nach dem Schulabschluss noch keine vollwertige Berufsausbildung haben, „sehr, sehr deutlich niedriger“ liege als im Bundesdurchschnitt. Er nannte dann als Fragestellung für eine Studie: „Woran genau liegt dieses bemerkenswert positive Ergebnis in Baden-Württemberg“,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

das konkrete Chancen junger Menschen in ihrer weiteren Entwicklung über die Schule hinaus beschreibt? Darum muss es in jeder Phase gehen: die Schule nicht nur als abgeschlossenen Raum zu sehen, sondern den Zusammenhang zwischen Schule und den konkreten Chancen für den Einstieg in ein selbstverantwortetes Leben zu sehen und im Auge zu behalten. Das ist für mich eine der Hauptüberschriften über meine Bildungspolitik.

Wir haben in einigen Studien erfahren, wo wir stehen. Uns liegen Daten vor, die uns in den Vergleich zu anderen Ländern setzen. Wir können eine Reihe von Aussagen zitieren, mit denen unser Bildungswesen beurteilt wird – kompetenter, als es hier bisher vonseiten derer geschehen konnte,

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

die meinen, sie müssten das Bildungswesen in Baden-Württemberg in Grund und Boden reden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

(Minister Helmut Rau)

Bei den bisher vorliegenden Ländervergleichen im Rahmen der PISA-Studien liegen wir innerhalb Deutschlands in der Spitzengruppe. Wir liegen in einer Spitzengruppe, deren Leistungen sich deutlich vom Durchschnittswert Deutschlands abheben und die damit auch international eine ganz andere Platzierung einnimmt als Deutschland insgesamt.

Nun hat sich Deutschland aber schon deutlich nach vorn entwickelt: Die Ergebnisse der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 waren wirklich problematisch. Da lag Deutschland bei den drei Leistungsparametern Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften auf den Plätzen 21, 20 und 20 unter 30 teilnehmenden Ländern.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Hört, hört!)

Inzwischen nehmen fast 60 Länder an der PISA-Studie teil. Deutschland liegt jetzt auf den Plätzen 14, 14 und 8. Da wir deutlich über dem deutschen Durchschnitt liegen, befinden wir uns mittlerweile in der internationalen Spitzengruppe. Diese Daten werden im November dieses Jahres veröffentlicht. Sie belegen, dass wir durch unsere Arbeit in den letzten Jahren ein ausgezeichnetes Ergebnis erzielt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Es wird immer wieder kritisch hinterfragt, wie viele Schülerinnen und Schüler das Ziel einer Schulausbildung erreichen, wie viele ein Jahr wiederholen müssen. Die Wiederholerquote wird als ein Signal dafür, dass es mit der individuellen Förderung in den Schulen nicht klappt, sehr problematisiert. Wir haben die niedrigste Wiederholerquote in ganz Deutschland.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bravo!)

Kein anderes Land kommt da an uns heran. Sie liegt bei 1,8 %. In der Bundesrepublik liegt sie im Durchschnitt bei 2,7 %.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ein deutlicher Unterschied!)

Das sind nicht viele Prozentpunkte Unterschied, aber die Quote im Bundesdurchschnitt ist gegenüber dem baden-württembergischen Wert immerhin um die Hälfte höher.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Auch hier drin gibt es Wiederholer!)

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat im letzten Jahr bei der Betrachtung von 13 unterschiedlichen Feldern der Bildungspolitik in der Summe festgestellt:

Die berufliche Bildung und Akademisierung gehören ebenso wie die Internationalisierung des Bildungswesens zu den Stärken des Landes. ... Baden-Württemberg ist es gelungen, das hohe Bildungsniveau auszubauen.

Ich lege großen Wert auf den Hinweis, dass alle diese Elemente einen Beitrag dazu zu leisten haben, die Chancen der jungen Menschen auszubauen.

Die Wirtschaft in Baden-Württemberg hat im letzten Jahr wieder deutlich mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, nämlich 81 000. Das ist ein Plus von 7 %. In diesem Jahr setzt sich dieser Trend fort. Das geht nur, wenn die Schulen ihrer

Aufgabe nachkommen, die Jugendlichen so zur Ausbildungsreife zu bringen, dass diese mit diesem Angebot etwas anfangen können.

Wir haben in Baden-Württemberg die höchste Berufsabschussquote aller Länder in Deutschland. 93 % schließen eine Ausbildung ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das funktioniert nur, weil wir ein Bildungssystem haben, in dem die Durchlässigkeit oberste Priorität genießt. Das heißt nicht, dass wir alle in eine Schule stecken und sagen: „Jetzt seid ihr beieinander, dann werdet ihr auch das Gleiche erreichen.“ Das ist schon immer ein Trugschluss gewesen. Ich werde das nachher noch an Beispielen deutlich machen. Es ist entscheidend, dass ein differenziertes Schulsystem gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler auf unterschiedlichen Wegen zu einem bestmöglichen Erfolg kommen können.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: So ist es!)

Bei uns in Baden-Württemberg machen heute 45 % der Hauptschüler einen mittleren Bildungsabschluss, erwerben die mittlere Reife.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Auch hier ist die Durchlässigkeit sichergestellt.

50 % eines Altersjahrgangs – das ist der höchste Wert in Deutschland – erreichen mittlerweile in unseren Schulen auf unterschiedlichen Wegen eine Studienberechtigung. Die Hälfte davon erreichen sie nicht im allgemeinbildenden Gymnasium. Das ist eine sensationelle Erfolgsquote für die beruflichen Schulen in unserem Land. Auch hier liegen wir im Bundesvergleich mit großem Abstand auf Platz 1.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Aber wir beschäftigen uns nicht nur mit den Aufsteigern, sondern auch mit denen, bei denen die Risiken in der eigenen Entwicklung auch in der Schule deutlich werden. Da geht es um diejenigen, die es schließlich nicht schaffen, mit einem Abschluss von der Schule zu gehen. Man hat sich bundesweit darauf verständigt, dass die Quote derer, die keinen Hauptschulabschluss erreichen können, in den Schulen deutlich gesenkt werden muss. Wir haben, was die Schülerinnen und Schüler betrifft, die nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, die niedrigste Quote. Wir hatten im vorletzten Jahr eine Quote von 6,3 %; mittlerweile liegt sie bei 5,9 %.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber nicht überall!)

Bundesweit liegt sie deutlich darüber. Wir liegen auch hier auf Platz 1 unter allen Bundesländern.

Es sind bei Weitem nicht alle Hauptschüler, die den Hauptschulabschluss nicht erreichen. Da sind natürlich auch alle Förderschüler dabei. Sie erreichen aber einen eigenen Abschluss und haben beispielsweise über Berufsbildungswerke eigene Zugangswege in die weitere berufliche Tätigkeit.

97,3 % aller unserer Hauptschülerinnen und Hauptschüler haben zuletzt einen Hauptschulabschluss erreicht. Das ist eine ausgesprochen hohe Erfolgsquote.

(Minister Helmut Rau)

(Beifall bei der CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Entscheidend ist, was sie damit anfangen können!)

Wir kümmern uns auch darum, dass diejenigen, die eine sonderpädagogische Förderung brauchen, diese einerseits in für sie sehr gut geeigneten Sonderschulen bekommen können. Wir haben dort die beste Schüler-Lehrer-Relation aller Bundesländer. Aber wir haben gleichzeitig die höchste Quote aller Länder bei der Frage: Wie viele Kinder werden an den allgemeinen Schulen durch sonderpädagogische Unterstützung gefördert? Bundesweit sind das gerade einmal 14 %, bei uns sind es 40 %. Das alles ist noch die Abteilung „Erfolgsquoten“.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig achten wir darauf, dass wir diese Erfolgsquoten nicht etwa dadurch erreichen, dass wir etwas verschenken. Wir verschenken keine Abschlüsse.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das wäre ja noch schöner!)

Abschlüsse müssen werthaltig bleiben, damit sie für den Übergang genutzt werden können. Deswegen stellen wir uns auch jeder Qualitätsanforderung und jedem Qualitätsvergleich. Dabei kommt für die Jugendlichen in unserem Land die mit Abstand niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland und in Europa heraus.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das liegt aber nicht an der Landesregierung!)

Jetzt beträgt sie nur noch 2,8 %. Davon träumen andere nicht einmal, weil sie wissen, dass sie dies nicht erreichen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Natürlich ist die Frage immer auch: Wie viele Lehrkräfte stehen zur Verfügung, um die Aufgaben in der Schule wahrzunehmen? Man kann natürlich sagen: nie genug. Aber ich will auch hier wenigstens eine Zwischenbilanz ziehen.

Wir haben eine Relation von 16,1 Schüler pro Lehrer. Das ist der erste Platz unter allen alten Flächenländern. Die neuen Bundesländer taugen hier wegen des massiven Schülerrückgangs in diesen Ländern nicht wirklich zu einem Vergleich.

(Zuruf von der SPD)

Wir haben mit den Pädagogischen Assistenten eine neue Profession in die Schulen gebracht. Die Schulen, die daran partizipieren, sind mit dem Einsatz dieser Pädagogischen Assistenten sehr zufrieden.

Die Frage ist: Was kommt nach? Seit dem Jahr 2000 haben wir in Baden-Württemberg 38 000 Lehrerinnen und Lehrer neu in den Schuldienst des Landes eingestellt.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Junge Lehrerinnen und Lehrer, die modern ausgebildet sind, die beispielsweise auch von Anfang an in ihrer Ausbildung mit den neuen Bildungsplänen gearbeitet haben, bilden damit rund 40 % des gesamten Personalkörpers in den Schulen.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist ja logisch! Dass die Menschen älter werden, kann selbst die CDU nicht verhindern!)

Ich sage Ihnen, dass in diesem Jahr rund 4 100 weitere Lehrerinnen und Lehrer in den Schuldienst des Landes eingestellt werden. Auch das ist, glaube ich, eine unglaubliche Anstrengung, die wir hier unternehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben im Stellenplan des Landes aktuell 90 535 Lehrerstellen. Das ist ein historischer Höchststand in der Geschichte des Landes Baden-Württemberg. Es kann keine Rede davon sein, dass auf Kosten der Bildung gespart werde. Wir haben bei sinkenden Schülerzahlen das hohe Niveau der Lehrerausstattung gehalten,

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber trotzdem hatte mein Sohn gestern kompletten Unterrichtsausfall! Den ganzen Tag keinen Unterricht! – Gegenruf der Abg. Elke Brunnemer CDU)

und wir haben damit dafür Sorge getragen, dass die Ziele, die ich beschrieben habe, auch erfolgreich erreicht werden können.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ein Quatsch!)

Wir haben als eines von drei Ländern keinen Numerus clausus bei der Ausbildung von Referendaren. 13 andere Länder verhindern, dass Studenten ihre Ausbildungen zügig zu Ende bringen können. Wir gehören zu den drei Ländern, die den Numerus clausus bei der Referendarausbildung nicht eingeführt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben eine Reihe von Erfolgskonzepten zu bilanzieren. Die frühe Bildung ist in den Mittelpunkt unserer Betrachtungen, aber auch in den Mittelpunkt unserer Taten gerückt. Mit dem Orientierungsplan für den Kindergarten, mit dem Projekt „Schulreifes Kind“, mit dem Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige, mit der Sprachförderung vor und in der Grundschule haben wir erhebliche Mittel eingesetzt und Konzepte erarbeitet, mit denen wir die frühkindliche Bildung zu einem durchgängigen Konzept – von Beginn des Kindergartens an bis zum Ende der Grundschule – entwickeln.

Wir haben auf der anderen Seite aber nicht vor, die Grundschulzeit zu verlängern. Es gibt keinen Grund dafür.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Macht keinen Sinn! – Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Eine Verlängerung der Grundschulzeit dezimiert die Konzepte der weiterführenden Schulen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Minister Helmut Rau)

Wer auf eine sechsjährige Grundschule setzt, setzt damit auch auf das sechsjährige Gymnasium, die vierjährige Realschule und die dreijährige Hauptschule. Das sind keine wirklichen Perspektiven.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Inzwischen haben wir ja auch eine deutliche Antwort auf die Frage bekommen, was von der sechsjährigen Grundschule zu erwarten ist. Professor Rainer Lehmann von der Humboldt-Universität in Berlin

(Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

hat dazu Untersuchungen angestellt. Er hat deutlich festgestellt, dass die vierjährige Grundschule ein erfolgversprechenderes Konzept ist, wenn man sie in den Zusammenhang mit den weiterführenden Schulen stellt.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Falsch interpretiert! Das stimmt einfach nicht! – Zuruf des Abg. Thomas Knapp SPD)

– Ich interpretiere nicht. Ich bin auch bereit, zu zitieren, wenn Sie das nicht glauben wollen. Ich habe auch dazu ein Zitat dabei. Lehmann betont: „Bei einer nur vierjährigen Grundschule ist der Lernfortschritt in allen Leistungsgruppen besser.“

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Hoppla!)

Man kann da nicht viel fehlinterpretieren.

Wir haben die Ganztagsschulen systematisch ausgebaut. Derzeit sind es 837 Schulen, die sich als Ganztagsschulen konstituiert haben. Wir verpflichten sie nicht, sondern wir bieten ihnen die Möglichkeit dazu. Die Entscheidung wird vor Ort nach Bedarf und nach Beratung mit allen zu beteiligenden Gruppierungen getroffen.

Wir haben für das neue Schuljahr erneut 221 Ganztagsschulen zusätzlich genehmigt.

(Abg. Ute Vogt SPD: Und wie viele Lehrer dazu?)

Damit liegen wir schon bei fast 1 060 Ganztagsschulen im Land.

Wir haben dort mit dem Jugendbegleiterprogramm eine intelligente Form der Vernetzung von Schule und außerschulischer Bildung geschaffen. Mittlerweile nehmen 765 Schulen dieses Programm wahr. Das heißt, fast alle Ganztagsschulen arbeiten mit dem Jugendbegleiterprogramm. Auch hier schreitet die Entwicklung zügig voran.

Wir haben für unsere Schulen stimmige Schulkonzepte auf der Basis moderner Bildungspläne. Diese Bildungspläne haben erstmals in der Geschichte der Bildungspolitik in Deutschland Standards gesetzt, Kompetenzen formuliert und den Schulen den Auftrag zur Entwicklung von Schulcurricula gegeben. Hartmut von Hentig, dessen Rang in der deutschen Bildungsszene unbestritten ist, hat das Vorwort für die Bildungspläne verfasst – das war bereits eine Adaption der Bildungspläne – und schreibt darin, dass diese Reform „eine Antwort auf die jetzt gegebenen und erkennbaren Erwartungen“ an die Schulen ist.

Mit diesen Konzepten und mit der gestärkten Eigenständigkeit der Schulen entwickeln wir unsere Schulen weiter. Aber die Schulen entwickeln sich auch weiter. Es ist ganz entscheidend, dass wir hier von den Schulen selbst erfahren, wie sie die Verantwortung, die ihnen übertragen worden ist, wahrnehmen.

Um ihnen und uns eine Rückmeldung darüber zu geben, haben wir die Schulen zur Evaluation verpflichtet. In diesem Jahr ist die verpflichtende Selbstevaluation angelaufen. Im nächsten Jahr läuft die verpflichtende Fremdevaluation an. Wir haben dazu das Landesinstitut für Schulentwicklung als eigenständige Einrichtung gegründet – sie ist kein Teil des Kultusministeriums. Die Schulen werden somit auf diesem Entwicklungsweg systematisch begleitet. Das ist auch ein sinnvolles und zusammenhängendes Konzept.

Wir setzen – ich habe es vorhin schon erwähnt – ganz wesentlich auf die vertikale Durchlässigkeit und auf die Anschlussfähigkeit. Ich zitiere noch einmal Jürgen Baumert – das Zitat ist zehn Tage alt –:

Baden-Württemberg ist das durchlässigste und modernste Bundesland.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Er fügte hinzu:

Baden-Württemberg ist das Land mit dem glattesten Übergang zwischen Schule und beruflicher Bildung.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Genau!)

Dieser Zusammenhang ist entscheidend wichtig. Wir erleben immer wieder, dass unsere Bildungskonzepte unter Auslassung dessen betrachtet werden, was an den beruflichen Schulen geschieht.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Zielorientiert!)

Die beruflichen Schulen werden aber von mehr als zwei Dritteln aller Jugendlichen besucht. Dort geschieht ein ganz wesentlicher Teil von Bildung und Ausbildung. Erst wenn wir beides zusammen denken, erhalten wir die richtigen Ergebnisse.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Unter welchen Bedingungen?)

Welche Herausforderungen haben wir zu bestehen? Da ist zum einen das Thema „Schulentwicklung, Umsetzung und Realisierung der Bildungspläne“ zu nennen. Wer eine so grundlegende Veränderung von den alten Lehrplänen zu den neuen Bildungsplänen vornimmt, muss wissen, dass die Schulen Zeit und Erfahrung brauchen, um diese Entwicklung meistern zu können. Wenn wir aber von dem Konzept selbst überzeugt sind, können wir nicht sagen: „Wir verzichten wegen der Probleme der Umstellung“,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

sondern wir müssen die Schulen in der Umstellung unterstützen, damit sie die gesetzten Ziele auch erreichen können. Wir

(Minister Helmut Rau)

haben Rückmeldungen von den Schulen, die insgesamt sehr positiv zu bewerten sind.

Ich halte die Sicherung der Unterrichtsqualität einschließlich eines Personalentwicklungskonzepts für eine ganz wichtige Aufgabe, bei der es sicherlich noch einiges zu tun gibt.

Ich betrachte die Entwicklung der Schulstandorte vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung als eine wichtige Aufgabe.

Auch die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund sehe ich als eine ganz wichtige Aufgabe an, die wir zu erledigen haben. Allerdings ist bei PISA nachgewiesen, dass wir in Baden-Württemberg mit unseren Migranten höhere Bildungsziele erreichen als andere Bundesländer mit ihren einheimischen Schülerinnen und Schülern.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das heißt, wir sind vernünftig unterwegs, wir sind aber noch nicht am Ziel. Die Sprachförderung wird auch hier ein Schlüssel dazu sein, dass diese Jugendlichen ihre Bildungschancen wahrnehmen können.

Ich sehe die Herausforderung, Netzwerke für Schulen aufzubauen. Wir haben solche Netzwerkbildungen, und überall dort, wo sie gelingen, sind sie wertvoll. Da kommt für uns die Zusammenarbeit mit Stiftungen und Verbänden der Wirtschaft oder mit kulturellen Einrichtungen infrage. Vor Ort geschieht durch die Öffnung der Schulen ungeheuer viel.

(Zustimmung des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es gibt viele gute Beispiele, an denen man sich orientieren kann.

Ich sage Ihnen jetzt einmal eines: Ich habe einen grundsätzlich anderen Blick auf Schule. Ich sehe, was in der Schule alles geschehen kann, welche Entwicklungen dort laufen können. Wir müssen uns am guten Beispiel, am gelingenden Beispiel orientieren. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden, sondern man muss bereit sein, voneinander zu lernen und die Dinge voranzubringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Es gehört zu unseren Aufgaben, die Priorität der Bildungspolitik im Haushalt abzusichern –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

eine wichtige Herausforderung. Wir hatten im Jahr 2002 5,3 Milliarden € in unseren Haushaltsplan eingestellt. Im Jahr 2008 sind es 7,9 Milliarden €.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP)

Wenn das keine Prioritätensetzung ist!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben Wert darauf gelegt, dass in Zeiten sinkender Schülerzahlen die Stellen in den Schulen bleiben und für Innova-

tionen eingesetzt werden. In der laufenden Legislaturperiode würden durch die sinkenden Schülerzahlen rein rechnerisch über 4 000 Stellen frei. Nicht eine davon wird gestrichen – alle werden sie in den Schulen eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen diese Anstrengung auch in die nächste Legislaturperiode hinein denken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es wird ja immer wieder argumentiert, in unseren Schulen komme die soziale Gerechtigkeit unter die Räder. Was ist denn soziale Gerechtigkeit im Bildungswesen? Soziale Gerechtigkeit heißt für mich, dass wir jedem Kind und jedem Jugendlichen die Chance geben, seine Potenziale auszuschöpfen und persönlichkeitsbildende Erfahrungen zu machen, die es ihm ermöglichen, ein selbstverantwortetes Leben zu führen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Jedenfalls theoretisch!)

Dazu gehört ein offenes System mit unterschiedlichen Wegen und einer Vielfalt von Chancen. Das ist genau das, was wir in Baden-Württemberg entwickelt haben und auch weiterentwickeln werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Und praktisch?)

Diejenigen, die behaupten, soziale Gerechtigkeit und Einheitsschule seien ein Begriffspaar, das man gar nicht trennen könne, sind auf dem Holzweg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wer will denn eigentlich Einheitsschule? Kein Mensch!)

– Wer will eine Einheitsschule? Lesen Sie doch Ihre eigenen Anträge, dann haben Sie die Einheitsschule.

(Widerspruch des Abg. Reinhold Gall SPD)

Sie kennen Ihre Anträge nicht! Aber die braucht man sich auch nicht zu merken; Sie werden sie hier nämlich nicht durchsetzen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lesen lernen! – Abg. Alfred Winkler SPD: Die Lesekompetenz hört in Baden-Württemberg schon beim Minister auf!)

Meine Damen und Herren, diejenigen, die auf das Konzept der Einheitsschule setzen, mögen einen vernünftigen Schulablauf hinbringen. Das haben die Finnen geschafft. Die Schweden haben es nicht geschafft. Die Franzosen haben es nicht geschafft. Andere haben es auch nicht geschafft. Aber was wird hinterher? Für mich stehen die Chancen der Jugendlichen im Mittelpunkt. In Schweden bleiben 20 % der Schüler sogar nach der Wahrnehmung von Nachholmöglichkeiten außerhalb der Schule ohne Abschluss, 30 % verlassen die Schule ohne

(Minister Helmut Rau)

Abschluss. Finnland und Schweden haben bei den jugendlichen Arbeitslosenquoten von um die 20 %.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Eine falsche Zahl! Unglaublich!)

Wir liegen bei 2,8 %.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sie vergleichen doch Äpfel mit Birnen! Das ist doch unmöglich! – Unruhe bei der SPD)

Deswegen muss ich Ihnen sagen: Es ist einfach nicht richtig und auch nicht zulässig, beides in einen Topf zu werfen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Unmöglich!)

Eckhard Klieme, der neue deutsche PISA-Chef, der kürzlich den Nationalen Bildungsbericht vorgestellt hat, hat gesagt:

Ohne Differenzierung kann ein Bildungssystem nicht funktionieren.

Dieser Meinung bin ich auch.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Sie wollen uns ein Großexperiment aufreden. Wir werden uns darauf nicht einlassen. Ich zitiere noch einmal Professor Baumert, der sagt:

Eine Schulstrukturdebatte geht an den wichtigen Fragen vorbei.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist die reinste Laborküche! Das ist doch alles experimentell, was Sie machen!)

Die wichtigen Fragen für uns sind Unterrichtsqualität, individuelle Förderung, Anschlussmöglichkeiten und Zukunftschancen. Daran orientieren wir uns konsequent.

Der Herr Bundespräsident, der sich unser Bildungssystem in Baden-Württemberg darstellen ließ, hat mir unlängst geschrieben, dass die Reformen in Baden-Württemberg – ich zitiere – „in die richtige Richtung weisen und intensiv vorangetrieben werden sollten“. Genau das haben wir vor. Das haben wir bisher getan, das bleibt unsere Zielsetzung, das ist unser Beitrag zur „Bildungsrepublik Deutschland“.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Stefan Mappus CDU: Hervorragend!)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schebesta.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Zurück in die Steinzeit!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Minister, herzlichen Dank für die Darlegung der Grundzüge der Bildungspolitik in Baden-Württemberg aus Anlass unserer Aktuellen Debatte. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Bildungspolitik in unserem Land. Wir sind uns sicher, dass diese Bildungspolitik

ein Beitrag zum Werden der „Bildungsrepublik Deutschland“ sein wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Das bezweifle ich!)

Aber jetzt zu Ihnen, Herr Schmiedel: Ich dachte eigentlich, die SPD-Landtagsfraktion nutzt die Gelegenheit, anlässlich der von uns beantragten Debatte eine sachliche Auseinandersetzung zu führen und dann meinetwegen bei Punkt 3 herumzupoltern. Was soll ich eigentlich von einer Debatte halten, in der ich ausdrücklich – und zwar wahrscheinlich während mehr als der Hälfte meiner Redezeit – von drei Herausforderungen – im Wortlaut: „Herausforderungen“ – der Bildungspolitik spreche und Sie dann hier ans Mikrofon kommen und sagen: „Sie nehmen die Herausforderungen gar nicht zur Kenntnis“?

(Heiterkeit des Abg. Stefan Mappus CDU)

Was ist denn das für eine Debatte? Wenn Sie hier nur herumpoltern wollen und gar keine sachliche Auseinandersetzung führen wollen, dann wären wir mit einer weiteren Parlamentsreform schnell fertig. Dann gehen wir nämlich künftig heim, wenn die Fernsehkameras ausgeschaltet sind. Wenn Sie aber eine sachliche Auseinandersetzung über diese Punkte führen wollen, dann schicken Sie jetzt in der zweiten Runde vielleicht –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sie bringen doch bei diesem Thema immer wieder nur Althergebrachtes! Da ist gar keine Diskussion möglich! – Gegenrufe von der CDU – Unruhe)

– Entschuldigung, Herr Gall!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das zum Thema Fensterreden! – Unruhe)

– Herr Gall, wenn ich gerade davon spreche, dass ich drei Herausforderungen beschreibe, und Sie sagen, ich würde hier nur Fensterreden halten – Was ist denn jetzt los? Hören Sie eigentlich überhaupt zu, wenn Sie ständig Zwischenrufe machen?

(Abg. Reinhold Gall SPD: Natürlich! Gerade deswegen, weil ich zuhöre, bin ich ja so in Rage!)

Wenn Sie eine Auseinandersetzung in der Sache wollen, dann schicken Sie jetzt am besten einen Bildungspolitiker heraus, der sich mit dem auseinandersetzt, was man hier in einer Aktuellen Debatte am Mikrofon gesagt hat, und der keine vorgefertigte Rede hält.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ute Vogt SPD: Dann sagen Sie einmal etwas! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Herausforderung Nummer 2 bei mir war eine bessere Grundlage für die Kinder mit Migrationshintergrund. Herr Schmiedel, ich habe gar nicht mit Statistiken gefuchelt. Es gab drei internationale Studien mit zweimal vertiefenden Untersuchungen für Baden-Württemberg. Ich habe PISA gar nicht erwähnt, und ich habe auch IGLU nicht erwähnt. Ich habe PISA 2003 mit einer vertiefenden Studie über die Kinder mit Mi-

(Volker Schebesta)

grationshintergrund ebenfalls nicht erwähnt. All das könnte ich tun, um zu belegen, dass das Schulsystem in Baden-Württemberg besser ist als andere Schulsysteme in Deutschland, denen Sie hinterherrennen. Das habe ich gar nicht gemacht.

Der Anlass dieser Debatte ist der 12. Juni: zum einen die Rede von Angela Merkel und zum anderen die Veröffentlichung des 2. Nationalen Bildungsberichts. Der Sprecher der Autorengruppe des Nationalen Bildungsberichts, der ausdrücklich auf den Punkt „Kinder mit Migrationshintergrund“ hinweist, sagt: Die Einheitsschule kann darauf keine Antwort geben. Er sieht mit Sorge, wenn einer solchen Entwicklung nachgegangen wird.

Und da kommen Sie hierher und setzen sich gar nicht damit auseinander, sondern sagen nur, wir würden mit Statistiken herumfuchteln!

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat doch der Minister 30 Minuten lang gemacht! Er hat doch 30 Minuten lang Statistiken zitiert!)

Setzen Sie sich doch einmal in der Sache mit dem auseinander, was man hier am Mikrofon sagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann sprechen Sie von Ihrer gesellschaftlichen Mehrheit für eine Einheitsschule.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lächerlich!)

Natürlich gibt es das veränderte Übergangsverhalten auch in Baden-Württemberg. Natürlich gibt es die Sorge um Hauptschulstandorte. Natürlich gibt es Eltern und Kinder, die sich überlegen, was sie mit dem Hauptschulabschluss anschließend anfangen. Aber es gibt auch die Sorge um die richtige Förderung der Kinder. Die Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land – da brauchen wir uns nicht die Aussagen von Bildungswissenschaftlern um die Ohren zu hauen; Sie haben selbst Bezug genommen auf eine angebliche gesellschaftliche Mehrheit – hat aus dieser Sorge um die richtige Förderung der Kinder die Position, dass sie die Einheitsschule nicht für richtig hält und dass sie das gegliederte Schulsystem unterstützt.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Exakt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es!)

Darauf müssen Sie hier auch eingehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup.

(Widerspruch bei der CDU)

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ich hatte mich vorher gemeldet.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es geht nach der Rednerfolge! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja in Ordnung, dass Sie reden! – Abg. Stefan Mappus CDU: Das ist in Ordnung, ist genehmigt!)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Frage war ja eigentlich: Was ist der Beitrag Baden-Württembergs zur „Bildungsrepublik Deutschland“? Wir haben jetzt eine ausufernde Darstellung des Herrn Ministers über seine Innensicht erlebt. Diese hat aber nach meiner Wahrnehmung mit der Außensicht auf Baden-Württemberg relativ wenig zu tun.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Warum das denn?)

Lassen Sie mich an vier Punkten darstellen, was ich erlebe, wenn ich draußen herumkomme.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Wo?)

– Außerhalb von Baden-Württemberg, wenn es um das Bildungsland Baden-Württemberg geht.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ja wo? In Südamerika, oder wo?)

Der erste kleine Punkt ist: Uns wird Annette Schavan zugeordnet. Das ist ja ganz interessant.

(Abg. Stefan Mappus CDU: Ihnen?)

– Nein, nicht uns, sondern Baden-Württemberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Uns als Baden-Württemberg!)

Es ist ja schon ganz interessant – das sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen –, dass diejenige Person, die hier das Hohelied des Föderalismus gesungen hat, die hier zuvor gegen Ganztagschulen war und deren Einführung verzögert hat, während sie gleichzeitig ohne Einschränkung für G 8 plädiert hat und dies teilweise bereits eingeführt hat, jetzt hier ins Land kommt und auf der „didacta“ sagt: „Ihr müsst G 8 ganz anders machen. Es geht nur mit Ganztagschule. Ihr müsst auch mit der Ganztagschule ganz anders einsteigen, um die Bildungsherausforderungen der Zukunft zu begreifen.“

Sie müssen doch zur Kenntnis nehmen, was passiert, wenn eine Politikerin, die aus diesem Land kommt, dann plötzlich von außen daraufschaut und sich an übergeordneten Zielen orientiert und nicht nur am Machterhalt und ihrer eigenen Position.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Was ist jetzt Ihr Beitrag zur Sache?)

Zweiter Punkt: Die Menschen von außerhalb Baden-Württembergs, die sich für Bildungspolitik interessieren, fragen mich: Ihr habt Projekte zur Schulsozialarbeit gemacht, ihr habt Bildungspläne eingeführt, ihr habt ein G-8-Modell kreiert, ihr habt Ganztagschulmodelle gehabt mit zehn Stunden pro Woche und pro Klasse bei gebundenen Ganztagschulen. Ihr organisiert den Übergang von der Kindertagesstätte zur Schule neu mit Projekten wie „Schulreifes Kind“, „Schulanfang auf neuen Wegen“, Bildungshaus. Ihr macht einen Orientierungsplan ab 2009 verbindlich.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Dr. Frank Mentrup)

Wie wird das denn eigentlich alles umgesetzt? Da muss ich sagen: Die Projekte sind entweder auf null gestellt wie bei der Schulsozialarbeit – man hat gesagt, es werde alles auf die Kommunen abgeschoben –,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Das stimmt doch gar nicht!)

oder man hat die Projekte umgesetzt, hat aber die Ressourcen reduziert wie bei den Ganztagschulen, sodass die Schulträger einspringen müssen für Aufgaben, die eigentlich Ihre Aufgaben sind.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Mappus CDU: Reduziert?)

– Im Modell waren es zehn Wochenstunden, Herr Mappus, und jetzt in der realen Genehmigung sind es fünf Wochenstunden. Sie können mit fünf Wochenstunden bei einer gebundenen Ganztagschule kein vernünftiges pädagogisches Ganztagschulkonzept machen. Darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben angekündigt, einen Orientierungsplan einzuführen; damit brüsten Sie sich bundesweit auch. Ich muss dazu sagen: Er wird zwar ab 2009 eingeführt, aber er hat bisher weder in Bezug auf die Bemessung der Personalstellen noch in Bezug auf die Fortbildung, die die Erzieherinnen und Erzieher dafür brauchen, eine Resonanz erfahren.

(Zurufe von der CDU: Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch nicht wahr!)

Das bisschen, das Sie anbieten, finanzieren Sie bis zum Ende dieses Jahres aus Stiftungsmitteln. Das soll dann die Zukunftsaufgabe und die Lösung im Rahmen des normalen Haushaltsplans sein? Das müssen Sie mir erst einmal erklären.

Zur Sprachstandsanalyse und zur Sprachförderung haben Sie noch nicht einmal das Schulgesetz geändert und bisher noch keinen Vorschlag vorgelegt, damit Sie das ab Herbst überhaupt machen können. Das ist die Realität in Baden-Württemberg: große Überschriften und nichts dahinter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie wissen doch auch, dass es dazu schon einen Anhörungsentwurf gibt! Das ist doch schon am Laufen! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Schebesta, zuhören!)

Jetzt komme ich zur völligen Verkennung der Realität, die Sie, Herr Rau, an den Tag gelegt haben. Baden-Württemberg war Vorreiter in der Sache: Wir stellen die Lehrerbildung neu auf und führen Bachelor und Master ein. Was ist jetzt passiert? Eine absolute Bauchlandung, weil Sie es nicht einmal innerhalb Ihres Kabinetts auf die Reihe kriegen und die Universitäten tun, was sie wollen. Aber vor allem blockieren die Unis alles. Sie treten auf – jüngst wieder bei der Frauenunion –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Waren Sie da auch dabei?)

und sagen, individuelle Förderung sei wichtiger als die Schulstruktur. Wie wollen Sie das denn machen, wenn Sie gleichzeitig zugeben müssen, dass über 75 % aller Schulklas-

sen in der Realschule und im Gymnasium über 25 Schüler haben, wobei Ihr Oberspezi Baumert

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

bei PISA 2002 ganz klar erklärt hat, ab einer Klassengröße von 25 Schülern höre die Möglichkeit der individuellen Förderung auf; dies werde zu einem Bildungsrisiko?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

In Anbetracht dieser Aussage von Herrn Baumert ist es geradezu zynisch, wenn ebendieser vor einer Woche geäußert hat, Baden-Württemberg verfüge über das effizienteste Bildungssystem. Unser Bildungssystem ist vielleicht ökonomisch effizient, aber mit Gerechtigkeit hat dieser Zustand in den Schulen nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Ein Letztes – ich könnte zu allen Punkten noch etwas sagen;

(Zurufe von der CDU: Nein! – Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Lieber nicht!)

ich sage aber nur zu zwei Punkten noch etwas –: Ihre Darstellung der Berliner Studie ist einfach falsch.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Ja! Völlig falsch!)

Der Bildungsforscher Rainer Lehmann hat in einem ersten Interview gesagt, die Tatsache, dass der Leistungsstand von Schülern nach vier Grundschuljahren und zwei Jahren Gymnasium am Ende der sechsten Klasse besser ist als von Schülern am Ende der sechsjährigen Grundschule, sei ein Beweis für die Güte des Gymnasiums und des dreigliedrigen Schulsystems. Nachdem Herr Lehmann das in der „Zeit“ so dargestellt hat, haben sich mehrere Bildungsforscher gewundert,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: So ist es!)

wie der Kollege Lehmann – sie haben es mit der Hamburg-Wahl in Verbindung gebracht – überhaupt zu einer so oberflächlichen Interpretation kommen kann. Denn wichtig ist doch der Lernzuwachs, den die Kinder vom Ende der vierten bis zum Ende der sechsten Klasse erfahren. Da ist die sechsjährige Grundschule in manchen Bereichen sogar dem Gymnasium überlegen, in den anderen Bereichen gleichrangig. Das ist doch der Punkt.

Sie können doch nicht länger einfach nur zur Kenntnis nehmen, dass, sobald man nach der vierten Klasse in eine weiterführende Schule kommt, das Risiko, sitzen zu bleiben, für einen Jungen doppelt so groß ist wie für ein Mädchen. Ist das Bildungsgerechtigkeit, Herr Rau?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ich komme zum Ende. – In der Grundschule ist es anders: Da ist das Risiko nämlich gleich hoch.

(Dr. Frank Mentrup)

Da müssen Sie sich in der Diskussion doch der Einsicht öffnen – ich könnte es Ihnen auch anhand der Integrierten Gesamtschule in Mannheim und anderer Schulen zeigen –, dass es hier offensichtlich Vorteile gibt.

Wenn Sie die Anträge – Sie müssen nicht unsere Anträge nehmen – aus Meckenbeuren, Heiligenberg, Neuenstein, Wüstenrot und Karlsruhe als Forderung nach „Einheitsschule“ diffamieren,

(Abg. Peter Hofelich SPD: So ist es!)

gleichzeitig aber sagen, die Grundschule mit ihren jahrgangsübergreifenden Gruppen sei ein Erfolgsmodell, weil man dort individuelle Förderung heterogener Lerngruppen hinbekomme, dann müssen Sie entweder sagen, dass auch Letzteres eine Einheitsschule sei, die man abschaffen müsse, oder Sie müssen endlich akzeptieren, dass das, was in der vierjährigen Grundschule klappt, auch denjenigen Kindern zustehen sollte, die die weiterführende Schule besuchen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei den Grünen)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Rastätter.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Jetzt ist es dort drüben aber ruhig!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe eingangs die Bildungsberichte im Bund und in Baden-Württemberg erwähnt. Viele Länder haben inzwischen aus dem Bundesbildungsbericht gelernt. Dieser Bericht enthält klare Fakten über das Bildungswesen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, dass in Hamburg und Schleswig-Holstein aus der Krise des Systems und aus den Erkenntnissen des Bundesbildungsberichts gelernt wird, dann sehen wir, dass es auch möglich ist, ein Bildungswesen im Konsens mit den Parteien und mit der Gesellschaft weiterzuentwickeln.

Wenn ich mir heute die Debatte anschau, ist zu erkennen, dass Sie, Herr Kultusminister Rau, sich in der Festung „dreigliedriges Schulsystem, Schulsystem aus dem 19. Jahrhundert“ so fest eingebunkert haben, dass Sie die Realität der sozialen Ungerechtigkeit dieses Systems nicht mehr erkennen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns einmal an, was heute in der Grundschule passiert. In der Grundschule gibt es Stress, Angst und Druck bei allen Beteiligten. Es ist doch kein gerechtes, kein humanes und kein zukunftsfähiges Bildungssystem, wenn Eltern und Kinder bereits in der dritten und vierten Klasse nicht mehr schlafen können und unter Druck stehen.

Wenn wir feststellen, dass die Auslese nach der Grundschule nicht nach Begabung, sondern nach sozialer Herkunft der Kinder erfolgt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt doch wirklich nicht!)

wenn wir feststellen, dass wir in den Hauptschulen fast ausschließlich Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial benachteiligten Familien haben, dann müssen wir doch auch feststellen, dass wir Probleme in unserem Bildungssystem haben, die nicht mit diesen traditionellen, überkommenen archaischen Strukturen aus dem vorletzten Jahrhundert gelöst werden können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sagen: Über die Durchlässigkeit lässt sich dieses Problem in Baden-Württemberg lösen. Wenn Sie den Bildungsbericht des Landes Baden-Württemberg anschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Kinder mit Migrationshintergrund auch in den Schulen des beruflichen Schulwesens vornehmlich in den Schulformen Berufsvorbereitungsjahr und Berufsfachschule zu finden sind, aber nicht in den beruflichen Gymnasien und in den Berufskollegs, die zur Fachhochschulreife führen.

Das heißt konkret: Auch im Bereich des beruflichen Schulwesens bekommen wir die Bildungsgerechtigkeit, die wir brauchen, nicht hergestellt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wann ist die Bildungsgerechtigkeit Ihrer Meinung nach vollendet? Wenn alle Abitur haben?)

Schauen Sie sich unsere Schulen in Baden-Württemberg an. Wo sind die Lehrer und Lehrerinnen mit Migrationshintergrund? 33 % der Kinder unter 18 Jahren haben einen Migrationshintergrund. Wo sind die Lehrer und Lehrerinnen mit Migrationshintergrund? Warum gibt es die im Schulsystem nicht?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wozu brauchen wir die? Jeder kann Lehrer werden, der Lust dazu hat!)

Das hat etwas damit zu tun, dass diese Schüler und Schülerinnen trotz vorhandener Begabung – die Streuung der Begabung ist bei Kindern von Migranten die gleiche wie bei Kindern von Akademikern – überhaupt nicht oder nur in zu geringer Anzahl zum Abitur gebracht werden können. Sie bleiben im Bildungswesen sozial benachteiligt.

Herr Kollege und Kultusminister Rau, Sie haben vorhin festgestellt, Zugangsgerechtigkeit in einem Bildungswesen definiere sich dadurch, ob die Potenziale der jungen Menschen, ihre Talente und Begabungen ausgeschöpft werden. Wenn ein Bildungssystem daran gemessen wird, dann muss ich sagen: Baden-Württemberg hat ein Bildungssystem, das die Note Ungenügend verdient.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ha no! – Abg. Stefan Mappus CDU: Jetzt machen Sie bitte halblang, Frau Rastätter! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das nehmen Sie bitte zurück! Das muss sie bei Gelegenheit wieder zurücknehmen!)

Denn die Bildungspotenziale von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden in diesem Schulsystem nicht gefördert.

(Renate Rastätter)

dert. Insofern Note Sechs für den Bereich Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich lehne es ab, mich hier wiederholt zu einer Strukturdebatte herausfordern zu lassen. Wir haben heute schon ausführlich gehört, wie erfolgreich unser Bildungssystem ist, und wir stehen dazu.

Ich möchte gern – ich habe es schon angekündigt – kurz drei Herausforderungen ansprechen, die auch Herr Schebesta in seinem Redebeitrag schon skizziert hat.

In einem Punkt, meine Damen und Herren, gebe ich Frau Merkel voll und ganz recht: Nur über die Bildung können wir unseren Wohlstand dauerhaft sichern. Oder wissenschaftlich ausgedrückt: In hochentwickelten Volkswirtschaften wie der unsrigen in Baden-Württemberg sind die Humanressourcen wichtiger als das Sachkapital. Personenbezogene Dienstleistungen, Wissensberufe, Informationsberufe – all das erfordert neue und hohe Qualifikationen.

Außerdem: Die deutsche und damit auch die baden-württembergische Wirtschaft ist von den Wirtschaften aller Industriestaaten am intensivsten in den Weltmarkt eingebunden. Die Globalisierung zusammen mit dem technischen Fortschritt hat direkte Auswirkungen auf unser Bildungssystem. Diese Zusammenhänge verstärken die Notwendigkeit einer guten Erstausbildung und eines permanenten Weiterlernens.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die demografische Entwicklung, meine Damen und Herren, zwingt uns dazu, mehr Menschen als bisher für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Bis 2030 wird die Bevölkerung in der Bundesrepublik von jetzt 82 Millionen auf 77 Millionen Einwohner schrumpfen. Eine Modellrechnung für das Jahr 2016 zeigt: Wenn wir nicht gegensteuern, ergibt sich bei den 25- und 26-Jährigen im Jahr 2016 ein Defizit von 400 000 Erwerbstätigen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Um dieses Defizit auszugleichen, müsste der Anteil der Erwerbstätigen an den 25- und 26-Jährigen von derzeit 57 % auf 80 % steigen. Das bedeutet: Wenn wir für unsere Wirtschaft, für unsere Gesellschaft ausreichenden Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften bereithalten wollen, müssen wir mit unserem Bildungssystem alle Gruppen in unserer Gesellschaft erreichen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wissensbasierte Wirtschaft, Globalisierung, demografische Entwicklung: Um den von mir skizzierten Herausforderungen begegnen zu können, brauchen wir – das ist völlig richtig – auch die Bildungsreserven der jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Punkt 1.

Punkt 2: Wir brauchen möglichst viele junge Menschen mit einem mittleren Bildungsabschluss.

Punkt 3: Der Anteil der jungen Menschen mit Abitur, mit Hochschulreife, muss sich auch in unserem Land noch erhöhen.

Die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Enkel ist für die Zukunftsfähigkeit und den Wohlstand in Baden-Württemberg genauso wichtig wie eine moderne und europaweit vernetzte Verkehrsinfrastruktur, von der wir heute früh gesprochen haben. Dieser Erkenntnis müssen wir uns endlich stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie hat in unseren Augen ein Stück weit auch finanzielle Konsequenzen. Ich habe es in der Fraktion bereits mehrfach angesprochen: Ich wünsche mir mehr Ressourcen im Bildungsbereich. Herr Minister, Sie haben es vorsichtig angedeutet: Auch Sie erstreben ein neues Personalentwicklungskonzept. Da ich zu diesem Thema wohl ein bisschen freier reden kann, möchte ich Sie in diesem Bemühen hier nachdrücklich unterstützen.

Wir brauchen mehr und besser ausgebildete Erzieherinnen. Andernfalls erreichen wir unser großes Ziel nicht, jedes Kind zur Schulreife zu führen. Wir müssen den Kindern dabei die nötigen Sprachkenntnisse vermitteln; das ist in meinen Augen die wichtigste bildungspolitische Aufgabe in der nächsten Zeit.

Die Hauptschulen haben wir ein gutes Stück auf den Weg gebracht. Die entsprechenden finanziellen Mittel sind bereitgestellt worden; das müssen wir hier nicht weiter ausführen. Ganz wichtig ist jedoch auch, dass wir mit Blick auf die von mir skizzierten Probleme die individuelle Förderung – die inzwischen auch in den Hauptschulen viel eher möglich ist – auch für Realschulen und Gymnasien möglich machen. Angesichts der randvollen Klassen, die es in diesen beiden Schularten gibt, haben wir hier einen größeren Personalbedarf.

Woher nehmen und nicht stehlen? Natürlich ist für die FDP/DVP die Haushaltskonsolidierung ein ganz wichtiges Ziel, an dem wir festhalten. Aber noch einmal: Es bedarf eines neuen Personalentwicklungskonzepts, verbunden gerade auch mit einer stärkeren individuellen Förderung der Schüler in Realschulen und Gymnasien.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: An allen Schular-
ten!)

– Natürlich. Die Hauptschule ist hier ja bereits auf einem guten Weg.

Hierzu ein paar Anregungen: Vielleicht – ich weiß, dass wir da dicke Bretter bohren müssen und dass ich damit auch ein heißes Eisen anfasse – ist ja eine Umschichtung zwischen den Ressorts möglich.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn ich von mehr Personalbedarf spreche, meine ich nicht automatisch mehr Lehrerstellen. Vielen Schulen wäre schon geholfen, wenn sie ein Personalbudget hätten, das sie in die

(Dr. Birgit Arnold)

Lage versetzte, zusätzliches Betreuungspersonal einzukaufen.

Wir müssen uns auch überlegen, ob wir die ESF-Mittel noch mehr als bisher im Bildungsbereich einsetzen können. Wir haben das im Rahmen der Kompetenzanalyse der Hauptschule schon jetzt in gewissem Umfang leisten können. Vielleicht gibt es hier noch mehr Möglichkeiten, aus den Mitteln des Europäischen Strukturfonds Mittel in den Bildungsbereich umzuschichten.

Herr Rau, hier haben Sie unsere, auch meine vollste Unterstützung: Wir müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir über die Legislaturperiode hinaus die frei werdenden Lehrerstellen so lange im System behalten, bis diese Aufgaben erfüllt sind. Das wäre auch eine sehr gute Perspektive, meine Damen und Herren, mit der wir im Wahljahr 2011 vor unsere Wählerinnen und Wähler treten könnten.

Ich sage abschließend: Wenn wir den Wohlstand in unserem Land halten wollen, wenn wir der Wirtschaft ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stellen wollen, wenn wir auch das Bildungspotenzial der jungen Menschen mit Migrationshintergrund ausschöpfen wollen, dann brauchen wir mehr Ressourcen im Bildungsbereich. In diesem finanzpolitischen Sinn appelliere ich an Sie, Herr Ministerpräsident: Machen Sie tatsächlich die Bildungspolitik zur Chefsache in Baden-Württemberg.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, die Aktuelle Debatte unter Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD – Entlassung des Ministers für Kultus, Jugend und Sport Helmut Rau – Drucksache 14/2865

Meine Damen und Herren, nach § 56 unserer Geschäftsordnung bedarf ein solcher Antrag der Unterstützung durch ein Viertel der Mitglieder des Landtags; das sind 35 Abgeordnete. Der Antrag ist von den 38 Mitgliedern der Fraktion der SPD unterzeichnet, sodass die Zulässigkeit gegeben ist.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Zur Begründung des Antrags erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Jetzt kommt die Rede, die er vorhin schon gehalten hat!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Antrag auf Entlassung des Kultusministers hat zu einer breiten gesellschaftlichen Diskussion in der Öffentlichkeit geführt.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Egal, wie man zu dem Antrag auf Entlassung steht, die Diskussion hat gezeigt, dass es eine breite Unzufriedenheit mit dem Bildungsangebot in Baden-Württemberg gibt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Diese Unzufriedenheit macht sich insbesondere an drei Punkten fest: Wir haben einen Bruch im Übergang von der schulischen in die berufliche Bildung,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mentrup hat schon gesprochen! Der versteht viel mehr davon als Sie!)

wir haben einen Bruch im Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen, und wir haben Defizite in allen Schularten.

(Zuruf von der CDU: Stimmt gar nicht!)

Es wurde überwiegend kritisiert, dass insbesondere der Kultusminister nicht bereit sei, diese Schwächen überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und darauf zu reagieren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Herr Minister Rau, Sie haben vorhin bei Ihren Ausführungen wieder einmal gezeigt, dass es Ihnen wichtiger ist, wissenschaftliche Zitate, die man Ihnen aufbereitet,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aufzeichnet!)

vorzutragen, anstatt mit den Betroffenen das Gespräch aufzunehmen.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Dr. Dietrich Birk CDU)

Was hilft es denn, wenn Sie uns weismachen wollen, dass der Übergang von der schulischen Bildung in die berufliche Bildung bei uns ganz glatt sei und völlig stimme, wenn das Handwerk in Baden-Württemberg – nicht als Schnellschuss,

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

sondern als Ergebnis einer langen, intensiven Diskussion – sagt: „Das derzeitige gegliederte Schulsystem liefert uns nicht die richtigen Ergebnisse, wir brauchen eine neunjährige Gemeinschaftsschule“? Und Sie diffamieren das als ideologische Einheitsschule.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bisher haben Sie zehn Jahre gefordert! Ist das die neue Variante? Jetzt sind Sie bei neun Jahren, bisher waren es zehn!)

Und warum setzen Sie sich nicht mit der Aussage des IHK-Präsidenten Baumann auseinander, der sagt, das Schulsystem in Baden-Württemberg sei mangelhaft? Er sagt zwar, der Kultusminister sei nur zur Hälfte schuld, zur anderen Hälfte seien die Schulen selbst schuld. Wer aber ist für die Schulen verantwortlich? Er ist also zu 100 % schuld an den schlechten Ergebnissen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen des Abg. Stefan Mappus CDU – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Das glauben Sie selbst nicht!)

(Claus Schmiedel)

Dann gibt es noch Defizite an allen Schulen, die Sie überhaupt nicht erwähnen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ein großes Defizit ist der permanente Unterrichtsausfall. Wenn wir den Unterrichtsausfall am Gymnasium dazurechnen, dann müssen wir sagen: Wir haben kein G 8, sondern ein G 7.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das sage nicht ich, sondern das sagt der Bürgermeister von Bad Krozingen, und der ist CDU-Mitglied.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Röhm?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, ich muss mich jetzt mit Herrn Rau unterhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die neunjährige Variante ist etwas ganz Neues! Wie sieht sie aus?)

Wir haben Probleme mit dem G 8. Die sind unbestritten. Das, was Sie jetzt als Qualitätsoffensive hier verkünden, ist ein Trostpflasterchen. Mich wundert es, dass sich der Ministerpräsident überhaupt auf diesen Etikettenschwindel eingelassen hat. Wir haben Probleme beim G 8. Da hat der Ministerpräsident reagiert, hat Hoffnungen geweckt, und jetzt kommt ein Programm, das darin besteht, Schüler zu Hilfslehrern zu machen, den Schulen ein paar Euro zu geben und zu sagen: Jetzt löst ihr die Probleme, bei denen wir nicht in der Lage waren, sie selbst zu lösen. Das ist ein unglaublicher Vorgang.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl-Wilhelm Röhm: Sie wollen doch immer, dass die Stärkeren den Schwächeren helfen! So ein Quatsch! Jetzt zählt das nicht mehr! – Gegenrufe von der SPD, u. a.: Herr Röhm, seien Sie doch endlich einmal ruhig! – Lebhaftes Unruhe)

Außerdem haben wir Probleme beim Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen. Herr Schebesta bestreitet, dass es eine gesellschaftliche Mehrheit gibt, die gegen das bestehende System ist, und dass man Änderungsbedarf hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das werden wir bei der nächsten Wahl sehen! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Jetzt frage ich Sie, Herr Rau: Weshalb berufen Sie sich immer auf wissenschaftliche Lektüre und sprechen nicht mit denen, die Ihre Führungskräfte im Schulsystem sind?

Das „Offenburger Tagblatt“ hat in der Ortenau alle Grund- und Hauptschulrektoren befragt – alle! Das Ergebnis war: 92 % sagen, dass es falsch sei, die Kinder nach dem vierten Grundschuljahr aufzuteilen – 92 %!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Alfred Winkler SPD: 92 % der CDU-Abgeordneten! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich sehe Herrn Noll an, ich will ihn aber jetzt nicht zitieren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gott sei Dank! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

In der FDP/DVP gibt es längst eine Bewegung, die dafür ist, ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Städte und Gemeinden fordern Modelle, um angemessene kommunale Entwicklungen vorantreiben zu können. Sie sagen Njet! Sie sagen Njet, weil Sie in einer Schulideologie gefangen sind, die keine richtigen Antworten für die Zukunft liefert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Stefan Mappus CDU zur SPD: Die Russen habt ihr! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Deshalb, Herr Minister Rau, sind nicht nur wir der Überzeugung, dass es für eine bessere Entwicklung in Baden-Württemberg unerlässlich ist, dass Sie das Ministeramt aufgeben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein neues Modell der neunjährigen Schule! Das Modell der neunjährigen Schule habe ich noch nie gehört! Das ist etwas Neues! Jetzt kommen Sie mit etwas Neuem an! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist Pluralität! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mappus.

Abg. Stefan Mappus CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kommentierungen in der Landespresse zu Ihrem Antrag, Herr Schmiedel, sind eindeutig: „Völlig überzogen“, „Lächerlich“,

(Abg. Reinhold Gall SPD: „Lächerlich“ stand nirgends! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber im Kernbereich berechtigt! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

„Theaterdonner“ – um nur einige Zitate auch aus den letzten Tagen zu nennen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das Letzte war das Beste! – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! – Zurufe von der SPD und des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU – Unruhe)

Herr Schmiedel, Sie sollten Ihre Oppositionsstrategie vielleicht einmal überdenken. Nachdem Sie diesen Tipp von mir wahrscheinlich nicht annehmen können, empfehle ich Ihnen, den Tipp des Politologen Hans-Georg Wehling anzunehmen, der sich ja sehr eindeutig über Ihren Start als neuer Fraktionschef geäußert hat.

(Abg. Ingo Rust SPD: Wer ist das? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der macht alle nieder, der Wehling!)

Herr Schmiedel, zuerst Ihr unseliger und unerträglicher Nazivergleich gegen den Ministerpräsidenten,

(Stefan Mappus)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Ich dachte, das wäre ausgeräumt!)

dann das grandiose Scheitern mit einem unzulässigen Untersuchungsausschuss und jetzt der absurde Entlassungsantrag. Herr Schmiedel, Sie sind wie Grobi aus der Sesamstraße: Von morgens bis abends nur Krawall, inhaltlich nichts drauf und keine gescheiten Sachen im Parlament.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Aber die Sendung haben wir gern gesehen! Die Sesamstraße ist der Renner! – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

– Ich glaube gern, dass Sie das ärgert. Keine Frage.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ärgert uns doch gar nicht! Die Sesamstraße ist eine top Geschichte! – Abg. Jörg Döpper CDU: „Schmiedel aus der Sesamstraße“! – Weitere Zurufe)

Wenn man an einem Tag wie heute einmal in der Fußballsprache bliebe, dann müsste man sagen, Herr Schmiedel: Sie machen ein grobes Frustfoul gegen den Kultusminister dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Bravo! – Abg. Reinhold Gall SPD: Wir versuchen eine Notbremsung! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Vorsicht, Glashaus! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Keine rote Karte! Wir brauchen den noch! Das ist der beste Spieler! – Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Meine Damen und Herren, die SPD befindet sich im Bund und im Land in der Depression.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehen wir so aus, als ob wir depressiv wären? – Weitere Zurufe von der SPD – Unruhe)

Sie haben keine Perspektive. Sie haben, wie wir gehört haben, keine Ideen. Sie haben schwaches Führungspersonal, und Sie, Herr Schmiedel, wollen das ausgleichen, indem Sie – ohne Inhalte – von morgens bis abends nur auf die Tonne hauen. Da kann ich Ihnen nur sagen: Das wird so nicht durchgehen.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie einmal ein konkretes Zitat hören wollen, nehmen Sie die „Badische Zeitung“ vom 18. Juni dieses Jahres.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: Nachtigall, ick hör dir trapsen!)

Ich zitiere:

Mit Aktionen wie dieser kommt Schmiedel in die Schlagzeilen. Aber an die Regierung kommt er nicht.

Damit ganz bestimmt nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Zumindest nicht als Kultusminister! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Meine Damen und Herren, dieser Antrag wird schon deshalb keine Chance haben, weil die CDU-Landtagsfraktion mehr denn je hinter dem Kultusminister des Landes Baden-Württemberg steht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Mehr denn je“! Was soll denn das? – Abg. Reinhold Gall SPD: So viele passen da gar nicht hin! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt haben wir das erreicht, was wir wollten! – Unruhe)

Helmut Rau macht – wahrscheinlich in einem der schwierigsten Ressorts, die man politisch überhaupt bekommen kann – eine hervorragende Arbeit. Wenn Sie schon uns das nicht glauben, Herr Schmiedel,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Ihnen glauben wir gar nichts, Herr Mappus!)

dann nehmen Sie doch wenigstens das Abschlusszitat von Rainer Dahlem, der wohl nicht im Verdacht steht, besonders CDU-nah zu sein, konkret auf. Er hat bei seinem Abschied gesagt:

Die SPD hat der CDU-Bildungspolitik bisher keine überzeugende Alternative entgegengesetzt.

Wo er recht hat, hat er recht.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Nehmen Sie das an, und hören Sie auf, dieses Haus mit unsinnigen Anträgen zu traktieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Ursula Haußmann: War das alles? – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bei dieser Solidaritätsadresse bleibt er nicht mehr lange Minister! – Unruhe)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kretschmann.

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Rau, Ihre Verteidigungsrede kam mir heute so vor, als ob Sie einen Aufsatz an der Schule schrieben, aber gar kein Thema hätten.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Oh! Da steht aber die Überschrift schon fest!)

Da hat Ihnen die Überschrift gefehlt. Das ist, glaube ich, das Problem, das nicht nur Sie haben, sondern das die ganze CDU hat. Sie sind ja nicht der einzige CDU-Bildungsminister, der unter scharfem Beschuss steht.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja! – Zurufe der Abg. Michael Theurer und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

(Winfried Kretschmann)

Dass Sie, wenn es massive Kritik aus der Eltern- und der Lehrerschaft gibt, dies alles einfach übergehen, zeigt, worin der Kern des Problems liegt: Ihnen fehlt die Offenheit gegenüber den Tatsachen und gegenüber den gesellschaftlichen Entwicklungen. Das wurde schon bei der Frage deutlich, mit wem Sie unser Land vergleichen: mit Rheinland-Pfalz, Berlin oder Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

An diesen Vergleichen sieht man schon, wie falsch Ihre ganze Sicht der Dinge ist. Baden-Württemberg muss sich mit den stärksten Regionen und Ländern der Welt vergleichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat er getan!)

In Deutschland findet der Braindrain von Baden-Württemberg aus gesehen in andere Länder und nicht in andere Bundesländer statt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das ist schon etwas, was Sie völlig verkennen. Bei dieser Sichtweise erkennt man schon, dass Sie die Herausforderungen der Zukunft nicht wirklich annehmen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es hat nur noch Andorra gefehlt!)

Ich habe Ihnen schon bei der letzten Bildungsdebatte gesagt: In Baden-Württemberg werden in jedem Jahr im Durchschnitt zehn neue Privatschulen – Schulen in freier Trägerschaft – gegründet.

(Zurufe von den Grünen)

Anstatt da die Alarmsirenen „loszulassen“, ignorieren Sie das einfach und singen hier ein ganz billiges Lied darüber, wie spitze Sie angeblich sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Wenn das staatliche Schulsystem so gut ist, wie Sie es darstellen, warum findet dann diese Abwanderung statt, wonach sich Teile des Bildungsbürgertums aus dem staatlichen Schulwesen verabschieden?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie schneiden die Schulen ab, z. B. beim Abitur?)

Was ist eigentlich das Thema oder die Überschrift über der Bildungspolitik und der Schule der Zukunft? Diese Überschrift heißt: Wie bauen wir eine Schule, in der individuelle Förderung das oberste Prinzip ist? Das ist die Herausforderung für die Zukunft. Sie ergibt sich aus den Tatsachen, z. B. aus der demografischen Entwicklung,

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Genau daran arbeiten wir!)

daraus, dass wir ein kinderarmes Land sind und dass wir darauf angewiesen sind – wie es unsere Verfassung sagt –, jedem Kind die Bildungschancen zu geben, die es verdient, und

zwar ohne Rücksicht auf Herkunft und wirtschaftliche Lage seiner Eltern. Das ist die Herausforderung für die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dieser Herausforderung verweigern Sie sich. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass dieser Auftrag der Verfassung in Baden-Württemberg nicht erfüllt ist.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Es ist ein Skandal, dass der Bildungserfolg in diesem Land wesentlich von der Herkunft der Kinder und nicht von ihrer Intelligenz abhängt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sie sind doch völlig maßlos! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Was war denn das Thema Ihrer Rede, die Sie heute gehalten haben?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Das Thema war: Wie erreicht man trotz dieser schlechten Bedingungen, die ich beschrieben habe, doch eine gewisse Durchlässigkeit im Bildungssystem? Das war Ihre These.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was heißt „gewisse“? Die Durchlässigkeit ist umgesetzt!)

Das ist genau der Kern der Kritik:

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

dass Sie sich aus ideologischen Gründen weigern, ein dreigliedriges Schulsystem infrage zu stellen, ein System, das Schüler zu einem Zeitpunkt verteilt, von dem uns Wissenschaftler einmütig sagen, dies sei nicht der richtige Zeitpunkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Deswegen müssen Sie – das war die klare Summe Ihrer Rede –

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie reden wie ein Demagoge!)

immer mehr Bypässe legen, immer mehr Umwege gehen, immer mehr Kooperationen schaffen,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Wenn Sie so weitermachen, brauchen Sie auch bald einen Bypass!)

damit Sie Durchlässigkeit überhaupt erreichen, weil Sie sich weigern, eine klare Reformstrategie anzugehen, nach der das Schulsystem Mittel zum Zweck ist, nämlich das Mittel, um eine individuelle Förderung zu erreichen – und nicht umgekehrt. Das ist der Punkt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Winfried Kretschmann)

Das heißt, dass erstens die Kosten-Nutzen-Relation, um überhaupt Durchlässigkeit zu erreichen, immer größer wird. Sie brauchen immer mehr Ressourcen für immer weniger Effekte. Zweitens wird das Ganze auf dem Rücken der Schüler- und der Elternschaft ausgetragen.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Man setzt Dritt- und Viertklässler in der Grundschule mit der verbindlichen Schulempfehlung unter erheblichen Stress. Wenn die Schüler an die falsche Schule geschickt worden sind, können sie es über Ihre Umwege vielleicht schaffen, wieder das richtige Ziel zu erreichen. Das ist das, was wir kritisieren. Das findet alles auf dem Rücken der Eltern- und der Schülerschaft statt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Weg, den Sie jetzt gehen, ist verhängnisvoll. Man muss sich jetzt einmal die von Ihnen beabsichtigte Reform zum G 8 ansehen. Das ist der Weg des Dirigismus. Sie müssen immer tiefer und immer weiter in die Einzelheiten des Schullebens hineinregieren, statt dass Sie die Schule unter kommunaler Einbettung in eine Freiheit, in eine Selbstständigkeit entlassen. Das ist der Weg der Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Keine Schulempfehlung, keine Prüfung!)

Man muss den Leuten vor Ort etwas zutrauen. Man muss ihnen die Mittel und die Ressourcen in die Hand geben, damit sie selbst Schulen entwickeln können. Wir haben mit unserem Bildungspakt eine klare und gute Vorgabe gemacht, wie wir die Lehrerinnen und Lehrer, die wir jetzt brauchen, einstellen können, ohne den Haushalt zu belasten. Davon sind Sie weit entfernt. Stattdessen bosseln Sie im Detail herum.

Ich sage Ihnen, wozu das führen wird. Das wird dazu führen, dass die Reformmüdigkeit in der Eltern- und der Lehrerschaft zunimmt. Denn zielführende Reformen kann man mit den gegebenen Rahmenbedingungen nicht mehr mit einem vernünftigen Aufwand machen. Immer mehr Eltern werden versuchen, Schulen zu gründen, integrative Schulkonzepte zu schaffen, nach denen die Kinder individuell gefördert werden und an derselben Schule unterschiedliche Abschlüsse mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten, je nach ihrer Begabung, erreichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja interessant! Sagen Sie es noch einmal! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Peter Straub: Herr Abgeordneter – –

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Das ist der Weg der Zukunft. Sie dagegen sind nur ein Reparaturmeister, aber nicht ein Kultusminister, der in seiner Fraktion selbst Impulse setzt und die Bildungspolitik in eine Zukunft bringt, in der wir mit den wichtigsten Ländern der Welt in einen Wettstreit treten können. Sie wollen sich letztlich vielmehr daran messen, ob Baden-Württemberg besser als Mecklenburg-Vorpommern abschneidet. Das kann nicht die Zukunft der baden-württembergischen Bildungspolitik sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des
Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein bisschen ist heute ja der Tag der Emotionen; ich gebe es zu.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wieso? – Zuruf des
Abg. Thomas Knapp SPD)

Manchmal gibt es in der politischen Diskussion auch persönliche Emotionen, bei denen sich jeder einmal selbstkritisch fragen muss, ob er an der einen oder anderen Stelle nicht auch einmal über das Ziel hinausschießt. Herr Schmiedel, irgendwie sind Sie mir ja nicht ganz unsympathisch,

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Wolfgang Drexler SPD:
Was?)

aber ich glaube, mit diesem Antrag liegen Sie voll daneben, und das wissen Sie auch. Die Mehrheit hier in diesem Parlament werden Sie dafür nicht bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Deshalb kann ich mich relativ kurzfassen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt inhaltlich!)

Vielleicht einmal ein paar persönliche Anmerkungen. Hier wird – übrigens auch von Ihrer Seite – Bildung immer als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand genannt. Dazu stehe auch ich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aha!)

Aber ein bisschen neige ich dazu, das etwas anders zu sehen und zu sagen: Bildung ist der Schlüssel für ein gelingendes Leben, und zwar nicht nur finanziell.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Bildung geht weit über Schule hinaus. Gerade unter demografischen Gesichtspunkten beschäftigt das Thema Bildung die Gesellschaft natürlich zu Recht sehr emotional. Da hat jeder seine persönlichen Erfahrungen; mancher hat schon Enkel, die den Kindergarten oder die Grundschule besuchen. Deswegen ist jeder Experte. Selbst ein Fraktionsvorsitzender muss manchmal leidvoll erfahren,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

dass nicht alle seiner Meinung sind.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Was? – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Damit muss man leben können. Ich kann damit leben.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/
DVP)

(Dr. Ulrich Noll)

In der politischen Realität will und muss man aber irgendwann zu Ergebnissen kommen, und am heutigen Tag war der erste Tagesordnungspunkt ein schönes Beispiel dafür, dass man ausgehend von unterschiedlichen Positionen irgendwann durchaus doch eine gemeinsame Richtung hinbekommen kann. Deshalb bitte ich, doch einmal zu überlegen, worin die gemeinsamen Ziele bestehen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir wissen, dass mehr Individualität in der Förderung notwendig ist. Dies ist jetzt in der Tat erkannt und wird umgesetzt.

(Widerspruch des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU zur SPD: Aber auch weniger Individualität in Ihrer Öffentlichkeitsarbeit!)

Auch da gilt, dass wir vom Menschen her denken müssen.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

In der Tat kann man nicht einfach den Hebel umlegen, und jeder macht alles so, wie Sie es sich am Reißbrett vorstellen. Wir müssen die Menschen mitnehmen,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut!)

wir müssen auch die Lehrerschaft mitnehmen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Aber das haben Sie ja noch nie gemacht! Bildungspolitik ist immer übergestülpt worden!)

Es ist überhaupt keine Frage, dass wir dafür gemeinsam Verantwortung tragen. Das ist richtig.

Birgit Arnold sagt zu Recht: Wir müssen bei dem Einsatz der finanziellen Ressourcen in unserem Haushalt klarmachen, dass das zu den Prioritäten gehört. Nur kann das nicht ausschließlich nach dem Motto „Mehr Geld für die Bildung“ gehen, sondern es muss auch heißen: „Mehr Bildung für dieses Geld“.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber Sie wollten doch mehr Geld! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das haben Sie doch auch gefordert!)

Wir sind dabei, gemeinsam Konzepte zu entwickeln. Bei allem Respekt für einzelne Menschen in dieser Regierung: Sie sind immer auch darauf angewiesen, dass Mehrheiten vorhanden sind,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was heißt das jetzt? – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

auch wenn es um Finanzen geht. Kultusminister Rau hat sehr frühzeitig z. B. beim Klassenteiler darauf hingewiesen, dass die Mehrheit in finanzieller Hinsicht noch nicht an diesem Punkt angelangt sei. Dann wird gefragt: Wo soll das Geld herkommen?

Ein wenig denke ich schon darüber nach, was uns, lieber Herr Ribert Rech, bei der Polizei gelungen ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was ist mit der Polizei?)

Da haben wir gesagt: Wir können Entlastungen, die wir durch andere Maßnahmen dauerhaft bekommen, möglicherweise ein Stück weit vorfinanzieren.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das ist ein völlig falsches Beispiel!)

Wir werden leider die Negativrendite haben, dass es weniger Kinder geben wird. Das ist zu beklagen, aber es ist Realität. Wir werden eine ganze Jahrgangsstufe weniger haben. Das muss dann auch heißen, dass wir pro Kind mehr Personal haben werden.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Das braucht noch eine Weile. Wie überbrücken wir diese Zeiträume, ohne wieder über Schulden finanzieren zu müssen? Diese Frage ist völlig legitim. Dass wir uns zwischen den Bildungspolitikern und den Finanzpolitikern selbstverständlich immer wieder auch kabbeln und zusammenraufen müssen, ist doch völlig normal. Ich bin der Meinung: Man sollte das, auch wenn es einmal ein bisschen hoch hergeht – auch innerhalb der Fraktion –,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

überhaupt nicht überbewerten. Ich glaube, dass wir uns an einer Stelle insgesamt einig sind.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Überhaupt nicht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Thema muss sein, auch diejenigen nicht auszublenden, die finanziell sehr wohl mit in der Verantwortung sind.

(Unruhe)

Das sind die Kommunen, lieber Oberbürgermeister und Kollege Michael Theurer.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Theurer soll zahlen! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Deshalb plädiere ich sehr dafür, dass wir als Land gemeinsam mit allen Verantwortlichen, mit den Schulträgern vor Ort unter Betrachtung der finanziellen Ressourcen Möglichkeiten aufzeigen, um das, was wir hier alle als gemeinsames Ziel formuliert haben,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Nicht alle!)

nach und nach besser umsetzen zu können als in der Vergangenheit.

Dass wir nicht schlecht sind, ist richtig – in Vergleichen; das kommt immer darauf an. Dass wir besser werden können, ist auch klar. Wir wollen gemeinsam mit Kultusminister Rau auch in Zukunft immer besser werden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wir wollen auch besser werden!)

Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bildung ist die wichtigste Aufgabe der Landespolitik, und Schule ist die wichtigste Einrichtung, die wir haben und die wir gemeinsam mit unseren Partnern auf kommunaler Ebene und den freien Trägern sowie den Kirchen in Baden-Württemberg verantworten. Bildung, Betreuung, Erziehung, Wissenschaft, Forschung und Lehre stehen zu Recht im Mittelpunkt. Deswegen begrüße ich es, dass dieses Thema in den letzten Jahren nicht nur ein Thema von Fachgremien geblieben ist, sondern in unserer Gesellschaft nun ganz oben auf der Tagesordnung angekommen ist: bei den Kammern, bei den Verbänden der Wirtschaft, bei den Gewerkschaften, bei den Medien und auch hier im Landtag von Baden-Württemberg.

Gern biete ich an, in einen konstruktiven Streit um die besten Konzepte für gute Schule und Hochschule, für Bildung, Erziehung und Betreuung einzutreten. Dabei nehme ich Sie auch ernst, weil ich weiß, dass die SPD diesem Thema seit Jahrzehnten – auch wegen ihrer inneren Struktur, wegen der beruflichen Herkunft ihrer Abgeordneten – immer besonderes Gewicht beigemessen hat.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Hinzu kommt die gesellschaftliche Veränderung, die dazu führt, dass die Erwartungen unserer Familien, unserer Mitbürger an gute Schulen weiter zunehmen.

(Zuruf des Abg. Stefan Mappus CDU)

Ich glaube, dass Baden-Württemberg mit seiner Schullandschaft – bei durchaus prüfenswerten Vorschlägen im Detail – gut aufgestellt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Bitte ist: Reden wir die Schule nicht schlecht!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl! Bravo!)

Der Anspruch von Ihnen, Kollege Kretschmann, ist richtig: Wir vergleichen uns nicht mit Mecklenburg-Vorpommern. Wir müssen uns mit den besten Regionen der Welt vergleichen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Diesen Vergleich halten wir auch aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das wissen Sie. Dafür seien beispielhaft nur ganz wenige Zahlen genannt: Baden-Württemberg hat die geringste Jugendarbeitslosigkeit bundesweit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das heißt, die Schule kann doch gar nicht so schlecht sein, wenn die, die bei uns in die Schule gehen, danach Arbeit finden, Karriere machen, beruflich unterkommen und für die beste wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in Staat und freier Wirtschaft mitverantwortlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Baden-Württemberg gibt derzeit – in diesem Jahr und im nächsten Jahr –, obwohl die Zahl der Kinder und Jugendlichen an den Schulen seit drei Jahren sinkt, mehr Geld für die Schulen aus als jemals zuvor. Nie gab es eine derart hohe Zahl an Lehrerstellen, nie haben wir mit Sachmitteln und mit Planstellen mehr für Kinder und Jugendliche in Baden-Württemberg getan. Dazu stehen wir, das behalten wir bei. Aber nochmals: Reden wir das, was wir in Baden-Württemberg leisten, was Lehrer, Kinder, Eltern und Kommunen sowie das Land leisten, nicht schlecht! Denn sonst würden wir der Schule schaden, was im Grunde genommen auch nie Ihr Ziel sein darf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn der Kollege Schmiedel sagt, dass G 8 in Wahrheit G 7 sei, behauptet er damit, dass ein Achtel des Unterrichts an Gymnasien in Baden-Württemberg ausfiele – 12,5 %.

(Abg. Norbert Zeller SPD: An den beruflichen Schulen ist es so!)

– Nein. Kollege Zeller, heute hatten Sie kein Rederecht. Kollege Schmiedel hat das Thema zur Chefsache gemacht. Und Ihr Kollege Schmiedel hat wörtlich gesagt,

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Zeit ist vorbei!)

dass G 8 in Baden-Württemberg G 7 sei, was nach Adam Riese heißt –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Er hat einen Parteikollegen von Ihnen zitiert! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe einen Bürgermeister zitiert, der aus seinen Erfahrungen in seiner Stadt berichtet hat! – Weitere Zurufe – Unruhe)

– Aber indem Sie dies übernehmen, machen Sie es sich zu eigen. Kollege Schmiedel, Sie haben es hier eingeführt. Sie behaupten damit indirekt, dass in Baden-Württemberg 12,5 % des Unterrichts an Gymnasien nicht stattfänden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gehen Sie doch einmal vor Ort und machen Sie die Augen auf! Reden Sie mit Eltern und Lehrern!)

Derzeit haben wir einen Unterrichtsausfall von 4 %. Auch den kann man weiter mindern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das stimmt doch statistisch nicht! Das wissen Sie doch selbst!)

Aber wer von 12,5 % spricht, stellt im Grunde genommen völlig falsche und nicht haltbare Tatsachenbehauptungen auf

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Verantwortungslos!)

und macht das Gymnasium und die Schule in Baden-Württemberg schlecht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Norbert Zeller SPD: Sagen Sie einmal etwas zu den Schulen!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Herr Kollege Rau ist Ihnen seit weit mehr als einem Jahrzehnt als Abgeordneter, als Staatssekretär und als Minister bekannt. Ich glaube, dass er in jeder Hinsicht der Aufgabe gerecht wird und sein Ministeramt hervorragend ausgeübt hat und weiter ausüben wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: In „voraussehbarer Zukunft“! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bei so viel Solidarität wird es gefährlich!)

Sein Ministeramt gehört aufgrund der Lehrerstellen, der Sachmittel, der Schulen, der Zahl der Kinder, der Zahl der Partner in den Familien, der Kommunen als Träger unserer Schulen zu den wichtigsten Ministerämtern, die ein Land vergeben kann. Wir haben es ihm anvertraut. Ich finde, er erfüllt die Aufgabe hervorragend und hat unser Vertrauen und auch Ihr Vertrauen für die nächsten Jahre in Baden-Württemberg verdient.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Kollege Kretschmann hat uns vorgeworfen, dass die Privatschulen in Baden-Württemberg auf dem Vormarsch seien.

(Zurufe der Abg. Michael Theurer und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meines Erachtens ist dies eine Behauptung, die in sich zusammenbricht, weil die Grünen hier im Landtag seit Jahren für eine noch stärkere Förderung der Privatschulen eintreten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es! – Abg. Reinhold Gall und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Die Verfassung schreibt das vor!)

Das heißt, im Grunde genommen ist doch ihre Politik bei diesem Thema ziemlich pervers.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Schizophrenie!)

Ich will den Erfolg des öffentlichen und des privaten Schulwesens

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

und habe, wenn die Zahl der Privatschulen durch Gründungen steigt, damit überhaupt kein Problem, weil mit 7 oder 8 % unserer Kinder in der dualen Ordnung derzeit noch relativ wenige Kinder in Privatschulen sind. Wären dies 10 %, würde ich sagen: Wohlan, in Ordnung. Deswegen streben wir eine Förderung von über 70 %, Tendenz 80 %, an. Ich sehe in der Gründung von Privatschulen zuallererst ein positives Engagement von Eltern,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Klar! Das sehen wir auch so!)

von Sponsoren und Partnern. Deswegen ist eine Privatschule nicht ein schlechtes Zeugnis für die Schulpolitik,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Ausschließlich dafür! – Abg. Alfred Winkler SPD: Was denn sonst?)

sondern eine sinnvolle Ergänzung. Beide Säulen der dualen Ordnung in Baden-Württemberg – die öffentliche und die private Seite – werden von uns unterstützt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Rette sich, wer kann!)

Unser Koalitionspartner hat vorgeschlagen – das war der Vorschlag des Kollegen Noll –, man solle endlich einmal richtig Geld in die Hand nehmen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Guter Vorschlag!)

Diese Aussage hat mich etwas erstaunt. Da biete ich gern die Beratungen zum Haushalt 2009 an,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ich habe ja einen Vorschlag gemacht!)

wo als Ausgangspunkt vor den Chefgesprächen derzeit eine Deckungslücke von 440 Millionen € besteht. Diese müssen und werden wir schließen.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig! – Abg. Alfred Winkler SPD: Da brauchen wir helfende Hände!)

Wer Vorschläge für die Minderung dieser 440 Millionen € macht und zusätzlich noch Mehrausgaben für die Bildung gewährleisten will – wofür ich mit der Vorlage im September eintrete –, muss sich darüber im Klaren sein, dass er in anderen Bereichen konkret sparen muss. Ich bin sehr an Einsparvorschlägen gerade auch in FDP/DVP-Ressorts interessiert und gern zu Einsparungen bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Für das Wirtschaftsministerium bleibt nichts mehr übrig!)

Als guter Demokrat nehme ich Anträge ernst und lese alles, was auf Briefbogen von Landtagsfraktionen steht. Meine Sorge ist, Kollege Schmiedel, dass Sie seit der Übernahme des Amtes des Fraktionsvorsitzenden Gefahr laufen, Briefbogen der SPD-Fraktion zu verschleudern und zu entwerten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, richtig! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

Wir sollten auch in Zukunft die Möglichkeit haben, Sie ernst zu nehmen. Dies gelingt nicht immer. Jedenfalls bei diesem Tagesordnungspunkt gelingt es mir nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Abschließend: Die Qualität und das Ergebnis von Schule in Baden-Württemberg sind gut. Man kann weitere Verbesserungen vornehmen; da bin ich gern zum Ideenwettbewerb bereit. Aber Schule schlechtzureden durch einen Lehrer der Grünen und einen Lehrer der SPD, die zufällig beide Fraktionsvorsitzende sind,

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Ich bin nicht zufällig Fraktionsvorsitzender! – Vereinzelt Heiterkeit)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

ist meines Erachtens nicht in Ordnung. Das eigentliche Glück besteht darin: Solange Sie hier arbeiten und hier reden, schaden Sie unseren Kindern in Baden-Württemberg nicht.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Präsident Peter Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Kretschmann das Wort.

(Unruhe)

Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich bin nicht zufällig Fraktionsvorsitzender.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Sie nicht, aber der andere! – Heiterkeit bei der CDU)

Diese Position wird bei uns nämlich nicht ausgewürfelt, sondern man wird gewählt und muss dafür eine Mehrheit bekommen.

(Zuruf von der SPD: Im Gegensatz zu anderen!)

Aber ich bin Ihnen natürlich dankbar, dass wir von Ihnen eher spontaneistischen und zufälligen Eingebungen zur Schulpolitik heute verschont worden sind

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

und keine Vorschläge von der Qualität „Bundeszentralabitur“, „Schuluniform“ oder „Kürzung des naturwissenschaftlichen Unterrichts“ gehört haben. Darüber sind wir doch sehr froh.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben noch nie G 8 unterrichtet! Sie sind weit weg!)

Nichts fürchten wir – vor allem aber auch Ihre eigenen Kollegen – so sehr wie Ihre Sommerschnellschüsse zur Schulpolitik.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Haben Sie schon einmal G 8 unterrichtet? Noch keine Stunde! – Gegenruf der Abg. Ute Vogt SPD: Herr Röhm, Sie sollten lieber unterrichten, als hier zu quasseln!)

Jetzt möchte ich noch auf einige Dinge eingehen, die Sie gesagt haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind schon lange weg von der Schule!)

Dass die Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg am geringsten ist, ist doch wohl in erster Linie der Prosperität unserer Wirtschaft zu verdanken.

(Widerspruch bei der CDU – Zuruf von der CDU: A wa!)

Herr Ministerpräsident, wir haben einen sehr guten und engen Kontakt zu den Organisationen der Wirtschaft und des Handwerks. Was wir dort an ernsthaften Beschwerden hören, ist, dass ein großer Teil unserer Schulabgänger eigentlich gar

nicht ausbildungsfähig ist und dass die Unternehmen diese Defizite des Schulsystems in ihren Betrieben ausgleichen müssen; das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweitens: Sie haben gesagt, wir gäben hier mehr Geld für Bildung aus als jemals zuvor.

(Abg. Ernst Behringer CDU: Das stimmt!)

Aber das ist einfach nicht der Maßstab. Die Vergangenheit ist nicht der Maßstab. Der Maßstab sind die Herausforderungen der Zukunft. Daran müssen wir die Ressourcen messen. Wir dürfen sie nicht an der Frage messen, ob die Ausgaben höher sind als in der Vergangenheit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Na, na, na!)

Es ist bekannt, dass Deutschland – dazu gehört auch Baden-Württemberg – im OECD-Vergleich zu wenig für Bildung ausgibt. Das ist einfach eine Tatsache. Wenn wir mit den besten Regionen der Welt konkurrieren wollen – das haben Sie ja bestätigt –, dann müssen wir auch die notwendigen Ressourcen in Bildung hineinstecken, allerdings in reformierte Systeme und nicht in nicht reformierte, wie Sie es tun.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

4 % Unterrichtsausfall sind ja wohl genug. Da brauchen Sie doch nicht zu konstatieren, dass andere einen noch höheren Ausfall hätten.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Sie sollten sich an dieser Stelle einmal an der eigenen Nase packen und sagen, was Sie eigentlich tun wollen, um diesen Anteil von 4 % weiter zu reduzieren. Darum wäre es gegangen.

(Zuruf von der SPD)

Jetzt kommt das Entscheidende, nämlich Ihre Ausführungen zu den Privatschulen. Denn daran kann man noch einmal die Differenzen zwischen Ihnen und uns sehr klar herausarbeiten.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Hört, hört!)

Die Fraktion GRÜNE ist Schulen in freier Trägerschaft seit eh und je äußerst positiv und freundlich gesonnen. Das wird auch in Zukunft so bleiben,

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Dann darf man das aber doch nicht beklagen! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

weil wir die freien Schulen als Sauerteig für das nun wirklich lahrende und träge staatliche Schulsystem betrachten und weil von dort, von der Reformpädagogik aus immer die wichtigen Innovationen für unser Schulsystem ausgegangen sind.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

(Winfried Kretschmann)

Deswegen können die freien Schulen auch in Zukunft mit unserer Unterstützung rechnen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit unserer auch!
Aber wie sieht es dort mit Abschlüssen aus?)

Es ist allerdings schon ein Unterschied, ob irgendwelche Leute Privatschulen gründen, bei denen schon von vornherein das Einhalten des Verbots der Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern infrage gestellt ist, weil sie zu hohe Gebühren verlangen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie hätten Sie es denn gern?)

Das ist noch ein anderes Thema.

Jetzt kommt das Entscheidende: Für uns, die wir natürlich in erster Linie für das staatliche Schulwesen verantwortlich sind, muss es doch eine Herausforderung sein, wenn in immer stärkerem Maße

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Auswandern!)

Privatschulen gegründet werden und das sogenannte Bildungsbürgertum nicht mehr seine Innovation und Kraft einbringt, um die Schulen, auf die es seine Kinder bisher geschickt hat, besser zu machen, sondern sich einfach daraus verabschiedet und eigene Schulen gründet. Das muss ein Alarmsignal sein, das zeigt: Im staatlichen Schulwesen stimmt etwas nicht. Das ist die Botschaft, die davon ausgeht, und die wollen Sie nicht hören.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie sieht es mit den Abschlüssen an Privatschulen aus? Sagen Sie einmal etwas dazu!)

Betrachten wir doch z. B. die Waldorfschulen: Das sind integrative Schulen seit eh und je, Schulen, die Sie mit dem Begriff „Einheitsschulen“ denunzieren. Auch diese integrativen Waldorfschulen in unserem Land haben eine Zahl an Anmeldungen, die dreimal so hoch ist wie die Zahl an Schülern, die sie aufnehmen können.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ist das jetzt schlecht?
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die machen aber auch nicht alle Abitur! Sie machen Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Abitur! – Zuruf des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

Ich komme noch einmal zum Begriff der Einheitsschule. Wer eine Einheitsschule will, das sind Sie. Sie wollen am dreigliedrigen Schulsystem festhalten, das möglichst einheitliche homogene Gruppen vor sich hat.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt keine einzige homogene Klasse!)

Die Einheitsschule ist Ihr Konzept und nicht unseres. Selbstständige und freie Schulen sind Schulen der Vielfalt, wo Kreativität an erster Stelle steht. Genau das wollen wir und nicht den Weg, den Sie jetzt gehen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie gehen weiterhin den Weg des Dirigismus und des Obrigkeitsstaats, um möglichst diffizil in den Schulalltag hineinzuregieren. Das kann es nicht sein.

Ich sage Ihnen einmal, welches meine Vision in dieser Frage ist.

(Zurufe von der CDU: Oi! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: College for all! Wie in Australien!)

– Ich war kürzlich beim Arzt. Insofern kann ich mich frei zu Visionen bekennen. Meine Vision ist, dass sich in einem Schulsystem der Zukunft Schulen in freier Trägerschaft und staatliche Schulen im Kern gar nicht mehr unterscheiden,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und alle dieselben schlechten Ergebnisse haben!)

weil wir die Schulen in staatlicher Trägerschaft so weit kommunalisieren, in die Selbstständigkeit entlassen, dass sie vor Ort selbst kreativ sein und das Schulsystem entwickeln können, das ihnen richtig erscheint und die Voraussetzungen erfüllt, die wir für eine individuelle Förderung brauchen.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist die richtige Vision. Es geht nicht darum, Schulen in freier Trägerschaft und staatliche Schulen gegeneinander auszuspielen,

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Das machen Sie doch gerade!)

sondern darum, das staatliche Schulwesen so fit zu machen, es mit den Ressourcen auszustatten, diesen Schulen die Möglichkeiten und Freiheiten zu geben, die sie brauchen, damit sich dort Kreativität entwickeln kann. Wir könnten – meine Fraktion macht das am laufenden Band – Vertreter von Schulen aus anderen Ländern einladen, die uns das in hervorragender Weise vormachen. Das kann ich Ihnen nur empfehlen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit welchem Erfolg, Herr Kretschmann? Gucken Sie auf die Abschlüsse, und vergleichen Sie die mit denen an den staatlichen Schulen! Gucken Sie auf die Abschlussnoten! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Oh, Herr Röhm, mussten Sie als Schulleiter auch in den Landtag kommen?)

Das ist der richtige Weg. Diese Beispiele aus anderen Ländern zeigen: Die Schulen machen das alle mit großem Erfolg.

Deswegen sage ich noch einmal, was wir in der Schuldebatte vor einigen Monaten gesagt haben: Das Erste, was wir von Ihnen, von der CDU und ihrem Kultusminister, verlangen, ist, dass Sie dort neue und auch integrative Schulformen zulassen, wo Schulträger dies verlangen. Das kann man doch wohl von Ihnen erwarten! Dort, wo Menschen kreativ sind – Elternschaft, Lehrerschaft, Kommune – und neue Schulmodelle in ihrer Stadt oder Gemeinde wollen, kann man doch erwarten, dass Sie das einfach genehmigen, dass Sie dies zulassen und es nicht behindern. Statt mit ihnen zu reden, beordern Sie je-

(Winfried Kretschmann)

doch Schulleiter, die dies wollen, zum Abholen eines Ukas ins Regierungspräsidium.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das sind unsere Erwartungen an Sie. Wenn Sie, Herr Kultusminister Rau, das einmal tun, werden wir hier in diesem Land einen erheblichen Schritt vorangekommen sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Peter Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt darf doch nur noch der Fraktionsvorsitzende reden! – Unruhe)

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Eines darf ich zunächst noch einmal historisch klarstellen, Herr Ministerpräsident, und ich möchte Ihnen dabei gern auch etwas Nachhilfe geben.

(Oh-Rufe von der CDU)

Die SPD ist aus der Bildungsbewegung hervorgegangen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem sie als reine Lehrerpartei überhaupt keine Chance gehabt hätte, Mitglieder zu gewinnen. Insofern ist der umgekehrte Schluss richtig: Wir haben in unseren Reihen Gott sei Dank so viele Lehrer, weil wir als Bildungspartei seit fast 150 Jahren ernst genommen werden, und nicht umgekehrt.

(Beifall bei der SPD)

Zur Gründung der SPD aus der Arbeiterbildungsbewegung wäre es nie gekommen, wenn es damals und immer schon Bildungsgerechtigkeit gegeben hätte. Nehmen Sie uns also bitte ab, dass die Bildung eines der Themen ist, die wir mit Herzblut verfolgen und bei denen wir Kompetenz einbringen, und versuchen Sie nicht, uns durch so billige Rhetorik abzubügeln.

Nun zu Ihrem Angebot, Herr Ministerpräsident: Wir treten gern in einen konstruktiven Dialog mit Ihnen ein. Ich möchte an vier Punkten kurz aufführen, worüber ich mit Ihnen dabei gern diskutieren würde.

Ich würde mit Ihnen gern über das Thema „Jugendarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg“ diskutieren. Aus meiner Heimatstadt kann ich Ihnen Folgendes berichten: Dort hatten wir noch vor wenigen Jahren eine Jugendarbeitslosenquote im zweistelligen Bereich und waren damit Schlusslicht in Baden-Württemberg. Nach Einführung von Hartz IV und der Konzentration der dadurch frei gewordenen Mittel in den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit weist diese Stadt fast die günstigste Jugendarbeitslosenquote landesweit auf. Das hat aber nichts mit einer Verbesserung des Bildungssystems zu tun. Vielmehr haben wir zusätzlich zu den 800 bis 1 000 jungen Leuten, die wir jedes Jahr neu in BVJ, EQJ und welche Programme auch immer zur Überbrückung einspeisen, damit sie nicht auf der Straße stehen müssen, noch einmal etwa 800 Praktikumsplätze bei den unterschiedlichsten Trägern und Institutionen geschaffen, um die Jugendlichen von der Straße zu holen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Seien wir doch froh, dass es so ist!)

– Ja, das ist auch gut.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Also!)

Aber diese Entwicklung hat doch nichts mit der Qualität Ihres Bildungssystems zu tun, sondern mit anderen Maßnahmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: An allen Schulen sind Praktika vorgeschrieben! Z. B. BOGY oder andere Praktika! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Es geht um das, was danach passiert, Herr Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist doch inzwischen Standard!)

– Bis heute ist doch gar nicht nachgewiesen, dass sich hierdurch etwas verändert.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Reden Sie weiter!)

Es geht um das, was nach der Schule passiert.

Auch über das Thema Lehrerstellen würde ich gern mit Ihnen reden. Sie sprechen immer in abstrakter Weise von Lehrerstellen. Gleichzeitig werden viele neue Projekte dadurch finanziert, dass man Lehrerstellenmittel zurückhält, um sie in Projektsachmittel umzuwidmen, und dass man Lehrer aus dem Unterricht herausnimmt, damit diese dann andere Aufgaben außerhalb der Schule wahrnehmen.

(Widerspruch bei der CDU)

– Wie könnten Sie denn sonst erklären, dass sich der Unterrichtsausfall nicht verringert, dass es keine Verbesserungen bei den Krankheitsvertretungen gibt usw.? Es zeigt sich ja, dass von den fantastischen Lehrerstellenzahlen, die Sie nennen, unten gar nichts bemerkbar ist.

(Abg. Norbert Zeller SPD: So ist es!)

Damit bin ich bei den Themen Management und Personalentwicklung. Gleichzeitig komme ich damit auch zum Thema Ehrlichkeit und zu der Forderung, die Debatte nicht nur auf der Grundlage abstrakter Zahlen zu führen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist mein dritter Punkt: Der Kollege Schmiedel hat einen Oberbürgermeister mit CDU-Parteibuch zitiert. Sie haben reflexhaft das getan, was Sie hier immer tun. Wir können zehn Beispiele anführen, wir können hundert oder tausend Beispiele bringen. Sie sagen immer: „Das ist ein Einzelfall und hat mit der Situation im Land insgesamt nichts zu tun.“ Worauf wir jedoch hinweisen, ist die Wahrnehmung der Menschen draußen, und dieser Wahrnehmung müssen Sie sich irgendwann einmal stellen und dürfen nicht immer nur mit rhetorischen Mitteln die einzelnen Beispiele abbügeln oder dies – wie Herr Rau das im letzten Sommer hier getan hat – als Hetze diffamieren.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

(Dr. Frank Mentrup)

Denn gleichzeitig wird ja bereits vor den Herbstferien gesagt: „Von dieser Verrentung hatten wir nichts gewusst; diese Schwangerschaft war uns nicht bekannt,“ – wobei der zweite Fall ja zutreffen mag – „und wir haben leider keine Krankheitsvertretung.“ So kann man nicht mit den Problemen umgehen, sondern hier müssen Antworten her, die auch durchgreifen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Kretschmann zu den Privatschulen uneingeschränkt an. Wir müssen doch untersuchen, warum die Eltern ihre Kinder denn lieber in eine Privatschule schicken. Das muss eine Herausforderung für unser Schulsystem sein. Das ist die Logik – und nicht, dass wir etwas gegen Privatschulen hätten.

Es kann uns doch nicht egal sein, Herr Ministerpräsident, dass in Heidelberg schon fünf private Grundschulen existieren, dass jetzt drei weitere Anträge eingegangen sind und dass die Zahl der privaten Grundschulen dort bald fast halb so hoch ist wie die der Regelgrundschulen. Als Argument für die Gründung privater Grundschulen wird angegeben, dass in den Mittelschichtstadteilen die Einrichtung staatlicher Ganztagsgrundschulen nicht genehmigt werde, weil dort kein sozialer Brennpunkt gegeben sei. Den Bedarf muss man einfach einmal akzeptieren und die Landesausbauprogramme für Ganztagschulen danach ausrichten, anstatt sich über Hefe, Hefe und Hefe zu freuen – oder Sauerteig – und darüber zu vergessen, dass wir die Aufgabe haben, die Kinder, die in einem Stadtteil zusammen aufwachsen, mindestens vier Jahre gemeinsam in einer Schule zusammenzuhalten. Nach unserer Meinung müssten es eigentlich sogar zehn Jahre sein.

(Beifall bei der SPD)

Herr Mappus, ich will noch einmal versuchen, Ihnen unseren heute vorliegenden Antrag zu erklären. Sie und auch der Herr Ministerpräsident müssen sich schon einmal die richtigen Fragen stellen. Es geht nämlich nicht darum, ob die Presse sagt, der Antrag gehe zu weit, oder nicht; das ist die übliche Frage. Vielmehr geht es um die Frage, ob irgendjemand in der letzten Woche gesagt hat: „Jawohl, Herr Rau ist der richtige Mann für diesen Job.“ Haben Sie das irgendwo gelesen?

(Unruhe – Zurufe von der CDU: Ja!)

Haben Sie einen Kommentar gelesen, der sagt, wir täten dem Mann Unrecht? Sie haben keinen gefunden.

(Anhaltende Unruhe bei der CDU – Zurufe von der CDU: Aber sicher!)

Sie haben ein Personalproblem in Ihrer Regierung, und das muss man offen aussprechen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

– Ich weiß, ich habe ein Zeitproblem.

Präsident Peter Straub: Herr Abg. Dr. Mentrup, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Vier Punkte sind einfach ein bisschen viel!)

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Ich kürze ab: Ich habe noch niemanden gehört, der gesagt hat, diese Bildungspolitik sei aus fachlicher Sicht die richtige. Ich habe niemanden gehört, der gesagt hat, man sei fachpolitisch richtig aufgestellt. Ich habe aber ganz viele Artikel über die gesammelten Defizite gelesen.

(Zuruf von der CDU: Da müssen Sie besser zuhören!)

Ich habe vor allem aus der Regierung und aus den Fraktionen nur wahrgenommen, dass Herr Dr. Noll seit einer Woche schweigt, aber ich habe keine positiven Resonanzen an dieser Stelle gehört.

(Unruhe bei der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben uns zur Zusammenarbeit aufgefordert. Wir bieten Ihnen heute die Möglichkeit, etwas zu tun, was der Ministerpräsident vielleicht schon längst hätte tun müssen, nämlich hier eine personelle Neuaufstellung vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU – Abg. Stefan Mappus CDU: Wie großzügig!)

Wenn Sie das nicht annehmen,

(Abg. Stefan Mappus CDU: Der ist ja noch schlechter als Schmiedel! – Unruhe bei der CDU)

dann müssen Sie anschließend erklären, warum Sie sich in dieser Abstimmung positiv zu dieser Politik, zu dieser Person und zu diesem Zustand Ihrer Regierung bekannt haben. Darauf bin ich gespannt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur **A b s t i m m u n g** über den Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2865, der folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen,

gemäß Artikel 56 der Landesverfassung den Ministerpräsidenten aufzufordern, Herrn Helmut Rau aus der Landesregierung zu entlassen.

Nach Artikel 56 der Landesverfassung muss der Ministerpräsident einem dahin gehenden Ersuchen entsprechen, wenn der Beschluss mit zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags gefasst wird. Das heißt, mindestens 93 Mitglieder müssten dem Antrag zustimmen.

Wer dem Antrag auf Entlassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf von der CDU: Mit großer Mehrheit!)

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Die Sitzung wird um 14:15 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:59 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:16 Uhr)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich sehe die Kollegen noch nicht, die sich darüber beklagt hatten, dass es im Plenarsaal sehr warm sei und wir heute eine drückende Schwüle hätten. Wegen dieser äußeren Bedingungen schlage ich vor, dass wir uns heute im Plenarsaal ohne Jackett bewegen können, ohne dass dies parlamentarisch irgendwelche Schwierigkeiten hervorrufen könnte.

(Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Nein! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das sind israelische Verhältnisse!)

Deswegen, Herr Kollege, können Sie sich Ihres Jacketts entledigen – die Damen natürlich auch, wenn sie wollen.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der Landesbank Baden-Württemberg und der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz und zur Änderung des Landesbankgesetzes – Drucksache 14/2739

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses – Drucksache 14/2841

Berichterstatter: Abg. Michael Theurer

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Abg. Dr. Scheffold.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Präsident, so schnell kann man nicht hören, wie Sie schwätzen!
– Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem heute Morgen davon gesprochen worden ist, es sei ein Tag der Emotionen, versuche ich, das auf einen Vormittag der Emotionen zu reduzieren.

Nach den Vorreden bei der ersten Lesung und nachdem wir uns auch vor vier oder acht Wochen schon einmal in anderer Art und Weise über die Landesbank auseinandergesetzt haben und auch weitgehend einvernehmlich und sachlich miteinander diskutiert haben, möchte ich dieses Thema auch so einführen. Es geht um den Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der Landesbanken dieser beiden Länder. Ich darf zufrieden feststellen, dass hier fraktionsübergreifend Zustimmung besteht. Ich halte das auch für sehr gut und hilfreich.

Das bisher bestehende Mutter-Tochter-Modell zwischen den beiden Landesbanken hat sich durchaus bewährt. Aber in diesen Zeiten ist es umso wichtiger, das Gute durch das Bessere zu ersetzen. Eine Weiterentwicklung der Bankenlandschaft, auch der Landesbanken, ist notwendig. Das dient den Interessen der Banken. Es dient dem Finanzplatz Baden-Württemberg.

Es dient damit dem Land Baden-Württemberg und allen seinen Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen werden wir diesem Staatsvertrag, der eine Vollintegration beinhaltet, als CDU-Fraktion zustimmen.

Wir sind davon überzeugt, dass dies der Landesbank hilft, im Wettbewerb noch besser zu bestehen, in einem Wettbewerb, der derzeit sehr angespannt ist und der ständig neue Schlagzeilen produziert. Ich denke dabei auch an das Gutachten, das der Sachverständigenrat in der letzten Woche vorgelegt hat. Ich will einige Punkte daraus zitieren.

Zunächst einmal ist aner kennenswert, dass auch der Sachverständigenrat – das ist in der öffentlichen Diskussion ein bisschen untergegangen – davon gesprochen hat, dass sich das Dreisäulenmodell zwischen den privaten Banken, den Genossenschaftsbanken und dem öffentlichen Sektor bewährt hat.

Er hat insgesamt auch hervorgehoben, dass die Banken in Deutschland ertragsschwach seien. Das ist auf der einen Seite eine für die Banken vielleicht nicht so erfreuliche Tatsache. Für die Kunden, das heißt für die Bürgerinnen und Bürger, ist es natürlich eine durchaus angenehme Situation, wenn der Wettbewerb so stark ist – gerade auch durch den öffentlichen Bankensektor –, dass Konkurrenz da ist und dass die Gewinnmargen deswegen eingeschränkt sind.

Der Sachverständigenrat hat dann aber meines Erachtens unzutreffenderweise davon gesprochen, dass die Landesbanken von der Finanzkrise besonders betroffen gewesen seien, dass sie insgesamt gesehen eine geringere Rentabilität aufwiesen und dass sie wenig tragfähige Geschäftsmodelle hätten. Das waren die hauptsächlichen Gesichtspunkte.

Wenn ich unsere fraktionsübergreifenden Diskussionen aus den vergangenen Wochen und Monaten verfolge und auch die Beiträge der Landesregierung mit einbeziehe, dann muss und kann ich feststellen, dass genau diese Aussagen für die Landesbank Baden-Württemberg nicht stimmen. Wir sind nicht besonders von der Finanzkrise betroffen gewesen. Die Rentabilität unserer Landesbank ist dank eines tragfähigen und erfolgreichen Geschäftsmodells zukunftsfähig. Wir haben ein Geschäftsmodell, mit dem wir auch in anderen Ländern und über Baden-Württemberg hinaus reüssieren können.

Dazu ist dankbar anzuerkennen, dass die Eigner der Landesbank hier in Baden-Württemberg – die Sparkassen, das Land, die Kommunen, die Landkreise und die Städte – gut zusammenwirken und einvernehmlich agieren und dass es auch in dem jetzt anstehenden Staatsvertrag nicht zu weiteren Eignern kommt, sondern dass es bei diesem Eignerkreis bleibt und damit auch das erfolgreiche Geschäftsmodell der Landesbank Baden-Württemberg hinausgetragen werden kann – zunächst nach Rheinland-Pfalz, nach Sachsen und zu den Bürgerinnen und Bürgern in diesen Ländern sowie zu den dortigen Kommunen.

Insgesamt darf ich sagen: Wir verfolgen die Entwicklung der Landesbank Baden-Württemberg aufmerksam, aber optimistisch weiter. Wir begrüßen den vorgelegten Staatsvertrag. Wir werden ihm zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schmid das Wort.

Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion steht uneingeschränkt hinter dem sogenannten Dreisäulenmodell der deutschen Bankwirtschaft. Das Gutachten des Sachverständigenrats, das auch mein Vorredner schon angesprochen hat, gibt keinen Anlass, dieses Modell grundsätzlich infrage zu stellen, und zwar weder für die Sparkassen, bei denen wir auch die Gesetzgebungshoheit haben, noch bei der Landesbank.

Die Landesbanken sind im Zuge der Finanzmarktkrise ins Gerede gekommen, nicht aber die LBBW. Damit zeigt sich schon, dass für die Zukunft der Landesbanken und auch für die Zukunft unserer Landesbank die Frage nach dem Geschäftsmodell entscheidend ist. Die Landesbank Baden-Württemberg hat mit den Schwerpunkten Firmenkundengeschäft – darunter auch der Ausbau des internationalen Geschäfts im Sinne der Begleitung unserer mittelständischen Unternehmen ins Ausland –, mit dem gehobenen Privatkundengeschäft und mit der guten Kooperation mit den Sparkassen im Land ein Geschäftsmodell, das für die Zukunft trägt und das sicher auch für andere Landesbanken Anregung sein kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir als Landesbank Baden-Württemberg haben in den schwierigen letzten Monaten unseren Beitrag für die Konsolidierung der Landesbanken geleistet, nämlich durch die Übernahme der damaligen Sachsen LB und jetzt auch durch die Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz, wie sie mit dem Landesbankgesetz nachvollzogen wird. Damit hat die LBBW Verantwortung für das gesamte Landesbankenlager in Deutschland übernommen.

Dies beruht darauf, dass wir im Land ein gutes Miteinander zwischen den wichtigen Trägern – dem Land, den Sparkassen und der Stadt Stuttgart – haben. Dieses gute Einvernehmen muss sich auch in Zukunft bewähren. Die Herausforderungen, die wir vor uns haben und die natürlich auch die weitere Konsolidierung der Landesbankenlandschaft in Deutschland zum Gegenstand haben werden, müssen sich nach unserer Auffassung aber an bestimmten politischen Maßstäben messen lassen.

Wir brauchen erstens weiterhin das erfolgreiche Geschäftsmodell der LBBW. Es muss fortentwickelt werden. Die Kundenorientierung ist die Basis dieses Geschäftsmodells. Keine Landesbank wird überleben, wenn sie kein Kundengeschäft hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Deshalb weisen wir auch jeglichen Gedanken zurück, die Funktion der LBBW auf die einer reinen Sparkassenzentralbank zu reduzieren.

(Abg. Ingo Rust SPD: Sehr richtig!)

Das, was aus diesem Geschäft an Erträgen und Gewinnen erzielt wird, ist sehr gering. Damit könnten bei Weitem nicht

12 000 Mitarbeiter beschäftigt werden. Wir haben aber eine Verantwortung für diese Mitarbeiter, und wir haben eine Verantwortung dafür, dass sich die Landesbank mit den drei Schwerpunkten, die ich genannt habe – Firmenkundengeschäft, gehobenes Privatkundengeschäft und Kooperation mit den Sparkassen –, voll entfalten kann.

Also: Kein Zurück beim Geschäftsmodell!

Zweiter Schwerpunkt: Die Landesbanken beziehen ihre Existenzberechtigung daraus, dass sie öffentlich-rechtliche Banken sind. Damit haben sie, wenn sie Geschäfte tätigen, auch eine besondere Verantwortung, was die Einhaltung von Steuergesetzen anbelangt.

Wir hatten immer wieder Diskussionen über die Frage, wie Landesbanken mit Steuerhinterziehung umgehen. Es gab dazu erfreuliche Klarstellungen. Uns ist aber wichtig, dass für alles, was die Landesbanken in Deutschland oder im Ausland tun, nicht auch nur der Anschein erweckt werden darf, dass Steuerhinterziehung und Steuerverkürzung Vorschub geleistet werde.

Wir haben dafür bisher keine konkreten Hinweise. Aber uns ist wichtig, dass die Landesbank Baden-Württemberg wie auch die anderen Landesbanken hier Vorbild sind. Das muss auch für zukünftige Fusionen gelten. Das sage ich insbesondere im Hinblick auf die BayernLB, die sich über ihre österreichische Tochter Balkanaktivitäten eingekauft hat, die aktenkundig sind und sowohl in Österreich als auch in Kroatien zu Gerichtsverfahren geführt haben.

Zu unserem dritten Schwerpunkt: Wir haben auch als Träger Land eine Verantwortung für die über 12 000 Mitarbeiter der LBBW und der BW-Bank an den Standorten Stuttgart, Karlsruhe und Mannheim. Wir sind jetzt in einer Phase, in der wir darüber nachdenken müssen, wie wir nach der Integration der Landesbank Rheinland-Pfalz und nach der Übernahme der Sachsen LB die verschiedenen Standorte weiterentwickeln können. Eine rückwärtsgewandte Debatte wird uns da nicht weiterhelfen.

Nachdem wir im Zusammenhang mit der Integration der LRP Absprachen mit dem Land Rheinland-Pfalz über den Standort Mainz getroffen haben, ist es nun an der Zeit, darüber nachzudenken, ähnliche Entwicklungsperspektiven für die baden-württembergischen Standorte – insbesondere für Mannheim und Karlsruhe – aufzuzeigen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss also darum gehen, möglichst abgeschlossene Geschäftsbereiche an diesen Standorten zu entwickeln und damit jenseits des den Kunden zugewandten Geschäfts in Mannheim und Karlsruhe auch für die Mitarbeiter eine Entwicklungsperspektive im Sinne von Karrierepfaden am Standort aufzuzeigen.

Mit den genannten drei Maßstäben gehen wir zuversichtlich in die weiteren Fusionsdebatten, legen aber Wert darauf, dass bei Fusionen keine Abenteuer eingegangen werden. Die anderen Landesbanken – das ist die Vorbedingung – müssen zunächst einmal ihren „Laden“ in Ordnung bringen. Dann sind wir zu Gesprächen bereit.

(Dr. Nils Schmid)

Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingo Rust SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Abg. Schlachter für die Fraktion GRÜNE das Wort.

Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Heute sind wir uns, zumindest was die Beschlussfassung angeht, einig. Herr Dr. Scheffold trägt eine grüne Krawatte, Kollege Schmid auch, und ich trage eine rote.

(Abg. Georg Wacker CDU: Kollege Fleischer ist auch da! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Blau!)

– Blau lassen wir gelten.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Aber rot ist schon einmal ganz gut!)

Wir sind uns auf jeden Fall in der Hauptsache, der Beschlussfassung, einig, indem wir sagen: Der Staatsvertrag über die Vereinigung der Landesbank Baden-Württemberg und der Landesbank Rheinland-Pfalz ist sehr gut, vor allem für Baden-Württemberg. Das ist unstrittig.

Wir sind uns letztlich auch darüber einig, dass es in der Landesbankenlandschaft weitere Konsolidierungen geben wird, vielleicht auch geben muss. Da beschreiten wir eben unterschiedliche Wege oder haben unterschiedliche Ideen. Ich glaube, wir müssen den öffentlich-rechtlichen Finanzmarktsektor stärken, damit wir in der Spitze die Besten sind und damit vor Ort die Sparkasse die Beste ist: mit ihren Produkten und in ihrer Beratungsqualität.

Unser Spartenmodell habe ich Ihnen jetzt schon zweimal vorgestellt, also muss das jetzt nicht nochmals sein. Den Medien entnehme ich, dass die Sparkassenvorstände, die Obleute dieser Sparkassen, dem Modell, das wir als Grünen-Fraktion vorgestellt haben, einen gewissen Charme abgewinnen können. Das nehme ich mit Freude zur Kenntnis.

(Abg. Ingo Rust SPD: Eigeninteresse! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir sind das Land!)

– Doch, die Sparkassen sind natürlich die Hauptträger des öffentlich-rechtlichen Sektors. Ich glaube, sie sind diejenigen, die in der Fläche die Mittelständler mehr versorgen, als es eine Landesbank kann.

(Abg. Ingo Rust SPD: Richtig!)

Ein Wort noch zu dem, was die Wirtschaftsweisen – so möchte ich sie gerne nennen – vorgetragen haben. In einem Punkt haben sie natürlich nicht recht, nämlich dann, wenn sie einer pauschalen Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Sektors das Wort reden und die Landesbanken privatisieren wollen – und, wenn sie schon dabei sind, die Sparkassen gleich mit. Das allein ist ja kein neues Geschäftsmodell. Deshalb ist es für uns nicht sinnig, und es hilft uns nicht weiter. Wie Sie, Herr Kollege Schmid, ansprachen, wäre das für die Arbeitsplätze natürlich gravierend, denn dann geht es mit anderen

Dingen vorwärts. Das würde, wie gesagt, auch angesichts der Konkurrenzsituation am Finanzmarkt und in Bezug auf die Präsenz in der Breite nicht helfen.

Die Ertragsprobleme, die von den Wirtschaftsweisen angesprochen werden, sind in den Bankengruppen sehr unterschiedlich. Es gibt natürlich auch profitable Banken, und zwar solche, die international mithalten können. Die Raiffeisenbank Berghülen eG auf der Schwäbischen Alb konnte 2006 auf dem zehnten Platz in Europa mithalten. Da gibt es durchaus Unterschiede.

Die Antwort auf die Frage, warum die deutschen Banken in der Regel nicht so profitabel sind wie der europäische Durchschnitt, ist einfach: Bei uns existiert eine Überregulierung. Es existiert eine Finanzmarktaufsicht, die an Dichte nicht mehr zu überbieten ist, die aber, wie wir wissen, an der Spitze – bei den großen Häusern – im letzten Jahr versagt hat. Lediglich bei den kleinen Banken sind sie sehr nah dran, zu intensiv für meine Begriffe. Ich glaube, dem sollten wir entschieden entgegenreten. Es wäre die Aufgabe des Finanzministers, zu sagen: „Freunde, mit dem Privatisierungsgedanken haben wir es in Baden-Württemberg nicht so.“ Vielleicht können Sie da überregional einmal das Wort zugunsten unserer Banken im Land erheben.

Wir von der Fraktion GRÜNE haben uns beim letzten Mal für diesen Vertrag ausgesprochen und werden auch heute zustimmen.

Danke fürs Zuhören.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Reinhold Gall SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Theurer das Wort.

Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der Verabschiedung des Staatsvertrags und der Änderung des Landesbankgesetzes – es wurde von den Vorrednern bereits angesprochen – wird der Bankenplatz Stuttgart gestärkt. Vor allem aber wird mit der Fusion der Landesbank Baden-Württemberg und der Landesbank Rheinland-Pfalz ein leistungsfähiges Spitzeninstitut der Sparkassen errichtet.

Wir Liberalen sagen: Es ist an diesem Punkt gut und richtig, auch einmal den Erfolg, die erfolgreiche Politik dieser landesbeteiligten Bank hervorzuheben. Es war gut, wie das hier in Baden-Württemberg gemacht wurde. Es war richtig, dass man in Baden-Württemberg rechtzeitig die Weichen gestellt und diese Landesbank Baden-Württemberg in der Form, wie sie jetzt existiert, aufgestellt hat. Das hat sich als richtig erwiesen, und es ist zukunftsfruchtig.

Für uns Liberale ist es aber auch wichtig, Staatsbeteiligungen an einer Bank immer wieder kritisch zu hinterfragen. Ich meine, dass genau dieser Beitrag in Baden-Württemberg, die kritische Hinterfragung „Wofür braucht das Land überhaupt eine Beteiligung an einer Bank?“, dazu geführt hat, dass man sich in der LBBW sehr genau überlegt hat, in welche Geschäftsfelder man hineingeht und in welche nicht. Man hat eben nicht wie in Nordrhein-Westfalen unter der sozialdemo-

(Michael Theurer)

kratisch geführten Regierung Industriepolitik betrieben, die sich heute für die WestLB als negativ herausstellt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Man hat auch nicht wie in Sachsen gemeint, man könne praktisch durch hoch spekulative Geschäfte eine kleine, feine, eigene Sachsen LB am Leben erhalten. Bei uns war man solide, grundsolide, bodenständig. Das hat letzten Endes mit dazu beigetragen, dass die LBBW erfolgreich ist und der Sachsen LB unter die Arme greifen konnte.

Wir meinen, das ist auch im Ausblick auf die Zukunft der entscheidende Faktor. Dort, wo die LBBW gemeinsam mit den Sparkassen und auch den genossenschaftlichen Banken vor allem den kleinen und mittelständischen Unternehmen die Finanzierung erleichtert, sind sie gut aufgestellt. Wenn diese mittelständischen Unternehmen dann Weltmärkte erschließen, dann brauchen sie auch Partner, mit denen das geht. Da hat sich herausgestellt, dass die LBBW einen wichtigen Beitrag leisten kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das an dieser Stelle noch in die Gesamtlandschaft einordnen. Wir werden mit Sicherheit Veränderungen bei den Landesbanken haben. Sie müssen sich anders aufstellen. Wir sollten aber als Baden-Württemberger unsere starke Position nicht leichtfertig einsetzen, um andere, die schlechter gewirtschaftet haben, die sich verspekuliert haben, aufzufangen, sondern es sollte jetzt im Sparkassenlager überlegt werden, wie man ein leistungsfähiges Spitzeninstitut der Sparkassen über eine neugestaltete Landesbankenlandschaft erreichen kann.

Zweitens: Ich teile die Auffassung unseres Wirtschaftsministers Ernst Pfister, die jetzt auch vom Kollegen Schlachter geäußert wurde, dass die Bankenaufsicht in Deutschland überreguliert ist. Ich bin der Meinung, man müsste gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen einmal überlegen, wie man die Bankenaufsicht verschlanken, aber in der Effizienz erhalten oder sogar noch steigern kann. Ich persönlich bin der Meinung, man sollte die BaFin „wegnehmen“ und das Ganze in der Bundesbank konzentrieren

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

und die Bundesbank zu der Bankenaufsicht aufbauen.

Ich bin drittens im Bereich der Einordnung in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge der Auffassung, dass es in der heutigen Zeit umso wichtiger ist, dass die Europäische Zentralbank ihre Aufgabe der Sicherung der Geldwertstabilität in den Mittelpunkt setzt. Denn wenn man sich mit der Krise der Sachsen LB auseinandersetzt, dann ist man schnell bei der Subprimekrise in den USA, und dazu muss man sagen: Eine viel zu lockere Geldpolitik der US-amerikanischen Fed hat das überhaupt erst ermöglicht. Man kann an dieser Stelle nur noch einmal darauf hinweisen, dass für einen stabilen Euro und für eine stabile Wirtschaft Geldwertstabilität von entscheidender Bedeutung ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Viertens möchte ich noch im Hinblick auf die Stärkung des Finanz- und Bankenplatzes Stuttgart sagen: Mit der LBBW

wird dieser Bankenplatz hier in Stuttgart und wird das Land Baden-Württemberg mit den Standorten in Mannheim und Karlsruhe gestärkt. Wir brauchen aber für die Stärkung des Bankenplatzes Stuttgart – und davon haben wir uns bei einem Gespräch mit der Initiative „Stuttgart Financial“ überzeugt – vor allem hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bankenplätze brauchen bestqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

(Beifall bei der FDP/DVP)

und die erhalten wir nur, wenn wir uns z. B. auch überlegen, ob wir das Thema Ausbildung/Hochschule/Lehrstuhl im Bereich der Banken hier in der Region Stuttgart noch einmal aufrufen. Ich bin der Meinung: Wir dürfen mit der Stärkung der LBBW hier am Standort Stuttgart nicht aufhören, sondern es gilt jetzt, das als gutes Standbein, als gute Ausgangslage zu nutzen, um weiterhin daran zu arbeiten, den Banken- und Finanzplatz Stuttgart, der mittlerweile einer der wichtigsten in Deutschland geworden ist, auszubauen. Ich rege an, im Landtag Gespräche darüber zu führen, wie wir mit speziellen Stärkungen auch im Hochschulbereich – vielleicht mit einem Lehrstuhl speziell für das Risikomanagement im Immobilienbereich – mit dazu beitragen können, dass höchstqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung stehen, die dann in Zukunft auch den Banken- und Finanzplatz hier lebensfähig machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Regierung erteile ich Herrn Finanzminister Stächele das Wort.

(Zuruf von der SPD: Kurz und bündig!)

Finanzminister Willi Stächele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gilt ja der alte Grundsatz: Wenn eine fraktionsübergreifende Zustimmung heranrollt,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

dann soll sie der Minister nicht mit einer langen Rede aufs Spiel setzen. Daran will ich mich halten.

(Heiterkeit des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

Das Allermeiste von dem, was gesagt worden ist, kann ich unterstreichen. Ich bin auch froh, dass im weiteren Verlauf erkennbar war, dass nicht politische Maßstäbe, sondern betriebswirtschaftliche Maßstäbe angelegt werden müssen und bisher Gott sei Dank auch angelegt worden sind, was unsere Landesbank anbelangt.

Wenn die fünf Weisen sich artikulieren und letztlich auch dort zum Ausdruck kommt, dass das Geschäftsmodell der Landesbank Baden-Württemberg stimmig ist, dann erfüllt uns das mit hoher Zufriedenheit. Die LBBW ist ja ein gutes Stück unserer Wirtschaftskraft, schafft Wirtschaft, unterstützt Wirtschaft, aber ist selbst ein Teil dieser Wirtschaft und des Arbeitsmarkts. Das gilt es zu erhalten.

Deshalb sage ich in aller Ausdrücklichkeit – da spreche ich in Ihrer aller Namen –: All das, was jetzt im Weiteren folgen kann und folgen wird, muss das Geschäftsmodell der LBBW wiedererkennen lassen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU)

(Minister Willi Stächele)

Wenn ich mich unter den Landesbanken umschaue, stelle ich fest – diese Überschrift ist im Grunde ganz wichtig –: Wir haben überhaupt keine Not, überhastet irgendetwas zu tun, und wenn denn Handlungsbedarf besteht und wir so viel Zeit wie bei den Verhandlungen mit Sachsen und mit Rheinland-Pfalz haben, dann tun wir das in der Gewissheit, dass wir mit unserem Geschäftsmodell richtig liegen. Daran darf sich nichts ändern.

Ich will der guten Ordnung halber noch auf Folgendes hinweisen: Wir haben zum einen in dem Gesetzentwurf die Zustimmung zum Staatsvertrag und zum anderen in der Änderung des Landesbankgesetzes die Bestimmungen der EU-Abschlussprüferrichtlinie umgesetzt. Das ist wichtig, weil das auch eine weitere Korsettstange ist, um den Prüfungsanforderungen gerecht werden zu können.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 14/2739.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/2841. Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der Landesbank Baden-Württemberg und der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Artikel einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesbankgesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist auch Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 25. Juni 2008 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Land Rheinland-Pfalz über die Vereinigung der Landesbank Baden-Württemberg und der LRP Landesbank Rheinland-Pfalz und zur Änderung des Landesbankgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit einstimmig zugestimmt. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Baden-Württemberg zum Gründerland machen – Drucksache 14/1885

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, in der Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Frau Abg. Sitzmann das Wort erteilen.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute konnten wir im Wirtschaftsteil der „Stuttgarter Zeitung“ lesen: „Weniger Gründer gehen an den Start.“ Entgegen den Erwartungen, die man hatte, ist die Zahl der Menschen, die den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt haben, kräftig um 21 % abgesackt. Das ist der bundesweite Trend. Baden-Württemberg liegt aber leider noch hinter diesem bundesweiten Trend zurück. Sie haben vielleicht in der „Wirtschaftswoche“ vom 16. Juni, also in der vorletzten Ausgabe, gelesen: „Alle Bundesländer im Test“. Da ist Baden-Württemberg bei der Zahl der Existenzgründungen doch tatsächlich auf Platz 11 abgesackt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wo es schon viele gibt, muss man nicht so viele neu gründen! Basisseffekt nennt man so etwas!)

Deshalb ist unser Anliegen, Baden-Württemberg zum Gründerland zu machen. Wir sind der Ansicht, dass sich die Landesregierung und die Regierungsfaktionen keinesfalls damit zufriedengeben können, dass in diesem Ranking der Bundesländer, das ich gerade zitiert habe, Baden-Württemberg lediglich vor Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, dem Saarland und Sachsen liegt. Ich finde, Sie, werte Kolleginnen und Kollegen von den Regierungsfaktionen, sollten, was die Existenzgründungen betrifft, an die Spitze kommen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Baden-Württemberg ist mit 41 Gründungen auf 10 000 Erwerbstätige recht weit abgeschlagen. Baden-Württemberg ist weit von der Spitze entfernt. Deswegen erwarten wir von Ihnen, dass Sie endlich aktiv werden.

(Edith Sitzmann)

Nun werden Sie sicherlich gleich eine ganze Liste von Aktivitäten vortragen, was die Landesregierung alles tut, um die Existenzgründung im Land zu fördern. Tatsache ist aber, dass nicht nur die „Wirtschaftswoche“, sondern auch Studien, z. B. von der Universität Marburg, zu dem Ergebnis kommen, dass sich das Klima für Existenzgründerinnen und -gründer dramatisch verschlechtert hat.

Für uns ist klar, dass das auch daran liegt, dass es kein Konzept aus einem Guss gibt. Vielmehr weiß man eigentlich gar nicht, wer im Land für Wirtschaftsförderung, für Existenzgründung zuständig ist.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

So lasen wir doch vor Kurzem, dass der Minister für Ernährung und Ländlichen Raum einen Gewerbepark in Salem für 20 Jungunternehmer und Existenzgründer fördert, er fördert Cluster im ländlichen Raum und Existenzgründungen von Frauen. Wenn Sie, wertvolle Kolleginnen und Kollegen, das Angebot des Ministerpräsidenten von heute Morgen annehmen, mehr in Bildung zu investieren und dafür aus Ihren Ressorts umzuschichten, wird im Budget des Wirtschaftsministers leider nicht viel übrig bleiben, um den Wettlauf mit dem Kollegen Hauk aufzunehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Was wir brauchen, ist eine Wirtschafts- und Gründungsförderung aus einem Guss. Wir wollen erreichen, dass die Gründerquote steigt, und zwar nicht nur dann, wenn die Arbeitslosenquote hoch ist. Existenzgründung ist nicht nur ein Notnagel aus der Arbeitslosigkeit heraus.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir brauchen viele Menschen, die bereit sind, sich selbstständig zu machen, die etwas unternehmen wollen. Wir brauchen diese Menschen, weil unser Land Dynamik und Innovation braucht. Denn im Dynamik-Ranking der „Wirtschaftswoche“ ist Baden-Württemberg von Platz 1 auf Platz 4 abgerutscht.

Wichtig für diese Existenzgründungen ist zum einen, dass frühzeitig in Schule und Hochschule sowie in der Ausbildung darauf hingearbeitet wird, dass es eine neue Kultur der Selbstständigkeit gibt.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wichtig ist auch, dass es eine gute Beratung und Hilfen zur Finanzierung gibt. Darauf werde ich im zweiten Teil noch genauer eingehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stehen vor der Entscheidung, wie die EU-Dienstleistungsrichtlinie umgesetzt wird, und zwar in der Frage der Verortung der einheitlichen Ansprechpartner. Dabei ist klar, dass diese Anlaufstellen Ausländern und Inländern zugutekommen müssen, dass diese einheitlichen Ansprechpartner im Interesse des Kunden und der Kundin eine Lotsenfunktion wahrnehmen und dass davon auch ein Impuls zur Verwaltungsvereinfachung ausgehen muss. Deshalb ist für uns klar, dass eine Abwicklung alleine über die Kammern, wie sie z. B. die FDP/DVP fordert, nicht infrage kommt.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Wir brauchen dezentrale Strukturen. Wir brauchen eine Einbindung der Kommunen; diese haben sich schon auf den Weg gemacht, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen, z. B. bei den Bürgerbüros. Wir erwarten in dieser Frage von Ihnen, dass Sie auf jeden Fall die Kommunen mit einbeziehen und auch deren Vorschläge eingehend prüfen.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion bekommt jetzt Herr Abg. Groh das Wort.

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Grünen wurde vom Wirtschaftsministerium umfassend beantwortet. Die Drucksache 14/1885 umfasst denn auch stolze 26 Seiten und gibt allerlei Auskunft. Nur frage ich mich großteils, wem dies einen Nutzen bringen sollte. Welche Rolle spielt es eigentlich, ob ein Mann oder eine Frau ein Unternehmen gründet, wie alt die betreffende Person ist und über welchen Bildungsgrad sie verfügt? Die Relevanz all dieser Untergliederungen überlasse ich gern dem Wissensdrang der Grünen. Bleibt für mich nur noch die Frage offen, warum sie nicht noch nach der Konfession oder der landsmannschaftlichen Herkunft – ich meine, Badener oder Schwabe – gefragt haben.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gute Anregung fürs nächste Mal! – Abg. Reinhold Gall SPD: Legen Sie den gleichen Maßstab einmal an Ihre Anfragen an!)

Meine Damen und Herren, die Grünen haben ihren Antrag unter den Leitsatz „Baden-Württemberg zum Gründerland machen“ gestellt. Damit haben die Grünen meines Erachtens bereits in der Einführung das Thema verfehlt, und zwar deshalb, weil Baden-Württemberg seit Jahrzehnten durch die CDU zum Gründerland gemacht wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Oje!)

Das ist deutlich belegbar. Ich werde es Ihnen auch gleich aufzeigen.

In den letzten rund 30 Jahren konnte eine in Deutschland einmalige Gründerlandschaft mit einer Vielzahl gut funktionierender Gründereinrichtungen zusammen mit den Kommunen, der Wissenschaft, den Kammern und der Wirtschaft sowie den Bildungseinrichtungen aufgebaut werden. Diese Stärken gilt es also zu stärken und nicht bereits Vorhandenes neu zu erfinden.

Innovation ist nämlich ein umfangreicher Prozess. Erst wenn eine neue Dienstleistung, ein neues Produkt oder Verfahren auch tatsächlich genutzt werden, sind sie Innovationen. So ist z. B. die technisch beste Innovation nicht immer auch die wirtschaftlich erfolgreichste. Telefax, Computer, Video und MP3 wurden zwar allesamt in Deutschland erfunden, jedoch in Japan und in den USA erfolgreich vermarktet.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Da stimmt etwas nicht!)

(Manfred Groh)

Weil es bei den Grünen anscheinend Zweifel und Unklarheiten darüber gibt, welche exzellenten Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg geschaffen wurden, um Existenzen zu gründen, Innovationen zu fördern, Nachfolgeregelungen zu ermöglichen und vor allem Finanzierungshilfen zu gewährleisten, bin ich auch gern bereit, in Ergänzung der Beantwortung durch das Wirtschaftsministerium ein klein wenig Nachhilfe zu geben.

Dabei komme ich gleich auf eine weitere Ungereimtheit im Antrag der Grünen zu sprechen. Die unterdurchschnittliche Gründerquote im Ländervergleich und ein hinterer Tabellenplatz im Ranking der Selbstständigenquote waren wohl die Motivation, um den Antrag zu stellen. Hierzu möchte ich generell anmerken, dass es ausschließlich auf die Nachhaltigkeit und die Werthaltigkeit ankommt und nicht auf irgendwelche Steigerungsquoten.

(Beifall des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU – Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Sehr gut!)

Wem nutzen Gründungen, die wenige Monate später wieder am Markt scheitern? Wenn 85 % der Gründungen von Einzelpersonen erfolgen, die sich selbstständig machen, dann erscheint ein Ranking gleichermaßen ohne inhaltliche Aussagekraft.

Um unsere Gründerlandschaft etwas zu konkretisieren, gestatten Sie mir einige Beispiele aus der Technologieregion Karlsruhe, wo ich herkomme, die in allen anderen Regionen Baden-Württembergs ähnlicher Art sind; das möchte ich ganz besonders betonen.

Seit 25 Jahren begleitet die Technologiefabrik Karlsruhe als Tochterunternehmen der Industrie- und Handelskammer Unternehmensgründungen durch Beratung und Betreuung in Sachen Finanzierung, Businessplan oder Technologietransfer. In 25 Jahren konnten 5 132 Arbeitsplätze geschaffen und 263 Unternehmen gegründet werden, von denen – hören Sie gut zu – noch immer über 97 % am Markt erfolgreich sind. Alljährlich kommen bis zu 20 neue Gründungen hinzu. Die Steigerungsquote indes, liebe Grünen-Fraktion, sinkt von Jahr zu Jahr.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Basiseffekt!)

Das ist halt mathematisch so.

Was aus einem sogenannten Start-up-Unternehmen der Technologiefabrik werden kann, zeigt sich an der Firma INIT, einem weltweit führenden Anbieter von Telematik und elektronischen Zahlungssystemen für Busse und Bahnen. 230 Mitarbeiter machten im Jahr 2007 fast 50 Millionen € Umsatz.

Zwei weitere Unternehmen, die CAS und die PTV, möchte ich nennen, weil sie ebenfalls von Hochschulabsolventen gegründet wurden und über 540 Arbeitsplätze geschaffen haben. Ein Kollege der SPD – ich sehe ihn zwar gerade nicht – ist dort beschäftigt und kann diesen anhaltenden Markterfolg bestätigen.

In Karlsruhe ist auch der Technologiepark weiter erfolgreich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum denn gerade in Karlsruhe?)

Die Stadt stellt viele Hektar Grundbesitz zur Verfügung, die L-Bank baut die Gebäude und vermietet sie für Unternehmensgründungen oder -ansiedlungen. Dort gibt es übrigens auch einen privaten Kindergarten und eine private Grundschule jeweils mit Englischunterricht als besondere Rahmenbedingung.

Eine Erfolgsgeschichte der besonderen Art ist das Cyberforum – wenn ich das noch anführen darf –,

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Allerdings!)

ein 640 Mitglieder umfassendes Hightech-Unternehmernetzwerk. Zurzeit läuft der bundesweite Spitzenclusterwettbewerb. Das Cyberforum nimmt mit seinem Konzept „Creating the Net Economy – iRegion Karlsruhe“ daran teil. Es wirken 20 Institutionen zusammen, um in den nächsten Jahren bis 2015 rund 15 000 neue Arbeitsplätze in der IT- und Internetbranche zu schaffen. Frau Sitzmann, ich wiederhole: 15 000 neue Arbeitsplätze!

Das Cyberforum und das KEIMforum haben zusammen seit Juli 1997 bereits 3 200 Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es geht weiter mit der Wirtschaftsstiftung Südwest und ihrer Gesellschaft. Für Beratung und Beteiligung gibt es Kooperationen zwischen der Stadt und der Sparkasse und der Volksbank. Sie sehen auch da immer wieder die weitergehenden Verbindungen auf der Ortsebene.

Außer Beratung und Betreuung kann echtes Risikokapital in Form einer stillen Beteiligung zur Verfügung gestellt werden. Im Übrigen betreibt die Stadt vier städtische Gründerzentren und einen Handwerkerhof.

Aus Zeitgründen – ich wurde gerade darauf hingewiesen, dass meine Redezeit demnächst abläuft – kann ich leider nicht mehr auf die Clusterbildungen in Baden-Württemberg eingehen. Ich möchte aber deren zunehmende Bedeutung, besonders im internationalen Markt, nicht unerwähnt lassen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss: Über die L-Bank stellt das Land zahlreiche qualitativ hochwertige Förderprogramme zur Verfügung. Im Jahr 2007 sind 2,1 Milliarden € an zinsverbilligten Darlehen für Existenzgründungen bewilligt worden. Dadurch wurden Investitionen von über 3,3 Milliarden € angeregt.

Insgesamt bietet das Land eine vielseitige und sehr gute Förderpolitik, die ständig erweitert und marktgerecht angepasst wird. Auch da kommen wir Ihren Forderungen, liebe Grüne, selbstverständlich von Jahr zu Jahr nach.

Ich möchte nochmals betonen, dass die von mir genannten Einrichtungen in jeder Region Baden-Württembergs, also nicht nur in Karlsruhe, in unterschiedlichen Ausprägungen zu finden sind. Deswegen haben z. B. die Region Stuttgart und die Region Karlsruhe ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Manfred Groh CDU: ... mehrfach den „Award of Excellence for Innovative Regions“ der EU erhalten und belegen laut „European Innovation Scoreboard“ der EU den fünften Platz unter den Top Ten der innovativsten europäischen Regionen. So ist auch Ifex, die Initiative des Wirtschaftsministeriums für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge, Gewinner des „European Enterprise Award 2006“. Ifex ist übrigens ein Kernstück unserer gestaltenden Mittelstandspolitik.

Sie sehen also: Wir sind gut aufgestellt und werden diese Positionen weiter festigen, und zwar auf hohem europäischen Niveau. Deshalb, liebe Grünen-Fraktion: Helfen Sie mit bei den Rahmenbedingungen wie beispielsweise der Verkehrsinfrastruktur, den Regionalplanungen und den Grundstücksbereitstellungen, und lehnen Sie bitte nicht von vornherein jedwede Unternehmensansiedlung oder -gründung ab, wie z. B. derzeit in Rheinstetten bei Karlsruhe, ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abgeordneter, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen. Sie haben Ihre Redezeit schon um dreieinhalb Minuten überschritten.

(Oh-Rufe von der SPD)

Abg. Manfred Groh CDU: ... oder jedwede Infrastruktur wie den Bau der zweiten Rheinbrücke oder Stuttgart 21.

Herr Präsident, darf ich noch einen Satz sagen?

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ja, natürlich.

Abg. Manfred Groh CDU: Danke. – Meine Damen und Herren, eine große Sorge besteht natürlich nach wie vor in der Bürokratiebelastung. Das ist eine Gründerbremse sondergleichen, wie Sie der neuesten Ausgabe der „Wirtschaftswoche“, die Sie, Frau Sitzmann, ja auch bereits zitiert haben, entnehmen können. Da müssen wir dringend besser werden. Dieser Bürokratieabbau könnte schon mit dem heutigen Antrag der Grünen beginnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Reinhard Löffler
CDU: Sehr gut! – Gegenruf des Abg. Peter Hofelich
SPD: Keine Ahnung!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Prewo das Wort.

Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die amtliche Statistik informiert seit 1996 sehr genau über Existenzgründungen. Dabei wird nach strenger Kriterien herausgehoben, was Existenzgründungen mit Substanz sind.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das sind etwa ein Fünftel aller Existenzgründungen, und um diese geht es eigentlich. Baden-Württemberg schneidet dabei außerordentlich schlecht ab.

(Lachen der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Claus Schmiedel SPD zu Abg. Dr. Reinhard Löffler
CDU: Jetzt horch einmal zu!)

Der letzte Ländervergleich des Statistischen Landesamts hat gezeigt, dass wir mit nur 1,9 Existenzgründungen mit Substanz je 1 000 Einwohner lediglich den vorletzten Platz unter allen Bundesländern belegen und gerade noch vor Schleswig-Holstein rangieren.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:
Unglaublich!)

Seither hat das Statistische Landesamt keinen Ländervergleich mehr veröffentlicht. Die Zahl der Existenzgründungen in Baden-Württemberg ist aber weiter gesunken. 2007 waren es nur noch 1,6 auf 1 000 Einwohner. Das ist der niedrigste Wert seit der Einführung der Statistik überhaupt.

(Zurufe – Unruhe)

Zwar ist 2007 auch die Zahl der Betriebsschließungen um 1 % gesunken. Die Zahl der Gründungen ist aber um 10 % gesunken. Erkennen Sie, dass hier ein Problem besteht?

Der Antrag der Grünen trägt den Titel: „Baden-Württemberg zum Gründerland machen“. Ja, „machen“; wir sind es nämlich wirklich nicht.

(Abg. Manfred Groh CDU: Schon längst! – Zuruf der
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Noch genauer wäre die Formulierung: „Baden-Württemberg *w i e d e r* zum Gründerland machen“, denn in den ersten 30 Jahren nach dem Kriegsende waren wir das Gründerland *par excellence*.

(Abg. Manfred Groh CDU: Jeder Hansel weiß das
doch! Das sind wir immer noch!)

Dass Baden-Württemberg und kein anderes Land das Gründerland ist, muss doch eigentlich unser selbstverständliches Ziel und unser Maßstab sein.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD:
Sehr richtig!)

Was aber steht in den Antworten und in den Vorlagen der Regierung? Nur mühsame Erklärungen, warum die Zahlen so schlecht sind. Das Ziel kommt überhaupt nicht mehr vor.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Der Haupttenor lautet, reiche oder wohlhabende Länder hätten meist weniger Gründer, dagegen gäbe es in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen usw., wo die Not größer sei, mehr. Es geht aber um die Existenzgründungen mit Substanz. Und das, meine Damen und Herren, sagt die Stellungnahme der Regierung nach dem Motto „Das ist halt so“ oder nach dem Motto – noch schlimmer – „Existenzgründer haben wir nicht mehr nötig“. Aber die Länder, die uns in der Wirtschaftsleistung inzwischen überholt haben – z. B. Hessen und Bayern –, haben mehr Gründer als Baden-Württemberg. Auch in unserem eigenen Land stimmt die Gleichung nicht, dass wirtschaftlich starke Regionen weniger Gründungen hätten. Die bei uns wirtschaftlich erfolgreichsten Kreise Ulm, Stuttgart, Heilbronn, auch der Bodenseekreis,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Reutlingen!)

(Dr. Rainer Prewo)

haben auf dem niedrigen Niveau des Landes noch relativ überdurchschnittliche Quoten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Tübingen! – Abg. Manfred Groh CDU: Das ist doch nicht wahr!)

Also bitte: Sie sollten nicht die schlechten Zahlen wegerklären wollen, Herr Kollege Groh; wir sollten vielmehr suchen, wie wir besser werden können.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Wir haben exzellente Hochschulen.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Wie kommt es dann, dass sie als Brutstätten für Gründer immer schwächer werden? 2003 waren 18,2 % der Gründer Spin-offs von Hochschulen, 2006 waren es nur noch 12 %. Existenzgründungen hängen sehr stark von weichen bzw. gesellschaftlichen Faktoren ab. Das Umfeld muss stimmen. Es ist eine Frage der Mentalität, sich selbstständig zu machen, und Förderung ist natürlich auch nötig, aber nicht nur finanzielle Förderung.

Ich komme zunächst zur Förderung durch den Staat: Wir haben eine ganze Reihe von Berichten des Rechnungshofs mit eindeutigem Ergebnis: Die Förderung durch das Wirtschaftsministerium ist praktisch wirkungslos. Das sagt der Rechnungshof.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Die Mittel sind schlecht platziert, und die Vergabe ist ganz intransparent. Für Gründer, besonders in der ersten Wachstumsphase, fehlt auch ein einfacher Zugang zum Wagniskapital.

(Abg. Manfred Groh CDU: Risikokapital!)

– In Einzelfällen geht das, Herr Kollege Groh, aber im Großen und Ganzen kümmert sich unsere Landesregierung darum nicht.

Zur Mentalität: Schauen wir die Schulen an: Sie ermuntern kaum zur Neugier. Das Selektionssystem mit der Aufteilung ab zehn Jahren entmutigt systematisch. Wir haben heute Morgen darüber diskutiert.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Fragen Sie einmal die GEW! – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Was für ein System?)

Die Schüler möchten gern forschen, und dort, wo „Jugend forscht“ angeboten wird, machen sie auch mit, aber die Gymnasien bei uns wecken zu wenig Neugier. Die beruflichen Gymnasien machen es übrigens eher; aber die werden bei uns künstlich knapp gehalten, und Schulträger – vom Kultusministerium ist jetzt niemand da –, die berufliche Gymnasien einrichten wollen, werden abgewiesen.

Wir brauchen eine Effizienzsteigerung bei Existenzgründungen. Existenzgründer, die es schaffen, ein Unternehmen aufzubauen, gehören eigentlich zu den Helden unserer Zeit. Das müssten wir doch eigentlich genau wissen. Da könnte selbst eine Regierung glänzen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wenn man die Steuerpolitik der Bundesregierung sieht, dann hat man keine Lust mehr, sich darüber Gedanken zu machen!)

Wir müssen ein Umfeld für Tüftler schaffen, und zwar vom Kindergarten über die Schulen, über die beruflichen Schulzentren und die Jugendforschungszentren. Es gibt jetzt vier Jugendforschungszentren, aber das Kultusministerium lässt sie hängen. Unternehmen, Landkreise, Städte und Sparkassen fangen an, sie zu unterstützen. Das Kultusministerium tut so gut wie nichts.

Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, ist ein gutes Land für Existenzgründungen,

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

aber leider mit einer schwachen Regierung.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Und einer noch schwächeren Opposition!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich erstaunlich, was man am heutigen Tag in diesem Haus geboten bekommt. Heute Morgen – der Herr Ministerpräsident hat es erwähnt – wurde die Bildungspolitik schlechtgeredet. Man sagt: Baden-Württemberg ist ein gutes Land, die Wirtschaft ist in Ordnung, aber die Bildung ist eine Katastrophe.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Nein! Die Regierung!)

Heute Nachmittag hören wir das Gegenteil: Die Wirtschaft ist eine Katastrophe, aber die Bildung ist ganz gut.

(Beifall bei der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Wir haben hervorragende Universitäten, hat der Kollege Prewo gerade festgestellt. Wir erleben also heute einen richtigen Wunschzettel der Opposition. Immer das Thema, das gerade dran ist, ist eine Katastrophe.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Zur Sache! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Der Hammer, meine Damen und Herren, ist, dass ausgerechnet die Grünen dann über das Gründerland Baden-Württemberg reden.

(Zuruf von den Grünen: Wer denn sonst? – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Grünen bemühen sich landauf, landab, jedes Gewerbegebiet zu verhindern.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Abg. Peter Hofelich SPD: Endlich beim Thema angekommen!)

Jede Infrastrukturmaßnahme wird bekämpft.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Zurufe der Abg. Brigitte Lösch und Bärbl Mielich
GRÜNE)

Keiner Straße wird von grüner Seite zugestimmt. Heute Morgen haben wir bei der Debatte um den Stuttgarter Flughafen gehört: Die Grünen würden am liebsten jeglichen Luftverkehr verbieten,

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zurufe
der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Brigitte
Loesch GRÜNE)

um das Klima zu schützen.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Wo haben Sie denn das
gehört?)

Unter eifriger Mithilfe der SPD

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

sind sie auch dabei, dafür zu sorgen, dass in Baden-Württemberg der Strom ausgeht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dr. Noll hat sich
doch auf die Schulter geklopft, dass er den Flughafen-
ausbau verhindert hat! Er hat sich bei der FDP/
DVP bedankt! – Zurufe von der SPD und den Grünen)

All das soll dann zu Gründungen in diesem Land führen.

(Zurufe von der SPD und den Grünen – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn die Grünen beklagen, dass Baden-Württemberg kein Gründerland sei, dann ist es so, als wenn derjenige, der den Stier kastriert hat, darüber jammert, dass keine Kälber zur Welt kommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der
CDU – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Eine Büttens-
rede, sonst nichts! – Zuruf des Abg. Winfried Kretsch-
mann GRÜNE)

Das ist die Debatte, die wir am heutigen Tag hier erleben.

Baden-Württemberg soll Gründerland werden.

(Zurufe der Abg. Winfried Kretschmann und Brigitte
Loesch GRÜNE)

Dann wird in Statistiken bemüht gesucht. Dann ärgert man sich, weil die Zahlen des Landes Baden-Württemberg so gut sind.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Aber irgendwann stößt man doch auf eine Statistik, die passt. Man stellt fest: Ach, wir haben wenig Gründungen. Daraus könnte man doch politisch Kapital schlagen. Es werden aber nicht die nachhaltigen Gründungen betrachtet,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Haben Sie nicht
zugehört? – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Doch, ge-
rade die!)

weil man sonst zu einem anderen Ergebnis kommen müsste. – Herr Prewo, dann müssten Sie uns doch erklären, warum bei uns die Arbeitslosigkeit so niedrig ist und die Wirtschaftsleistung so hoch, wenn alle Gründungen so wenig nachhaltig sein sollen. Da wird halt die Statistik genommen, die gerade passt. Dann kommt man zu dem Ergebnis:

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Es gibt in anderen Bundesländern vielleicht mehr Gründungen. Man schaut sich aber nicht an, was für Gründungen das sind. Nicht die Gründung von jeder Dönerbude spricht für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. Das ist doch klar. Und nicht jeder eignet sich für die Selbstständigkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Wenn wir einen Fachkräftemangel haben, dann ist es so, dass Fachkräfte, z. B. die Ingenieure, zunächst einmal von der Wirtschaft abgeworben werden,

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Wieso denn? Warum
denn?)

bevor sie sich selbstständig machen. Diese Daten sind zunächst einmal wenig aussagekräftig.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

In Griechenland ist beispielsweise die Selbstständigenquote viermal so hoch wie in Norwegen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau! – Zuruf des
Abg. Karl Zimmermann CDU)

Deshalb wären Sie wahrscheinlich auch nicht zu dem Ergebnis gekommen, dass Sie lieber nach Griechenland als nach Norwegen auswandern wollten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Dr. Ulrich Noll und Heiderose Berroth FDP/DVP)

Diese hohe Gründerquote kann nämlich auch zu einer hohen Insolvenzquote führen. Das ist nicht das, was wir wollen. In anderen Bereichen reden die Grünen immer von Nachhaltigkeit. Hier spielt Nachhaltigkeit offensichtlich keine Rolle.

Dann werden Äpfel mit Birnen verglichen. Dienstleistungsstarke Stadtstaaten wie Hamburg kann man eben nicht mit industriestarken Flächenstaaten vergleichen.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Genau!)

Der größte Witz ist – Kollege Groh hat es angesprochen –, wenn dann noch die Geschlechterpolitik mit hineinkommt.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn wir dann feststellen, beim Baugewerbe sind 90 % der Gründungen von Männern gemacht worden, dann könnte man da vielleicht eine Quote einführen,

(Heiterkeit und Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/
DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das ist nicht
witzig! – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

z. B. dass mindestens 50 % der Gründungen im Baugewerbe von Frauen vorgenommen werden oder dass das Reißverschlussverfahren von Parteitagern der Grünen greift: Die erste Existenzgründung macht eine Frau, die nächste ein Mann, dann eine Frau, dann ein Mann usw.,

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sie haben keine Ahnung!)

damit das Gender-Mainstreaming berücksichtigt wird. Aber ich denke, die Kontaktstelle „Frau und Beruf“ ist eine wesentlich bessere Maßnahme, um solche Ziele zu erreichen, meine Damen und Herren.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Weitere Vorschläge führen ebenfalls nicht weiter, etwa der Vorschlag, verpflichtende Unternehmenspraktika für Lehrer einzuführen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Da muss man sich doch die Frage stellen, wie hoch die Wertschöpfung wäre. Der Ministerpräsident hat dazu Vermutungen angestellt, wie hoch die Wertschöpfung bei manchen Lehrern wäre, wenn sie in Unternehmen Praktika absolvierten.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP)

Da ist nicht unbedingt eine hohe Wertschöpfung gewährleistet. Eines aber würden wir damit erreichen, nämlich eine höhere Selbstständigkeit der Schüler. Denn die heute Morgen erwähnte Abwesenheitsquote der Lehrer von 4 % würde dann natürlich steigen, wenn sie auch noch verpflichtende Praktika einführen, meine Damen und Herren.

Kollege Groh hat es erwähnt: Ifex wurde ausgezeichnet – nicht etwa von der baden-württembergischen Landesregierung, sondern von der EU – als effizientestes Institut für Unternehmensgründungen und Unternehmensübergaben in Europa. Wir haben zwischen 2001 und 2006 in diesem Bereich 18 Millionen € investiert. Der Landesregierung kann angesichts dessen wirklich niemand vorwerfen, dass in diesem Bereich einiges verschlafen worden sei.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Doch!)

Andere Themen, die Baden-Württemberg noch mehr zum Gründerland machen könnten und auch die Nachhaltigkeit verstärken würden, liegen nun wahrhaftig auf Bundesebene.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Außerhalb, genau!)

Über die Bürokratieentlastung in vielen Bereichen sowie ein vernünftiges, gangbares, einfaches und gerechtes Steuersystem mit niedrigen Sätzen könnten Sie einmal in Richtung Berlin kommunizieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Natürlich geht es dabei auch um die notwendige Integration unserer ausländischen Mitbürger. Aber zu diesem Thema werden Sie morgen einiges hören.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: Er bekämpft die Bundesregierung! Sag einmal! Die Kanzlerin heißt Merkel!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Drautz vom Wirtschaftsministerium das Wort.

Staatssekretär Richard Drautz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete! Eines muss man ohne Umschweife zugeben: Vergleicht man die Selbstständigenquoten der Bundesländer, so stellt man fest, dass Baden-Württemberg keinen Spitzenplatz einnimmt.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: So ist es! Sehr bescheiden ausgedrückt!)

An der Spitze der Statistik – darüber werden Sie sich riesig freuen, Herr Dr. Prewo – liegen Berlin und Hamburg. Dort wäre man froh, man hätte eine niedrige Arbeitslosigkeit.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! Russische Nachtclubbesitzer!)

Diese urbanen Zentren weisen eine stärkere Konzentration von Dienstleistungsunternehmen auf. Eher industriell geprägte Länder wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen haben dagegen einen höheren Anteil von abhängig Beschäftigten.

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das ist doch gut so!)

Viele Menschen ziehen zurzeit eine gut bezahlte abhängige Beschäftigung einer selbstständigen Tätigkeit vor.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Suche vieler Unternehmen nach hoch qualifizierten Arbeitskräften senkt andererseits die Motivation zur Existenzgründung.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber das muss auch nichts Schlechtes sein. Es führt mich gleich zu der grundsätzlichen Frage, meine Damen und Herren: Wie viele Gründerinnen und Gründer braucht ein Land eigentlich? Verschiedene aktuelle Studien sind sich dabei einig: Die Selbstständigenquote kann grundsätzlich nicht als Maßstab für wirtschaftliche Prosperität herangezogen werden.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Im Gegenteil!)

Die Selbstständigenquote in den USA, also im Land der unbegrenzten unternehmerischen Möglichkeiten, liegt aktuell bei 6,8 %, die in Baden-Württemberg immerhin bei 10,1 %.

Was unternimmt das Wirtschaftsministerium, damit in unserem Land auch zukünftig nachhaltige Existenzgründungen entstehen? Mit Unterstützung von mehr als 1 500 Kooperationspartnern im Land hat sich in den letzten Jahren ein breites Informations-, Qualifizierungs-, Beratungs- und Finanzierungsangebot entwickelt.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Sehr gut!)

(Staatssekretär Richard Drautz)

Da nimmt Baden-Württemberg im bundesweiten und im europäischen Vergleich der Gründungsinitiativen einen der vordersten Plätze ein. Die ifex des Wirtschaftsministeriums wurde im Dezember 2006 von der EU zur besten regionalen Gründungsinitiative in Europa gewählt. Aber das haben Sie von den Grünen anscheinend nicht gemerkt, denn sonst hätten Sie wohl nicht diesen Antrag gestellt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein entscheidender Faktor für nachhaltige Existenzgründungen ist außerdem eine starke Förderbank. Im Jahr 2007 haben so viele Unternehmen wie noch nie auf das Angebot der L-Bank zurückgegriffen. Über 2,1 Milliarden € an zinsgünstigen Krediten wurden zur Förderung von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen vergeben. Gegenüber dem Jahr 2006 sind das rund 30 % mehr. Die L-Bank hat damit Investitionen in Höhe von mehr als 3,3 Milliarden € begleitet.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen: Junge Unternehmen scheitern oft in den ersten Jahren nach einer Gründung. Im Anschluss an die kostenlose Erstberatung bei den Industrie- und Handelskammern oder den Handwerkskammern ist deshalb eine intensive Betreuung während der Gründungsphase von besonderer Bedeutung. Daher werden die Beratungsangebote der Wirtschaftsorganisationen auch im Jahr 2008 vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg mit rund 1,8 Millionen € gefördert.

Doch nichts ist so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte.

(Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Zum einen wurde das Angebot der Kammern vor Ort verbessert. Mit ihrem umfassenden Gründerservice halten die baden-württembergischen IHKs und Handwerkskammern bereits wesentliche Bausteine einer zentralen, regionalen Anlaufstelle – der sogenannten Startercenter – vor.

Zum anderen führt eine neue Arbeitsteilung zwischen dem Bund und den Bundesländern dazu, dass sich das Land mit seiner Beratungsförderung schwerpunktmäßig auf die sogenannte Vorgründungsphase konzentriert.

Außerdem werden wir unsere Angebote für Gründerinnen und Gründer zukünftig noch stärker im ländlichen Raum vorstellen. Im Kabinettsausschuss „Ländlicher Raum“ wurde die Einrichtung der interministeriellen Arbeitsgruppe „Existenzgründung und Unternehmensnachfolge“ beschlossen. Aufgabe dieser Arbeitsgruppe ist es, Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, die gezielt Gründerinnen und Gründer sowie Betriebsübernehmerinnen und Betriebsübernehmer im ländlichen Raum ansprechen. In diesem Jahr setzt die Arbeitsgruppe diese Vereinbarung mit insgesamt 15 Veranstaltungen im ländlichen Raum um.

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen: Der Grundstein für unternehmerisches Wirken muss bereits in jungen Jahren gelegt werden. In enger Kooperation mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport verfolgt die ifex deshalb das Ziel, Schüler und Schülerinnen aller Schularten und Altersstufen für das Thema „Unternehmensgründung und berufliche Selbstständigkeit“ zu sensibilisieren. In den letzten Jahren sind so

vielversprechende Projekte wie z. B. Besuche von Unternehmerinnen und Unternehmern an Schulen entstanden

(Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Donnerwetter!)

sowie die Talentschmiede Baden-Württemberg, die das frühzeitige und systematische Entdecken von unternehmerischen Talenten fördert.

Herr Prewo, jetzt muss ich einen Punkt ansprechen, der Sie betrifft: Wir wollen ja mit Schulen über Modelle von Schüler- und Juniorenfirmen sprechen, die zum großen Teil auch am Markt agieren. Da muss ich Ihnen, Herr Prewo, sagen: Sie sind schlecht informiert.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Nicht nur heute! – Abg. Peter Hofelich SPD: Steht das im Manuskript?)

Denn die nächste Veranstaltung dazu findet in der nächsten Woche in Altensteig statt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Ausgerechnet!)

In Altensteig sind natürlich auch die Schulen aus der Heimat von Herrn Prewo eingeladen. Komisch, dass er dies nicht weiß.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Unglaublich! Jetzt bricht seine ganze Argumentation zusammen! – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Das ist aber etwas! Damit reißen wir es raus!)

Planspielwettbewerbe um unternehmerisches Denken und Handeln bei Schülerinnen und Schülern sollen gefördert werden, und sie werden von uns auch gefördert.

Meine Damen und Herren, gerade jetzt, wenn es der Wirtschaft gut geht, ist der Zeitpunkt eigentlich günstig, den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit zu wagen. Diese Botschaft wollen wir in den nächsten Monaten gemeinsam mit unseren Partnern noch stärker ins Land tragen. Dazu bedarf es eines breiten Spektrums an verschiedenen Maßnahmen: von der Sensibilisierung breiter Bevölkerungskreise bis hin zur Vermittlung von Beteiligungskapital an wachstumsstarke Jungunternehmen, von der Unterstützung von Kleingründern bis hin zur intensiven Förderung von Hochtechnologieausgründungen aus der Forschung. Dabei muss für Baden-Württemberg immer der Leitsatz gelten: Qualität vor Quantität.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Rainer Prewo SPD: Auch für die Regierung!)

Dies verlangt unser Selbstverständnis als eine der führenden Wirtschaftsregionen in Europa und unsere soziale Verantwortung gegenüber denjenigen, die mit hohem personellen und oft auch finanziellen Einsatz den Schritt ins Unternehmertum wagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist gerade deutlich geworden: Wer sich als Gründer oder Gründerin auf CDU, FDP oder diese Landesregierung verlässt, ist tatsächlich verlassen. Das müssen wir hier feststellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jawohl! – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Es gibt ein mangelndes Problembewusstsein. Tatsachen, die durch mehrere Quellen belegt sind, u. a. vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg, wollen Sie einfach ignorieren. Sie haben auch keinen Ehrgeiz, irgendetwas im Land zu verbessern.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das Einzige, was wir hierzu gehört haben, war eine Aufzählung des Kollegen Groh, der viele Firmen nannte, die sich gründen, erfreulicherweise Wachstum verzeichnen und Arbeitsplätze schaffen. Das könnten wir hier in diesem Haus sicherlich alle tun, und es ist gut, dass es diese Gründerinnen und Gründer gibt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Danke! Es war gut, was Herr Groh gesagt hat!)

Aber dennoch gibt es auf Landesebene einiges zu tun. Bei Ihnen sollten schon die Alarmglocken läuten, wenn Sie merken, dass Baden-Württemberg in den Rankings immer weiter zurückfällt.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Das ist doch der Basiseffekt! – Unruhe bei der CDU)

Klar ist, dass es um nachhaltige Existenzgründungen geht. Es geht darum, Perspektiven zu schaffen, damit sich Unternehmen längerfristig auf dem Markt halten können und wachsen können.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Das müssen die Unternehmer selbst machen!)

Was man dazu braucht, Frau Kollegin Fauser, ist gute Beratung,

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Weniger Bürokratie!)

und es sind Hilfen zur Finanzierung. Wir haben hier im Landtag schon vor einiger Zeit einen Antrag dazu gestellt, wie die Beratung organisiert ist. Wenn Sie sich die dazugehörige Stellungnahme durchgelesen haben, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass die Existenzgründungsberatung kompliziert ist,

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

dass sie nach Branchenzugehörigkeit organisiert ist. Das Land subventioniert einzelbetriebliche Unternehmensberatung – über RKW, Handwerk, DEHOGA, Einzelhandelsverband, Architektenkammer usw. – über Landesmittel, Bankbeitrag, ESF-Mittel. Manche müssen viel dazuzahlen, andere wenig, wieder andere gar nichts. Das alles ist unübersichtlich und intransparent.

Deswegen wird es höchste Zeit, dass Sie bei diesem wichtigen Baustein der Wirtschafts- und Existenzförderung, der Beratung, endlich die angekündigte Evaluation durchführen und ein neues Instrument einführen.

Wir haben Ihnen mit diesem Antrag ein System vorgeschlagen, nämlich den Gründerberatungsgutschein.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Da braucht man doch keinen Gutschein! Die können jederzeit überall hingehen!)

Nachdem Sie jetzt auch einen Innovationsgutschein eingeführt haben, denke ich, dass Sie einem nachfrageorientierten Instrument sicherlich etwas abgewinnen können.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dazu brauchen Sie keinen Gutschein! Sie können jederzeit zu mir kommen! Ich berate Sie, Frau Kollegin! Kein Problem! Das geht völlig ohne Gutschein!)

Es geht also darum, jedem Gründer und jeder Gründerin einen Beratungsgutschein zur Verfügung zu stellen und dafür zu sorgen, dass es eine qualitativ gute Beratung gibt und dass Transparenz herrscht, wo man sich diese Beratung holen kann.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Was sagt Ihnen ifex?)

Der Gründerberatungsgutschein ist ein Instrument, das tatsächlich zu der von Ihnen geforderten Nachhaltigkeit führen wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Finanzierung sagen. Kollege Prewo hat darauf hingewiesen: Auch der Landesrechnungshof hat sich vielfach mit dem Thema Wirtschaftsförderung/Existenzgründungsberatung/Finanzierung beschäftigt. Das müssen Sie doch zur Kenntnis nehmen! Das Urteil, das der Rechnungshof ausgestellt hat, war weitgehend vernichtend. Er kam nämlich zu dem Ergebnis, dass gerade diese Gründungs- und Wachstumsförderung über die L-Bank hauptsächlich Mitnahmeeffekte produziert und nicht dazu führt, dass mehr Gründerinnen und Gründer eine bessere Finanz- und Kapitalausstattung haben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aber Herr Prewo wollte doch gerade dies ausweiten, wenn ich es richtig verstanden habe!)

Insofern ist es doch völlig klar, dass es darum geht, diese Förderpolitik der Landesregierung und der L-Bank auf den Prüfstand zu stellen und sie tatsächlich auf einzelne Zielgruppen zuzuschneiden, z. B. auf Frauen, die eine Existenzgründung betreiben wollen. Da ist nämlich das Potenzial längst nicht ausgeschöpft. Frauen haben zum Teil andere Bedarfe in Bezug auf die Unterstützung ihrer Gründung, als das bei Männern oder in unterschiedlichen Branchen der Fall ist. Wenn Sie dieses Potenzial ausschöpfen wollen, müssen Sie Ihre Politik entsprechend anpassen. Wir wollen, dass diese Landesregierung Baden-Württemberg zum Gründerland macht,

(Abg. Manfred Groh CDU: Das sind wir!)

(Edith Sitzmann)

und ich hoffe doch sehr, dass Sie mit uns an einem Strang ziehen.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 14/1885.

Abschnitt I ist ein Berichtsteil. Kann er nach dieser Debatte für erledigt erklärt werden? –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Überweisung des gesamten Antrags an den Ausschuss!)

Es wurde der Antrag gestellt, den gesamten Antrag zur weiteren Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer dafür ist, der möge bitte die Hand erheben. –

(Abg. Karl Zimmermann CDU zu den Grünen: Was wollt ihr denn im Ausschuss machen? – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Schwätzen!)

Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung mehrheitlich beschlossen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – „Einmalige Leistungen“ für besondere Schullernmittel – Drucksache 14/1908

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Dr. Mentrup das Wort erteilen.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kinderarmut ist ein aktuelles Thema, und es gibt verschiedene Initiativen und Ansatzpunkte, um der Kinderarmut entgegenzuwirken. Ein wichtiger Punkt ist sicherlich nicht nur das Thema Bildungsgerechtigkeit in dem Sinn, dass wir möchten, dass jedes Kind die Chance bekommt, unabhängig von seiner Herkunft seine Bildungschancen zu entdecken und zu entwickeln sowie seine Talente zu fördern und den höchstmöglichen Schulabschluss zu erwerben. Unter diesem Aspekt geht es vielmehr auch darum, dass Kinder nicht schon dadurch benachteiligt sein dürfen, dass sie beim Eintritt in die Schule oder auch während ihrer Schulzeit nicht über ausreichende Mittel verfügen, um ihr Sortiment an Schullernmitteln zu erwerben. Auch sollte es über die Ausstattung mit Schullernmitteln nicht dazu kommen, dass man die Kinder von vornherein danach unterscheiden kann, ob sie über einen finanzkräftigen Hintergrund verfügen oder nicht.

Wir schlagen Ihnen nun vor, dass die Landesregierung alles unternimmt, das Land Rheinland-Pfalz im Bundesrat bei sei-

nem Anliegen zu unterstützen, dass über eine Regelung beim Arbeitslosengeld II und bei der Sozialhilfe einmalige Leistungen für die Beschaffung besonderer Schullernmittel eingeführt werden.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Die bisherige Konzeption des Arbeitslosengelds II und der Sozialhilfe sieht ja keine Einmalleistungen mehr vor. Aber die Erfahrung zeigt, dass für die Eltern keine Möglichkeit besteht, von dem normalen Regelsatz, der ja aus anderen Gründen auch viel zu niedrig ist – darüber hatten wir ja erst kürzlich hier diskutiert –, über eine Art Ansparverfahren für den Zeitpunkt des Schulbeginns oder des Beginns eines neuen Schuljahrs Rücklagen zu bilden, um dann die entsprechende Schulausstattung käuflich erwerben zu können. Daher kommt es eben dazu, dass man hinsichtlich der Ausstattung, mit der die einzelnen Kinder ihre Schullaufbahn beginnen oder in ein neues Schuljahr eintreten, sehr große Unterschiede wahrnimmt.

Deshalb scheint es uns angemessen und auch richtig zu sein, an dieser Stelle die Systematik, die hinter der Weiterentwicklung des SGB II steht, ein Stück weit wieder aufzudröseln und aufzulockern und für diesen besonderen Fall auch Einmalleistungen möglich zu machen. Hier ist es sinnvoll, in einem pauschalierten Verfahren zu Einmalleistungen zu kommen, die man dann ohne eine Einzelfallprüfung ausschütten kann. Es wäre auch zu überlegen, ob man das auch mit anderen Systemen macht, sodass es dann wirklich in Schullernmitteln bei den Kindern ankommt und nicht anderswo.

Sie haben in Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag geschrieben, dass diese Sache im Oktober in den zuständigen Bundesausschüssen beraten worden sei und dort weiter diskutiert werde. Wir wissen, dass es auch einen Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen und des Saarlands gibt, die Regelleistungen für Kinder im SGB II zu erhöhen, und dass man diese beiden Aspekte jetzt zusammengepackt hat und in die weitere Beratung einbringt. Ich bin sehr gespannt, was das zuständige Ministerium jetzt als eigene Position zu dieser Sache einbringt, und würde mich freuen, wenn wir an dieser Stelle ein großes Einvernehmen dahin gehend bekämen, dass wir zum einen die Regelsätze für die Kinder und Jugendlichen anheben müssen und an den Bedarf anpassen müssen, zum anderen aber auch in ganz begrenzten Ausnahmefällen wieder zu Einmalleistungen zurückkommen müssen. Dazu gehören mit Sicherheit auch Einmalleistungen für die Beschaffung besonderer Schullernmittel am Anfang eines jeden Schuljahrs.

Danke.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Krueger das Wort.

Abg. Andrea Krueger CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin ja froh, dass Sie, lieber Herr Dr. Mentrup, bei Ihren Sozialpolitikern noch einmal nachgefragt haben. Trotzdem wundere ich mich natürlich schon etwas, dass wir diesen Antrag heute wieder auf der Tagesordnung haben. Denn Sie haben selbst völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es noch kaum drei Wochen her ist, dass

(Andrea Krueger)

wir genau an dieser Stelle akkurat – wie auch schon im Januar – darüber diskutiert haben, dass die Regelleistungen und die Regelsätze für Kinder und Jugendliche nach SGB II und SGB XII nicht ausreichen. Da bestand eigentlich auch sehr große Einigkeit hier im Haus.

Deshalb möchte ich mit Verlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, sagen: Dadurch, dass Sie verstaubte Anträge mehr oder minder gleichen Inhalts immer wieder aus der Schublade hervorkramen und sie hier sozusagen in homöopathischen Dosen auf den Tisch des Hauses legen, werden Sie leider nicht fantasiereicher.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD – Abg. Ute Vogt SPD: Wir glauben an Ihre Lernfähigkeit! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch lächerlich! Was ist denn da verstaubt, wenn das Thema nicht erledigt ist?)

Aber ich erläutere es gern noch einmal. Denn tatsächlich hat bereits die Sozialministerkonferenz bei Ihrer Tagung am 15. und 16. November 2007 einhellig festgestellt, dass die notwendigen Aufwendungen für besondere Lernmittel für Schülerinnen und Schüler aus den Regelleistungen nach SGB II und SGB XII allein nicht getragen werden können.

In der Folge – Sie haben es ja angesprochen – hat auch der Bundesrat in seiner Sitzung vom 23. Mai 2008 einen von CDU-Ländern eingebrachten Entschließungsantrag einstimmig verabschiedet. Was stand denn in diesem Entschließungsantrag? Ich will es gern noch einmal sagen. Die Kernelemente waren eine spezielle Erfassung des Bedarfs von Kindern – also eben nicht mehr die prozentual abgeleitete Pauschalierung eines Satzes –, die unverzügliche Neubemessung der Regelleistungen für Kinder nach SGB II und SGB XII auf der Basis der neuen Bedarfsfeststellung, die Sicherstellung der Deckung besonderer Bedarfe wie z. B. im Hinblick auf das Mittagessen in Ganztagschulen oder in Kindertageseinrichtungen ebenso wie für die Beschaffung von besonderen Lernmitteln für Schülerinnen und Schüler aus den Regelleistungen und Regelsätzen nach SGB II und SGB XII, darüber hinaus die Einführung einer Öffnungsklausel zur abweichenden Bedarfsbemessung in atypischen Fällen und zum Schluss der Prüfauftrag, in welchen Bereichen Sachleistungen besser als Geldleistungen die chancengerechte Teilhabe der Kinder am gesellschaftlichen Leben gewährleisten.

Der vorhin von Ihnen, Herr Dr. Mentrup, geäußerte Wunsch nach einem Systemwechsel wird offenbar auch von Ihren Parteifreunden nicht geteilt. Denn die Sozialministerin des Landes Rheinland-Pfalz musste just in dieser Bundesratssitzung, als auch der von Ihnen angeführte Antrag behandelt wurde, feststellen – ich darf zitieren –, dass der CDU-Entschließungsantrag den richtigen Weg aufzeigt, „wie in Zukunft beispielsweise der Bedarf an besonderen Lernmitteln für Schüler und Schülerinnen gedeckt werden könnte.“ Sie räumte weiter ein, dass die mit der Entschließung geforderte Öffnungsklausel, um in Einzelfällen eine abweichende Bedarfsbemessung vornehmen zu können, richtig sei. Das ist alles nachzulesen auf Seite 140 des Bundesratsprotokolls vom 23. Mai dieses Jahres.

Konsequenterweise hat ja dann auch das Land Rheinland-Pfalz diesem Entschließungsantrag zugestimmt. Jetzt wäre einfach meine herzliche Bitte an Sie: Seien Sie einfach so ver-

nünftig wie Ihre Parteifreundin. Geben Sie dem Kaiser, was des Kaisers ist,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

und lassen Sie den Kaiser – in diesem Fall die Bundesregierung – dann auch tun, was seine Aufgabe ist.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! So ist es!)

Übrigens wird der Bundessozialminister von der SPD gestellt. Bei ihm sollten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihre Energien einsetzen und Ihren Einfluss geltend machen, damit die Neuregelung zügig auf den Weg gebracht werden kann. Tun Sie also ruhig etwas – aber bitte an der richtigen Stelle.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Rastätter das Wort.

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Krueger, ich will Ihnen gleich erklären, warum der vorliegende Antrag immer noch aktuell ist. Zunächst einmal möchte ich aber die aktuelle Situation hier in Baden-Württemberg schildern: Es gibt eine neue Auswertung des Statistischen Landesamts, die alarmierende Befunde zur Kinderarmut in Baden-Württemberg ergeben hat.

(Abg. Karl Klein CDU: Das muss man richtig lesen!)

Es ist erschreckend, dass in unserem Bundesland, dem Bundesland mit der geringsten Arbeitslosigkeit – darüber wurde heute ja schon gesprochen –, mit einem Anteil von 17 % der Kinder bundesweit die höchste Kinderarmut besteht. Bei den Kindern von alleinerziehenden Müttern beträgt die Quote mittlerweile 45 %. Auch das ist die höchste Quote im bundesweiten Vergleich.

(Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Auf welcher Basis?)

Dass es uns nicht ruhen lassen darf, wenn wir in einem reichen Bundesland die höchste Kinderarmut haben, dürfte doch wohl Konsens in diesem Hause sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Kinderarmut ist aber auch immer Bildungsarmut. Deshalb müssen die Kinder aus der Bildungsfalle herausgeholt werden.

Nun komme ich zu den erwähnten Anträgen. Es ist richtig, Frau Kollegin Krueger, dass am 23. Mai 2008 vom Bundesrat einstimmig ein Entschließungsantrag verabschiedet wurde, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die Regelsätze nach Hartz IV für Kinder neu zu berechnen, entsprechend dem entwicklungsbedingten Bedarf von Kindern

(Abg. Andrea Krueger CDU: Eben!)

(Renate Rastätter)

und nicht mehr abgeleitet vom Bedarf eines Erwachsenen. Aber es handelt sich hier lediglich um eine Aufforderung. Ich hätte mir gewünscht, dass Baden-Württemberg als das „Kinderland“ – so definieren Sie sich ja auch – eine Gesetzesinitiative vorgeschlagen hätte. Die hätte wenigstens Aussicht gehabt, in absehbarer Zeit im Bundestag behandelt zu werden. Nicht umsonst hat deshalb der Paritätische Wohlfahrtsverband kritisiert, dass es sich lediglich um einen Entschließungsantrag handelt, der sehr schnell wieder in den Schubladen verschwinden kann. Hier steht das „Kinderland“ Baden-Württemberg in einer besonderen Pflicht. Hier ist meiner Meinung nach nicht die Möglichkeit ausgeschöpft worden, die Baden-Württemberg als Bundesland gehabt hätte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer kriegt denn das Geld? Das kriegen die Eltern!)

Nun zu dem Antrag, die Beschaffung besonderer Schullernmittel finanziell zu unterstützen. Klar ist, dass wir, solange diese Hartz-IV-Sätze nicht entsprechend dem Bedarf erhöht werden – das scheint in absehbarer Zeit nicht zu passieren; bis jetzt hat sich auf Bundesebene noch nichts getan –, in Baden-Württemberg Sofortmaßnahmen brauchen. Ein Antrag hierzu wurde vor wenigen Monaten hier im Landtag behandelt. Das war der Antrag, mit dem wir – die Grünen, aber auch die SPD – gefordert haben, einen Sozialfonds zur Bezuschussung des Schulmittagessens für arme Kinder einzurichten. Und auch das haben Sie, die Sie sich ja als Vertreter des „Kinderlands“ Baden-Württemberg definieren, abgelehnt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sozialstaat!)

Wir fordern Sie deshalb auf: Solange auf Bundesebene nichts passiert, handeln Sie wenigstens hier in Baden-Württemberg, hier in diesem Landtag.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bachmann?

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Bitte schön.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte schön, Herr Abg. Bachmann.

Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Frau Kollegin, ist Ihnen bekannt, dass die von Ihnen kritisierten Sätze noch aus der Zeit der grün-roten Bundesregierung stammen?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Aha! – Zuruf der Abg. Ute Vogt SPD)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Kollege Bachmann, ich kann die Gegenfrage stellen: Ist Ihnen bekannt, dass wir seither mehrfach die Anpassung der Regelsätze gefordert haben, was aber jeweils von Ihnen bzw. der CDU abgelehnt worden ist?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Können Sie einmal konkrete Zahlen nennen? Nennen Sie einmal konkrete Zahlen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Gleiche, was bei den Sozialfonds für das Schulmittagessen passiert, dass nämlich

die Kommunen in Vorleistung gehen und die Kommunen überall einen Sozialfonds für Schulmittagessen einrichten, passiert inzwischen auch bei den Lernmitteln. So hat gerade der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe mehrheitlich beschlossen, einen Fonds für die Bezuschussung von Lernmitteln für arme Kinder einzurichten. Auch hier sehe ich das Land Baden-Württemberg in der Pflicht, sich zumindest im Bundesrat nachhaltig und deutlich dafür einzusetzen, dass schneller gehandelt wird.

Der Gesetzentwurf des Landes Rheinland-Pfalz ist an die Ausschüsse verwiesen worden. Das heißt, Sie haben jetzt auf Bundesebene die Gelegenheit, in der CDU-Bundestagsfraktion und bei der Bundesregierung sowie im Bundesrat Druck zu machen, dass, wenn es schon nur ein Entschließungsantrag ist, unverzüglich gehandelt und der Versuch unternommen wird, eine Gesetzesinitiative zu ergreifen.

Wir können nicht mehr akzeptieren, dass in Deutschland, dass in Baden-Württemberg arme Kinder nicht am Schulmittagessen teilnehmen können,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nennen Sie doch konkrete Zahlen, und reden Sie nicht um den heißen Brei herum!)

dass sie im Vergleich zu den Kindern in der Schule, die neben ihnen sitzen, nicht ausreichend mit Material ausgestattet sind und dass sie auch nicht über das sozial-kulturelle Existenzminimum verfügen, das sie für eine chancengerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben brauchen. Deshalb: Handeln Sie, und wiegeln Sie heute nicht ab!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Frau Abg. Dr. Arnold das Wort.

Abg. Dr. Birgit Arnold FDP/DVP: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich ganz kurz fassen. Inhaltlich sind wir uns alle einig. Wir brauchen eine Berücksichtigung des kinderspezifischen Bedarfs bei den Regelleistungen nach SGB II und SGB XII.

Frau Kollegin Krueger hat eben in einer ausgezeichneten Rede den Sachstand ausführlich dargelegt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen bis auf den nochmaligen Hinweis, dass die Abstimmung einstimmig erfolgt ist, dass also das Land Baden-Württemberg hinter diesem Entschließungsantrag steht und – davon gehe ich aus – auch weitere Schritte unternommen wird, dass er auf Bundesebene umgesetzt wird.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Hillebrand das Wort.

Staatssekretär Dieter Hillebrand: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit einem Antrag der SPD-

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

Fraktion vom Oktober letzten Jahres, der das Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu der rheinland-pfälzischen Bundesratsinitiative zum Schulmittelbedarf zum Gegenstand hatte.

Dies war seinerzeit nicht spruchreif, denn der Antrag und weitere Länderinitiativen zum Thema „Regelleistungen und Finanzierung des Schulbedarfs“ waren vertagt worden. In den Bundesratsausschüssen bestand weiterer Beratungsbedarf.

Lassen Sie mich, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, kurz auf den Inhalt der rheinland-pfälzischen Gesetzesinitiative eingehen. Diese sieht für die Beschaffung von besonderen Lernmitteln zweimal jährlich einmalige Leistungen in Höhe von 20 % der Regelleistungen nach SGB II und SGB XII vor.

Die Regelleistungen werden – ich denke, das hat sich schon herumgesprochen – zum 1. Juli 2008 um 1,1 % entsprechend der Steigerung der Renten erhöht. Die einmaligen Leistungen für die unter 14-jährigen Schüler würden daher nach der rheinland-pfälzischen Vorlage ab dem 1. Juli 2008 84 € im Jahr und für die 14-jährigen und älteren Schüler 112 € im Jahr betragen.

Wie Rheinland-Pfalz nun gerade auf zweimal 20 % der Regelleistungen für den Lernmittelbedarf kommt, erschließt sich uns und übrigens auch den politisch Verantwortlichen in den anderen Ländern überhaupt nicht.

Es ist jetzt gerade drei Wochen her, Frau Rastätter, dass wir uns mit einem anderen Aspekt des Themas, nämlich mit dem Antrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1956, befassen haben. Die Landesregierung wird darin aufgefordert, eine Bundesratsinitiative zur Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder einzubringen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Kollegin Krueger hat bereits darauf hingewiesen: Die 84. Arbeits- und Sozialministerkonferenz hat schon im November 2007 das Thema Kinderarmut aufgegriffen und einstimmig den Beschluss gefasst, dass die Regelleistungen für Kinder neu zu bemessen seien. Als Grundlage dafür soll eine spezielle Erfassung des Kinderbedarfs vorgesehen werden.

Auf dieser Grundlage hat der Bundesrat am 23. Mai dieses Jahres, also vor knapp einem Monat, einstimmig – mit der Stimme Baden-Württembergs, mit den Stimmen der A-Länder – einen Entschließungsantrag verabschiedet, den die Kollegin Krueger dankenswerterweise auch schon in vollem Umfang zitiert hat. Mit Blick auf das Anliegen des Kollegen Sakellariou, das Fußballspiel heute Abend anschauen zu können, möchte ich die vier Punkte, die dabei verabschiedet wurden, nicht noch einmal vorlesen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Sehr gut!)

Der spezifische Punkt, die Beschaffung von besonderen Lernmitteln, ist in diesem Antrag enthalten, und die Bundesregierung wird damit einstimmig aufgefordert, bis Ende dieses Jahres einen entsprechenden Reformentwurf vorzulegen. Damit, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wird, denke ich, ein Weg aufgezeigt, wie in Zukunft der Bedarf an besonderen Lernmitteln für Schüler und Schülerinnen aus finanziell benachteiligten Familien gedeckt werden könnte.

Sonderwege, liebe Frau Rastätter, führen in aller Regel nicht zum Erfolg; sie führen zu keinem Ergebnis, das in Ihrem Sinne wäre.

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Sofortmaßnahmen! Nicht Sonderwege! Sofortmaßnahmen!)

Insoweit halte ich Ihren Vorschlag nicht für zielführend.

Ich möchte aber von dieser Stelle aus in diesem Zusammenhang noch eines sagen: Was viele Kommunen hier im Zusammenhang mit den Schulspeisungen leisten, ist aller Ehren wert.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das ist eine tolle Geschichte, für die ich mich ausdrücklich bedanke.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie könnten etwas dazu beitragen!)

Ich sage aber auch, lieber Herr Schmiedel: Es ist und bleibt eine kommunale Aufgabe, das Schulmittagessen zur Verfügung zu stellen. Das ist keine Aufgabe des Landes.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Trotzdem könnten Sie ja etwas zuschießen!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich denke, wir sind uns in diesem Hohen Hause zumindest in einem Punkt einig: Die Ausstattung mit den notwendigen Schulmaterialien ist eine selbstverständliche Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches Lernen in der Schule, für den Erwerb von Wissen und von Kenntnissen, die später auch für den Beruf qualifizieren. Jedes Kind in unserem Land muss unabhängig von seiner sozialen Herkunft die Möglichkeit und die Chance haben, mit dem dafür notwendigen Handwerkszeug ausgestattet zu werden. Dafür haben wir uns eingesetzt, und dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Nur so, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, können wir sozialer Ausgrenzung, fehlenden oder mangelhaften Schul- und Bildungsabschlüssen, der Jugendarbeitslosigkeit und den in der Folge davon zu beobachtenden „Armutskarrieren“ etwas entgegensetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ausstattung mit Lernmitteln für die Schule und deren Finanzierung steht schließlich auch und vor allem in einem engen Zusammenhang mit der Lernmittelfreiheit. Baden-Württemberg ist eines der wenigen Länder, in denen Lernmittelfreiheit besteht. Wenn ich es richtig weiß, haben nur drei Bundesländer die Lernmittelfreiheit in ihren Verfassungen verankert. Wir sind deshalb im Arbeits- und Sozialministerium der Meinung, dass die Leistungen für bedürftige Schüler nicht, wie es von Rheinland-Pfalz angestrebt wird, als feste Geldbeträge ausgestaltet werden sollten. Es sollte vielmehr eine Regelung gefunden werden, die es ermöglicht, flexibel auf die unterschiedliche Situation bei der Lernmittelfreiheit in den einzelnen Ländern einzugehen.

Zum Schluss möchte ich noch einmal – ich habe es bereits vor Kurzem getan – auf Folgendes hinweisen: Unser eigentliches Ziel darf es nicht sein, lediglich die Leistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien besser und zielgerichteter zu gestalten. Nein, wir müssen die Eltern unabhängig von Hartz IV machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

(Staatssekretär Dieter Hillebrand)

Dass wir hier in Baden-Württemberg, lieber Kollege Hoffmann, auf einem guten Weg sind, zeigen die neueren Zahlen zum Arbeitslosengeld II bzw. zum Sozialhilfebezug. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die Sozialgeld erhalten, ist im letzten Jahr von rund 150 000 auf rund 142 000, also immerhin um rund 5 %, zurückgegangen. Das ist eine positive Entwicklung, und ich hoffe von Herzen, dass sich dieser Trend so fortsetzen möge.

Mit diesen Zahlen möchte ich auch die Berichterstattung über eine Studie des Statistischen Landesamts geraderücken, nach der Kinder in Baden-Württemberg eher von Armut bedroht sein sollen als in Ostdeutschland. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gegenteil ist hier im Land der Fall. Verglichen mit anderen Bundesländern befindet sich Baden-Württemberg in einer außerordentlich guten arbeitsmarktpolitischen Situation. Wenn Sie die Zeitungen mit Aufmerksamkeit lesen, können Sie das nahezu jeden Tag feststellen. Und wenn die Eltern Arbeit haben, dann ist auch immer den Kindern geholfen.

(Zuruf von der SPD: Es kommt darauf an, was die Eltern verdienen!)

Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Ziel arbeiten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Mentrup das Wort.

Abg. Dr. Frank Mentrup SPD: Liebe Frau Krueger, ich denke, schon allein die Ausführungen des Staatssekretärs haben gezeigt, warum es sinnvoll war, das Thema noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen. Zum einen haben wir jetzt zusätzliche Informationen, die wir zwar persönlich schon hatten, die aber dem Hohen Haus noch nicht bekannt waren und die weit über das hinausgehen, was im November bzw. Dezember dazu auf unseren Antrag hin veröffentlicht wurde. Zum anderen haben die Aussagen von Ihnen sehr deutlich gemacht, dass Sie seitens des Landes Baden-Württemberg diese Einmalleistungen gar nicht unterstützt hätten, weil Sie das für systemisch falsch hielten.

Das ist deshalb so verwunderlich, weil Sie noch im November geschrieben haben, Sie müssten erst einmal abwarten, wie darüber im Bundesrat diskutiert wird, und es sei noch gar nicht der richtige Zeitpunkt, um darüber zu entscheiden. Da frage ich mich schon: Wie sollen wir zukünftig mit dem Unterstützen von Bundesratsinitiativen umgehen, wenn Sie zum Zeitpunkt der Beantragung hier ausführen, dass man sich nicht festgelegt habe, und uns zum Zeitpunkt der nächsten Beantragung darstellen, dass Sie dagegen waren, aber der Lauf der Dinge einfach darüber hinweggegangen sei. Dann können wir unsere Handlungsspielräume gleich an der Garderobe abgeben.

Frau Krueger, ich denke nicht, dass es um homöopathische Dosen geht. Ob Dosen homöopathisch sind oder nicht, hängt davon ab, mit welchem politischen Gewicht wir an die Diskussion herangehen. Ich nehme für uns schon in Anspruch – und für Sie eigentlich auch –, dass wir durchaus auch im Bund unser Gewicht einbringen können. Wenn wir dabei auf eine Debatte im Landtag zurückgreifen können, in der weitgehend

Einvernehmen geherrscht hat, dann kann uns das vielleicht noch leichter möglich sein. Schließlich sitzen wir in Berlin ein Stück weit im selben Boot.

Ergänzen möchte ich zu dem, was Sie ausgeführt haben, dass mitnichten aus dem entsprechenden Bundesratsprotokoll deutlich wird, dass das Land Rheinland-Pfalz diesem Weg des Entschließungsantrags aus innerer Überzeugung zugestimmt hätte. Auf der Seite 140, die Sie hier zitiert haben, wird deutlich, dass es zunächst eine Gesetzesinitiative von Rheinland-Pfalz gab.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann gab es eine Gesetzesinitiative von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland. Nordrhein-Westfalen ist inzwischen wieder abgesprungen, und man hat sich auf einen Entschließungsantrag geeinigt, der in seiner Wichtigkeit und Bedeutung als Machtinstrument wesentlich weniger geeignet ist als eine entsprechende Gesetzesinitiative.

Frau Dreyer führt nach diesem Protokoll sehr gut aus, dass sie den Eindruck hat, man habe zuerst einmal auf Zeit gespielt. Erst hat man eine Gesetzesinitiative dagegengestellt. Dann hat man suggeriert, man würde das zusammenpacken, und am Ende ist ein lauer Entschließungsantrag daraus geworden. Dem wird sie jetzt zustimmen, damit überhaupt etwas passiert. Aber sie äußert nach dem entsprechenden Protokoll schon sehr deutlich, dass sie das als nicht ausreichend betrachtet und dass sie vor allem die Befürchtung hat, dass zum nächsten Schuljahr erst einmal gar nichts passiert. Das ist jetzt auch ein Stück weit aus der Darstellung des Staatssekretärs bestätigt worden.

Daher bleiben wir dabei: Wir hätten es sinnvoll gefunden, hier auch einmal auf eine einmalige pauschalierte zusätzliche Leistung zurückzugreifen – zusätzlich dazu, dass man das dem Regelsatz im Hinblick auf das Mittagessen und auch aus anderen Gründen anpassen sollte. Wir sehen aber den Stand der Dinge.

Es bleibt zum Abschluss der gemeinsame Appell, dass wir in dieser Sache dranbleiben sollten. Ich denke, dass nicht nur wir als Parlamentarier, sondern auch die Landesregierung durchaus ihre Einflussmöglichkeiten hätten, um zu erreichen, dass es möglichst bald zu einer Lösung kommt. Wenn wir in die Diskussion immer mehr Punkte hineinpacken, dann wird am Ende immer weniger passieren. Es wird voraussichtlich auch im nächsten Schuljahr wieder so sein, dass ich schon an der Ausstattung unterscheiden kann, wer aus ärmeren Verhältnissen kommt und wer nicht. Das sind keine guten Startchancen für ein neues Schuljahr.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Was beantragt die SPD-Fraktion? –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Erledigt!)

Damit ist der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/1908, durch die Aussprache erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes in Baden-Württemberg; hier: Ausgestaltung der Pflegestützpunkte und Pflegeberater – Drucksache 14/1992

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit und Soziales – Beratungsangebote für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verbessern – Drucksache 14/2476

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung der Anträge unter den Buchstaben a und b je fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Mielich das Wort.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Am 1. Juli 2008 wird das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz der Bundesregierung in Kraft treten. Es sollte eigentlich eine grundlegende Reform sein, die auch dringend notwendig gewesen wäre. Es sollte eine Reform der Pflegeversicherung sein. Es gab viele Gründe, die es notwendig gemacht haben, eine Reform auf den Weg zu bringen.

(Unruhe)

Es gab nur eine mangelhafte finanzielle Ausstattung, die es notwendig gemacht hat, dass der finanzielle Rahmen neu gefasst werden musste. Es ging aber letztendlich auch um die Einstufung.

(Anhaltende Unruhe)

– Irgendwie ist es mir hier zu laut. Können Sie ein wenig leiser sein!

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Der Präsident oder die Präsidentin sollen einmal dafür sorgen!)

Der Präsident – –

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Da war gerade ein Wechsel! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die haben gerade gegendert!)

Okay, gut. Ich würde wirklich gern um Ihre Aufmerksamkeit bitten, weil es um ein sehr, sehr wichtiges Thema geht, das uns perspektivisch letztendlich alle betreffen wird, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Es geht bei der Reform der Pflegeversicherung nicht nur um die finanzielle Ausstattung, die reformiert und eigentlich auf neue Füße gestellt werden muss, sondern es geht z. B. auch um die Einstufung.

Was bedeutet die Einstufung, und wann soll Pflege greifen? Ich nenne da einmal ein Beispiel. Die Nichteinstufung der Menschen mit Demenz hat dazu geführt, dass letztendlich die Menschen mit Demenz und vor allem ihre Angehörigen bei

der Betreuung und der Pflege, die überaus intensiv ist, völlig alleingelassen werden. Die Reform der Pflegeversicherung sollte also eine richtige Reform werden, die die Bundesregierung noch einmal richtig nach vorne gebracht hätte. Aber man kann unter dem Strich sagen: Der Berg kreiße und gebär eine Maus.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Herausgekommen ist wirklich ein Minireförmchen. Neben der misslungenen Gesundheitsreform, die auch hier in unserem Haus von allen Fraktionen eigentlich regelmäßig beklagt wird, ist die Pflegereform bzw. das, was da jetzt herausgekommen ist, das zweite große misslungene Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, mit dem wir uns jetzt auseinandersetzen müssen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich kann zwei positive Punkte an diesem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz erkennen. Das eine ist die Möglichkeit, dass z. B. Menschen mit Pflegebedarf, die in einem Wohnhaus oder in einer Wohngruppe wohnen, sich gemeinsam eine Pflege organisieren können, die sogenannte Poolpflege. Das wird insgesamt alternative Wohnformen, z. B. Wohngruppen, fördern und ist unter dem Strich auch billiger.

Das Zweite – das ist das wirklich neue Element – ist die Einrichtung bzw. der Vorschlag zur Einrichtung von Pflegestützpunkten. Das ist auf den ersten Blick ein richtig guter Gedanke, der allerdings in den Wirren der Koalitionsvereinbarung reichlich gerupft worden ist. Denn die CDU wollte ursprünglich Pflegegutscheine und Beratungsgutscheine einführen. Davon ist man letztendlich erst abgekommen, nachdem es von allen Seiten Proteste gehagelt hat. Jetzt ist unter dem Strich von diesem großen Konzept der Pflegestützpunkte nur noch ganz wenig übrig geblieben. Es ist die Rede davon, dass in Baden-Württemberg lediglich 160 Pflegestützpunkte eingerichtet werden sollen. Dabei soll die Zuständigkeit hierfür von der Bundes- auf die Landesebene verlagert werden.

Mit anderen Worten: Die CDU musste in diesem ganzen Prozess zum Jagen getragen werden. Das erklärt vielleicht auch, warum Sie hier in Baden-Württemberg insgesamt mit der Umsetzung dieses Konzepts überaus zögerlich umgehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Dabei ist Handlungsbedarf dringend angesagt, wie wir meinen. Wir werden eine Zunahme der Zahl von Menschen mit Pflegebedarf bis zum Jahr 2030 um mehr als 50 % haben. Wenn ich Sie hier jetzt anschau, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, dann sage ich einmal: Einige von uns werden sicherlich mit dazugehören, wenn es darum geht, Pflege im Jahr 2030 zu organisieren.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Unsere Angehörigen wahrscheinlich!)

– Ja, vielleicht sind das dann auch die Angehörigen. – Auf jeden Fall wird auch die Anzahl der sozialen Pflegedienste insgesamt um 68 % steigen müssen. Dazu kommt, dass die Menschen, die jetzt ungefähr 65 Jahre alt und noch fit und gesund sind, schon ganz klar sagen – genauso wie Sie –, dass sie spä-

(Bärbl Mielich)

ter auf keinen Fall in einem Pflegeheim leben wollen. Das heißt, wir brauchen einen Ausbau der ambulanten Pflege, und wir brauchen neben dem Ausbau der ambulanten Pflege auch die unterstützende Beratung.

Es hat jedoch – das ist wirklich bedauerlich – bis zum Anfang dieser Woche, bis kurz vor Inkrafttreten des Bundesgesetzes gedauert, bis es überhaupt einmal zu der grundsätzlichen Einigung im Ministerrat gekommen ist, dass Baden-Württemberg bereit ist, Pflegestützpunkte einzuführen.

In Ihrer Stellungnahme zu unserem Antrag, Frau Ministerin, schreiben Sie vor allem, was Sie nicht wollen. Sie schreiben z. B., Sie wollten keine Doppelstrukturen. Das ist klar. Wer will schon Doppelstrukturen? Die will niemand. Es ist völlig klar, dass bestehende Beratungsangebote einbezogen werden müssen. Allerdings finden wir es wirklich ziemlich unlauter, dass Sie sich hinstellen und jetzt auf die erfolgreiche Arbeit der IAV-Stellen verweisen, denn es sind gerade diese IAV-Stellen, die Sie gestrichen haben.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Aber Sie wissen schon, wer dafür originär die Zuständigkeit hat?)

Deren erfolgreiche Arbeit wurde von der Landesregierung gestrichen. Darauf kann man jetzt nur ganz unwesentlich aufbauen, weil die meisten Stellen letztendlich gestrichen worden sind. Das heißt also, darauf aufzubauen funktioniert insgesamt nur noch ganz selten.

Wir sagen ganz klar – das ist für uns ein ganz wesentlicher Punkt –: Wir brauchen eine unabhängige Beratung, wenn sie wirklich sinnvoll sein und auch angenommen werden soll. Da treffen wir uns ja in gewisser Weise mit Ihnen, die Sie sagen: Wir können nicht nur eine Beratung durchführen, die an einer Stelle angedockt ist, sondern das muss ein Zusammenschluss von vielschichtiger Beratung sein. Es kann auf keinen Fall sein, dass die Leistungserbringer und die Kostenträger jeweils diejenigen sind, die auch die Beratung organisieren. Es ist wichtig, dass die Beratung trägerübergreifend ausgestattet ist und damit am ehesten das Kriterium der Neutralität erfüllt, was ja von allen Organisationen auch immer wieder gefordert wird.

Es wird nicht reichen, wenn Sie die Moderatorenrolle übernehmen, die Sie sich vorstellen. Es muss sehr viel mehr sein. Wenn das Konzept der Pflegestützpunkte tatsächlich ein erfolgreiches Konzept werden soll, müssen Sie sehr viel mehr in der Hand nehmen. Sie müssen Verantwortung übernehmen. Sie müssen die Ausgestaltung der Pflegestützpunkte tatsächlich auch mit den Pflegekassen und den kommunalen Landesverbänden insgesamt organisieren. Das heißt aber, dass sie sich z. B. auch an der inhaltlichen Ausgestaltung beteiligen, wenn es darum geht, Qualität, Ausstattung und Ansiedlung zu definieren.

Das wiederum – auch dies ist klar – wird nicht ohne finanzielle Beteiligung gehen. Es ist jetzt eine Anschubfinanzierung in Höhe von 45 000 € pro Pflegestützpunkt für die gesamten drei Jahre vorgeschlagen worden. Dazu kommen noch 5 000 €, wenn bürgerschaftliches Engagement nachgewiesen werden kann. Das ist natürlich ein Witz. Damit kann man nicht wirklich etwas bewegen. Das heißt, auch da springt die Große Koalition in Berlin mit ihren Vorschlägen zu kurz.

Wir sagen: Wenn die Pflegestützpunkte keine Eintagsfliege werden sollen, wenn sie wirklich verankert werden sollen und Akzeptanz finden sollen, dann brauchen wir ein Konzept auch für die Finanzierung über 2011 hinaus. Da ist das Land in Verbindung mit den Kassen gefragt. Es muss letztlich darum gehen, ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Denn für uns ist wichtig, dass Pflege und damit auch die Pflegeberatung über den Tag hinaus organisiert werden können.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter für die Fraktion der SPD.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den nächsten zwei Dekaden exorbitant steigen: von heute 225 000 auf 348 000 – das entspricht einem Anstieg um 54 %. Mit diesen Zahlen sind nur Pflegebedürftige im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes gemeint, nicht aber Menschen, die sich schon im Vor- und im Umfeld von Pflegebedürftigkeit befinden und Hilfe und Unterstützung brauchen.

Wir haben in diesem Haus im Dezember 2005 den Schlussbericht der Enquetekommission „Demografischer Wandel“ in Baden-Württemberg miteinander besprochen, nachdem wir in dieser Enquetekommission sehr lange miteinander gearbeitet haben. Ich möchte ausdrücklich sagen: Wir waren uns in der Enquetekommission trotz vieler Expertenanhörungen an wenigen Stellen einig. Unsere Vorschläge sind meistens an der Mehrheit in der Kommission gescheitert.

Wir waren uns aber in einem Punkt einig und haben hierzu auch einen Beschluss gefasst. Das war der Punkt, dass wir in Baden-Württemberg weitere Beratungsangebote für Menschen brauchen, die pflegebedürftig sind oder sich im Vor- und im Umfeld von Pflege befinden. Dank der Stimme der FDP/DVP haben wir damals in der Enquetekommission beschlossen, die Landesregierung möge ein Konzept für die flächendeckende Ausweitung eines Beratungsangebots für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen entwickeln.

Nun, zweieinhalb Jahre später, müssen wir feststellen, dass sehr wenig passiert ist, noch viel weniger, als wir erwarten konnten. Offensichtlich hat die Landesregierung keine Informationen darüber, ob ein flächendeckendes Beratungsangebot im Land überhaupt vorliegt. Sie behauptet aber – ich zitiere aus der Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 14/2476 –:

Nachdem das Land die Förderung der IAV-Stellen 1999 eingestellt hat und das Aufgabengebiet der IAV-Stellen somit nunmehr vollständig dem originären kommunalen Zuständigkeitsbereich im Rahmen der Daseinsfürsorge zugeordnet wird, wurde seither vom Land von einer regelmäßigen Erhebung bei den Stadt- und Landkreisen über noch bestehende IAV-Stellen auf kommunaler Ebene abgesehen.

Das heißt, es liegen keine Informationen darüber vor, wie das Beratungsangebot für Pflegebedürftige in diesem Land ausgestaltet ist. Daneben behauptet die Sozialministerin im Bun-

(Katrin Altpeter)

desrat: „Wir in Baden-Württemberg haben ein gut ausgebautes Beratungsnetz mit Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen.“ Da muss ich doch nun fragen: Was denn eigentlich?

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Sind wir nun flächendeckend gut versorgt, oder können wir keine Angaben machen? Tatsache ist jedenfalls: Im Jahr 1997 gab es 215 vom Land geförderte Beratungsstellen. Kurz nach der Einstellung der Landesförderung 1998 hatten bereits 42 Stellen ihre Arbeit eingestellt. Da kann fast zehn Jahre später von einem flächendeckenden Beratungsangebot nicht die Rede sein.

Gleichzeitig ist im Landespflegegesetz festgeschrieben, dass das Land eine Verantwortung für das Vor- und Umfeld der Pflege hat. Ich muss heute feststellen, dass diese Verantwortung heute bei Weitem nicht wahrgenommen wird. Man versucht, alles den Kommunen aufzubürden, oder beschuldigt, wenn es einem zupasskommt, vielleicht noch den Bund, dass er zu wenig tue. Aber die Verantwortung, die das Land selbst übernehmen muss, wird bei Weitem nicht wahrgenommen.

In der nächsten Runde würde ich gern noch einiges zu den Pflegestützpunkten sagen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teufel für die Fraktion der CDU.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jetzt wird wieder zur Sache gesprochen!)

Abg. Stefan Teufel CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die ältere Generation rückt immer stärker in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen, aber auch des wirtschaftlichen Interesses. Die höhere Lebenserwartung ist ein großer Gewinn für den Einzelnen, für die Familien, aber auch für die gesamte Gesellschaft. Noch nie war die Generation der über 60-Jährigen so gesund und aktiv wie heute.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Und das ist gut so.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Unsere Senioren haben eine enorme Lebenserfahrung und Kompetenz. Dank ihres Einsatzes, dank der Arbeit und des Fleißes der älteren Generation steht Baden-Württemberg hervorragend da. Für diese Lebensleistung sind wir Jüngeren zu Dank verpflichtet.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Erst recht ein Grund, anständige Rahmenbedingungen im Vorfeld und Umfeld der Pflege zu schaffen!)

Unsere Aufgabe ist es, dieses Erbe zu erhalten und weiterzuentwickeln. Alle Menschen wollen ihr Leben so selbstbestimmt wie möglich gestalten,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja prima!)

auch wenn sie gesundheitlich eingeschränkt oder auch pflegebedürftig sind. Das hat viel mit eigenem Selbstverständnis zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um das Leben daheim nach den eigenen Wünschen gestalten zu können, sind verlässliche Unterstützungsangebote, aber auch Informationen erforderlich.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

In Baden-Württemberg haben wir ein flächendeckendes Netz zur Unterstützung Pflegebedürftiger und ihrer Angehörigen geknüpft.

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Das stimmt nicht! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Wo denn?)

– Das sage ich jetzt gerade. – Zu den Knotenpunkten gehören ambulante Hilfseinrichtungen wie z. B. Pflegedienste, Essen auf Rädern, Pflegebegleiter, Nachbarschaftshilfe,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Du lieber Himmel!)

Seniorennetzwerke, Wohnberatung, die Beratung für pflegende Angehörige und weitere Initiativen unterschiedlichster Prägung.

Zum 1. Juli 2008 wird das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz in Kraft treten. Danach sind Länder, Kommunen, Kassen und Leistungserbringer bei der Umsetzung gefordert. Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich für eine sinnvolle, aber auch bedarfsgerechte Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes in Baden-Württemberg ein.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Genau! Richtig!)

Unser Ziel ist es dabei, die Arbeit der Ehrenamtlichen und der Selbsthilfe in der Pflege zu fördern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unser Ziel ist es weiterhin, die Qualität in der Pflege insgesamt zu verbessern. Dies gilt gleichermaßen für die zu pflegende Person wie für die Personen, die Pflege leisten. Deswegen fordern wir, dass die Betreuungsverordnung angepasst und um einen neuen Bereich „Förderung ehrenamtlicher Strukturen und Selbsthilfe“ erweitert wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um den Zielen „Mehr Qualität in der Pflege“ und „Mehr Unterstützung in der Pflege“ näherzukommen, messen wir dem Ausbau von Pflegestützpunkten besondere Bedeutung zu. Unser Ziel ist es, die Arbeit der Familienangehörigen, die oft jahrelang aufopferungsvoll und unter Aufbringung fast übermenschlicher Kräfte Pflege leisten, zu unterstützen, aber auch zu erleichtern.

Was wir aber nicht wollen und was mit uns auch nicht zu machen ist, ist der Aufbau von Doppelstrukturen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Das will kein Mensch! Das will niemand!)

(Stefan Teufel)

Doppelstrukturen nützen niemandem, sondern binden lediglich die sowieso schon knappen Finanzmittel. Unser Ziel ist es nicht, möglichst viele gleiche Beratungsmöglichkeiten zu haben,

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Auch wenn Sie das immer wiederholen, wird es nicht besser!)

sondern durch Pflegestützpunkte die Beratungsangebote und die Beratungsqualität für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen zu verbessern. Wir wollen hierbei den Ausbau sowie die bereits bestehenden guten Pflegeberatungsstrukturen nutzen.

Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz ermöglicht u. a. die Erweiterung der Fördermöglichkeiten ehrenamtlicher Strukturen sowie der Selbsthilfe bei der Pflege. Wir versprechen uns dadurch eine höhere Qualität in der Pflege und einen längeren Verbleib in der häuslichen Umgebung. Insbesondere in Baden-Württemberg und da hauptsächlich in unseren ländlichen Räumen wird in hohem Maße zu Hause gepflegt. Gerade deshalb bewerten wir die zusätzliche Förderung ehrenamtlicher Strukturen sowie der Selbsthilfe in der Pflege auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung sehr positiv. So nimmt Baden-Württemberg bei der Zahl der geförderten niederschweligen Betreuungsangebote für Demenzkranke im Ländervergleich jetzt schon einen Spitzenplatz ein.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Jawohl!)

Unser Ziel ist es, diese erfolgreiche Förderstruktur beizubehalten und mit allen Beteiligten gemeinsam die Förderung ehrenamtlicher Strukturen sowie der Selbsthilfe in der Pflege zu ergänzen und damit auch entscheidend zu stärken. Alle Menschen wollen ihr Leben so selbstbestimmt wie möglich gestalten,

(Abg. Georg Wacker CDU: Ja!)

auch wenn sie gesundheitlich eingeschränkt sind oder pflegebedürftig werden. Diesem Wunsch werden wir als CDU-Landtagsfraktion nachkommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Georg Wacker und Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Wort „Demografie“ tragen viele auf den Lippen, aber es ist immer so: Wenn es um das Thema Bildung bei Kindern und Jugendlichen geht, dann ist hier der Saal voll und gehen die Emotionen hoch, wenn es um ältere Menschen geht, geht es eher etwas ruhiger zu. Ich hoffe, dass das nicht heißt, dass unser Engagement nicht ausreichend hoch wäre.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

Lassen Sie mich zu den Themen, zu denen schon viel Richtiges gesagt worden ist und bei denen wir, glaube ich, auch

nicht immer nur gegeneinander marschieren sollten, weil wir uns in der Realität an vielen Stellen einig sind, noch ein paar Eckpunkte ansprechen.

Frau Mielich, ich stimme Ihnen ja zu: Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz ist wirklich ein Mäuschen, das da geboren worden ist. Der Berg hat gekreißt und eben nicht die große Reform gebracht. Trotzdem stehe auch ich nicht an, zu sagen: Es gibt ein paar positive Elemente.

Weil der Bedarf an Beratung und Information zunehmen wird – ein wirklich wichtiges Thema, insbesondere wenn wir wissen, dass das Angebot an Unterstützungen im ambulanten, im stationären und im teilstationären Bereich sehr vielfältig ist und dass sich im Land Baden-Württemberg bei den freien Trägern, aber auch auf kommunaler Ebene Gott sei Dank unheimlich viel entwickelt hat –, ist es schon richtig, dass das Ganze wettbewerblich organisiert werden soll und der Kunde sozusagen das beste Angebot für sich findet. Dazu müssen natürlich Transparenz und Information gewährleistet sein; das ist überhaupt keine Frage.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Da wird schon klar, dass der Bund mit seiner ursprünglichen Absicht, diese Pflegestützpunkte ausschließlich bei den Pflegekassen anzudocken, völlig falsch lag. Das kann es nicht sein. Denn jeder versteht doch, dass der Mitarbeiter, der da sitzt, natürlich das Wohl des Patienten oder des älteren Menschen im Auge hat, aber vorrangig Angestellter seiner Kasse ist. Deshalb ist er auch seiner Kasse gegenüber zu wirtschaftlichem Handeln verpflichtet.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Jetzt ist nichts gegen Wirtschaftlichkeit zu sagen. Nur, in der Abwägung möchte ich gern, dass ich als Bürger eigentlich von jemandem beraten werde, der nicht zuallererst auf das Geld schaut, sondern zunächst einmal auf mich und meine Bedürfnisse schaut und mir dann einen Rat gibt.

Deswegen stimme ich mit Ihnen sehr überein, dass die Pflegestützpunkte auf gar keinen Fall ausschließlich bei den Pflegekassen angedockt werden dürfen. Deshalb hat ja auch die Ministerin im Bundesrat sehr darauf hingewirkt, dass die ursprüngliche Konzeption der Pflegestützpunkte deutlich aufgeweicht worden ist und Länderspezifika, wie sie auch bei uns in Baden-Württemberg gelten, berücksichtigt werden können.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Das ist ein Lob an die Ministerin. Da darf man ruhig einmal klatschen.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Auch die CDU!)

– Gern auch die Kollegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Ein Weiteres ist mir sehr wichtig: Wenn man immer von den älteren Menschen spricht, sollte man sich auch einmal darüber klar sein: Das Alter ist inzwischen so bunt, wie das

(Dr. Ulrich Noll)

Leben überhaupt bunt ist. Es gibt nicht die älteren Menschen, sondern eine ganze Breite von individuellen Arten des Alterns. Dem entsprechen auch die individuellsten Vorstellungen, wie man im Alter leben möchte. Dabei geht es selbstverständlich auch um die Frage, was man möglichst noch in der gewohnten Umgebung realisieren kann.

Jetzt kommt es darauf an, dass wir diese individuellen Bedürfnisse, diese individuellen Anforderungen auch mit individuellen Angeboten zusammenbringen. Denn wenn ich von einem Angebot nichts weiß, kann ich es nicht nutzen. Daher glaube ich, dass es falsch wäre, wenn wir wieder zentralistisch ein Konzept mit Quoten, die im ländlichen Raum nicht passen und im verdichteten Raum vielleicht auch nicht passen, über das ganze Land stülpen würden. Wir müssen auch da Individualität zulassen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Dann macht doch ein ordentliches Konzept! Die Zuständigkeit liegt doch bei den Ländern!)

Es zeichnet ja unser Land Baden-Württemberg aus, dass wir in diesem Flächenstaat schon sehr individuell angepasste Strukturen haben. Da sollte man auch nichts schlechtreden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Sag einmal!)

Da haben bisher insbesondere die Kommunen, die Landkreise, die ja zuständig sind – das muss man bei aller Diskussion darüber, wer was zu bezahlen hat, auch immer wieder sagen –, wirklich an vielen Stellen hervorragende Arbeit geleistet mit der Einbeziehung der Kreissenorenräte, die meines Wissens überall jedenfalls so eingebunden werden, dass das Wissen derjenigen, die Experten in eigener Sache sind, nämlich die älteren Menschen, die einen Angehörigen haben, der pflegebedürftig ist, stärker in diese Beratungszentren mit einfließt. Uns geht es darum, dass man hier nicht eine neue bürokratische, von den Pflegekassen gesteuerte Struktur aufbaut und das, was wir schon jetzt haben, vernachlässigt.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Wer will das denn? –
Abg. Ursula Haußmann SPD: Das macht doch niemand! Der ist ja völlig auf dem falschen Dampfer!
Der ist ja überhaupt nicht informiert!)

Ich will genauso, wie es der Kollege Teufel vorhin getan hat, dafür werben, das fortzusetzen, was wir im Land Baden-Württemberg geschafft haben, nämlich dass wir bürgerschaftliches Engagement insbesondere im Selbsthilfebereich bei älteren Menschen – bis hin zu Hospizbewegungen – auch in Zeiten, in denen solche Haushaltstitel manchmal „Steinbruchtitel“ waren und zur Abschaffung anstanden, in einem Ausmaß erhalten konnten, das, glaube ich, dafür gesorgt hat, dass wir da schon eine hervorragende Struktur haben.

Immer kann man das, was man hat, noch verbessern. Wir sind bereit, gemeinsam mit dem Ministerium diese Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich bedanke mich bei all denen, die schon vor Ort zusammen mit den Ehrenamtlichen, mit den Seniorenräten für eine gute Versorgung, für ein gutes Angebot in unserem Land sorgen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Ministerin Dr. Stolz.

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In beiden Anträgen geht es heute um die Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes, speziell vor allem um die Weiterentwicklung bestehender Beratungseinrichtungen zu Pflegestützpunkten. Diese Weiterentwicklung des Pflegeberatungsangebots und auch die Umsetzung des baden-württembergischen Heimgesetzes werden unsere Pflegelandschaft in Zukunft nachhaltig prägen.

Pflegebedürftigkeit bedeutet ja zunächst einmal, einen Schicksalsschlag zu erleiden und Veränderungen im Leben zu verspüren. Alles ist nicht mehr so, wie es war. Das ist die eine Seite. Aber noch schlimmer wird es, wenn pflegebedürftige Menschen aufgrund ihrer Beeinträchtigungen gar nicht mehr in der Lage sind, das speziell für sie gedachte Angebot unterstützender Hilfen überhaupt zu überblicken, und sie vielleicht nur deshalb auf mögliche Unterstützung verzichten müssen. Eine solche Situation wollen wir nicht. Sie belastet alle, auch die ohnehin schon sehr belasteten pflegenden Angehörigen.

Deswegen begrüße ich es ausdrücklich, dass die Auskunft, die Beratung und das Fallmanagement einen großen Stellenwert in diesem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz einnehmen – bei allen Schwächen, die das Gesetz hat. Darüber haben wir uns schon öfter unterhalten. Hier eine Weiterentwicklung vorzusehen wird von mir sehr begrüßt. Der Aufbau von Pflegestützpunkten bietet die Chance, das bestehende Beratungsnetz weiterzuentwickeln und die Beratungsqualität für alle zu verbessern. Ich denke, diese Chance sollten wir nutzen. Wir wollen sie auch nutzen.

Die Landesregierung hat Anfang dieser Woche eine positive Grundsatzentscheidung zur stufenweisen Weiterentwicklung der bestehenden Beratungsangebote zu Pflegestützpunkten getroffen. Folgender Punkt ist mir dabei sehr wichtig: Pflegestützpunkte werden nur dann im Land errichtet, wenn Doppelstrukturen vermieden werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bravo! –
Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr richtig!)

Denn beim Aufbau der Stützpunkte für die Pflegeberatung müssen die baden-württembergischen Besonderheiten berücksichtigt werden. Wir haben in Baden-Württemberg in der Tat bereits gut funktionierende Pflegeberatungsstrukturen bei den Pflegekassen und auch auf kommunaler Ebene. Auf diesen wollen wir aufbauen. Ziel von Pflegestützpunkten muss es sein, dieses Beratungsnetz weiter zu verbessern und auszubauen.

Teilweise werden von den Kommunen Informations-, Anlauf- und Vermittlungsstellen finanziert, die Ratsuchende unterstützen. Diese sind teilweise umorganisiert, aber auch weiterentwickelt worden. Auf der anderen Seite können wir natürlich auch auf viele ehrenamtliche Beratungsstrukturen auf kommunaler Ebene zurückgreifen.

Ich bin in der Tat froh darüber, dass nach einer ersten Behandlung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes im Bundesrat und nach der Expertenanhörung dem Votum der Länder in

(Ministerin Dr. Monika Stolz)

großen Teilen Rechnung getragen wurde. Es ist nicht selbstverständlich, dass das Votum des Bundesrats beachtet wird, aber in diesem Bereich war es in der Tat so. Wir, die Länder, hatten damals gefordert, bei der Einrichtung von Pflegestützpunkten mehr Rücksicht auf die jeweilige Situation in den Ländern zu nehmen. Der ursprüngliche Plan der Bundesregierung – das war kein großer Plan, liebe Frau Kollegin Mielich; ich habe ihn nicht als großen Plan angesehen –, ein unflexibles Netz von bundesweit 4 000 Pflegestützpunkten für je 20 000 Menschen zu schaffen, ist glücklicherweise verworfen worden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Das bedeutet, dass wir in Baden-Württemberg nunmehr flexibel das bestehende Beratungsnetz vor Ort gestalten können. Das Gesetz sieht vor, dass die konkrete Ausgestaltung vorrangig in den Händen der Pflegekassen liegt. Die Pflegekassen haben lediglich darauf hinzuwirken, dass sich insbesondere erstens die nach Landesrecht zu bestimmenden Stellen für die wohnortnahe Betreuung im Rahmen der Altenhilfe und für die Gewährung der Pflege und zweitens die im Land zugelassenen und tätigen Pflegeeinrichtungen sowie die im Land tätigen Unternehmen der privaten Kranken- und Pflegeversicherung an den Pflegestützpunkten beteiligen. Die Krankenkassen haben an der Errichtung der Pflegestützpunkte mitzuwirken.

Damit ist klar: Der Bundesgesetzgeber hat den Pflegekassen und nicht den Ländern die Kompetenz zur Ausgestaltung der Pflegestützpunkte übertragen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Das mögen Sie beklagen, liebe Frau Kollegin Altpeter. Aber das war eine Parteikollegin von Ihnen, das war Ulla Schmidt, die das so wollte.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Aha!)

Den Pflegekassen und nicht den Ländern wurde die Kompetenz übertragen.

Damit besteht keine gesetzliche Notwendigkeit für ein eigenes Förderkonzept mit finanziellen Zahlungsverpflichtungen für das Land. Das ist jetzt einmal so geregelt.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE meldet sich zu einer
Zwischenfrage.)

Wir haben uns jedoch mit den Kassen – ich bin noch nicht am Ende meiner Ausführungen; vielleicht erübrigt sich Ihre Frage noch – und den kommunalen Landesverbänden frühzeitig an einen Tisch gesetzt und festgelegt, dass das Ministerium für Arbeit und Soziales die gemeinsame Zielsetzung einer verbesserten Beratung im Land moderierend begleiten wird. Ziel ist es, eine von allen Pflegekassen und allen kommunalen Landesverbänden gemeinsam getragene, auf freiwilliger Basis erstellte Kooperationsvereinbarung abzuschließen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Diese Kooperationsvereinbarung soll einen sukzessiven Aufbau von Pflegestützpunkten auf der Basis bestehender Pflegeberatungseinrichtungen beinhalten.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es richtig!)

Im weiteren Abstimmungsprozess werden die Leistungserbringer, die private Pflegeversicherung und die betroffenen Verbände mit einzubeziehen sein.

Baden-Württemberg ist damit das erste Bundesland, das sich vor Inkrafttreten dieses Gesetzes – es ist ja noch gar nicht in Kraft – dieses Themas angenommen hat. In keinem anderen Bundesland ist man bisher so weit, sich überhaupt zu überlegen, wie das Ganze umgesetzt wird. Deswegen würde ich sagen: Wir liegen da ziemlich gut in der Zeit. Normalerweise wartet man ja, bis ein Gesetz in Kraft tritt, bevor man an die Umsetzung geht. Wir befinden uns schon in Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden als den für die Daseinsvorsorge Zuständigen und mit den Pflegekassen, die die Zuständigkeit per Gesetz haben, hier auf der Basis des Bestehenden etwas aufzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Der Prozess der Weiterentwicklung ist eingeleitet. Ich bin auch zuversichtlich, dass wir weiterhin mit allen Akteuren zielführend und konstruktiv an dieser Kooperationsvereinbarung arbeiten können. Wir werden hier eine vermittelnde, eine koordinierende Rolle wahrnehmen. Damit leistet das Land auch seinen Beitrag zur Sicherstellung eines gut funktionierenden Pflegeberatungsnetzes in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Nachfrage der Frau Abg. Mielich?

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Ja.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte schön.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Frau Ministerin Stolz, meine Frage ist jetzt: Wie garantieren Sie die Neutralität der Beratung, wenn Sie lediglich eine koordinierende Funktion wahrnehmen wollen und als Moderatorin agieren wollen, aber letztendlich keine Qualitätskriterien aufstellen wollen?

Ministerin für Arbeit und Soziales Dr. Monika Stolz: Vom Gesetz her ist die Aufgabe den Pflegekassen zugewiesen. Das ist nun einmal gesetzlich so vereinbart. Das ist nicht von uns so geregelt worden; das ist ein Bundesgesetz. Aber wir arbeiten daran mit, dass es zu einer Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden kommt. Ich denke, es ist wichtig, dass die Kommunen als Träger der Daseinsvorsorge hier einbezogen sind.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

und in einem weiteren Schritt auch alle mitarbeiten, die in diesem Bereich tätig sind.

Insofern glaube ich, dass durch diese Kooperationsvereinbarung, die auch Standards setzen soll, die Neutralität letztlich gewährleistet wird. Das sind unsere Möglichkeiten, die wir auch alle ausschöpfen werden.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abg. Mielich, bitte schön. Sie haben noch eine Minute und 30 Sekunden Redezeit.

Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Die will ich jetzt auch nutzen.

(Zuruf von der CDU: Das reicht jetzt!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist genau der Punkt, den die Frau Ministerin gerade angesprochen hat, wenn es um diese Neutralität der Beratung geht.

Ich glaube nach wie vor, dass es für die Akzeptanz von Pflegeberatung ganz wichtig ist, dass die Neutralität tatsächlich gesichert ist. Das sehe ich im Moment noch nicht. Vielleicht gibt es, wenn die Vereinbarungen getroffen werden, noch Möglichkeiten, in irgendeiner Weise darauf einzugehen und diese Ausgestaltung noch einmal zu kommentieren bzw. mitzubestimmen.

Ich möchte gern noch ein paar Bemerkungen zu Ihnen, Herr Teufel, und auch zu Ihnen, Herr Noll, machen. Sie sind ja so stolz darauf, dass das Beratungsangebot, das wir hier haben, schon so gut und vielseitig ist.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Nicht auf uns!)

Sie stellen heraus, wie wichtig die ehrenamtliche Beratung und Begleitung letztendlich ist. Aber das, was Pflegestützpunkte leisten sollen, was das wirklich Neue und Innovative ist, ist ja, dass es weiter gehende Angebote geben soll.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Ja, klar!)

Das bedeutet z. B., dass es, bevor Menschen überhaupt pflegebedürftig werden, die sogenannten aufsuchenden Hilfen gibt – die Ministerin nannte sie „zugehend“. Das heißt, es muss eine professionelle Struktur geben, die natürlich durch Ehrenamtlichkeit ergänzt wird.

Aber Sie können nicht nur immer und immer wieder erzählen: „Es gibt ehrenamtliche Strukturen; die machen eine ganz tolle Arbeit; wunderbar.“ Sie brauchen auch die professionellen Leute und die professionellen Stellen, die den Hintergrund sichern. Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Abschließend möchte ich sagen: Unser Antrag enthält einen Beschlussteil, in dem wir fordern, dem Landtag ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen. Das Konzept werden wir gleich noch zur Abstimmung stellen.

Schönen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: In den Ausschuss!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Altpeter.

Abg. Katrin Altpeter SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen und einige Dinge richtigstellen, die in einem Sprachgewirr, in einem Begriffsgewirr und auch in einem Kompetenzgewirr untergegangen zu sein scheinen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zunächst ist es zwar richtig, dass die Pflegekassen die Pflegestützpunkte einrichten sollen. Dennoch ist die Errichtung von Pflegestützpunkten durch die Pflege- und Krankenkassen nur dann möglich, wenn die oberste Landesbehörde dieses bestimmt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Da die oberste Landesbehörde in diesem Punkt gleichzeitig die oberste Kontrollbehörde der Kassen ist, ist es eigentlich ein Armutszeugnis, wenn dann das Land sagt: Wir nehmen hier nur eine moderierende Funktion ein.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Warum?)

Im Grunde genommen wird damit die Möglichkeit verweigert, das Beratungsangebot für die Menschen im Land zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr richtig!)

Jetzt zu der Aussage, andere Bundesländer hätten nichts getan, Baden-Württemberg sei wie immer vornedran.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Spitze! – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: So ist es!)

Auch dies ist ganz einfach nicht richtig.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

In Rheinland-Pfalz wurden mit finanzieller Förderung des Landes bereits seit 1995 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen eingeführt und wurde damit ein niedrigschwelliges, flächendeckendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für pflegebedürftige Menschen eingerichtet. Gleichzeitig gibt es dort ein Informations- und Beschwerdetelefon zum Thema Pflege.

Der Freistaat Bayern fördert seit 1. Januar 2007 im Rahmen des „Bayerischen Netzwerks Pflege“ Fachstellen für pflegende Angehörige mit 17 000 € je Kraft. Dabei kommt eine Kraft auf 100 000 Einwohner. Das ist vielleicht weniger, als wir uns wünschen, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Sich hier hinzustellen und zu sagen, man moderiere, ansonsten bleibe aber alles wie immer, die Kassen würden das schon machen, die gesetzlichen Vorgaben kämen ja von Frau Schmidt,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das ist unglaublich!)

ist, finde ich, auch aus Ländersicht schon ein bisschen schwach.

(Beifall der Abg. Ursula Haußmann SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer klatscht?)

Auch andere Bundesländer haben bereits die Einführung von Pflegestützpunkten angekündigt und erklärt, sie wollten sich sowohl bei der Gestaltung als auch bei der Finanzierung beteiligen.

(Katrin Altpeter)

Jetzt möchte ich noch etwas ansprechen, was mir in der Diskussion in den letzten Monaten manchmal etwas sauer aufgestoßen ist. Herr Teufel, Sie stehen heute hier für die CDU-Fraktion und sagen ebenso wie Sie, Frau Sozialministerin, Sie wollten sich für eine sinnvolle, bedarfsgerechte Umsetzung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes einsetzen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Machen wir!)

Sie, Herr Teufel, haben gesagt, der Ausbau der Pflegestützpunkte habe dabei eine besondere Bedeutung, und erklärt: „Wir wollen Doppelstrukturen vermeiden.“ Da haben Sie recht; das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Eben! Da sind wir einer Meinung!)

Ich wundere mich nur, weshalb die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU-Bundestagsfraktion, die aus Baden-Württemberg kommt,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Oje!)

noch bis vor wenigen Wochen hier durch die Lande gerannt ist und jedem, ob er es hören wollte oder nicht, erzählt hat: „Wir brauchen in Baden-Württemberg keine Pflegestützpunkte; denn bei uns ist alles super.“

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Keine Ahnung, die Frau! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist unglaublich! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Sie hören doch sonst nicht auf die CDU-Bundestagsfraktion!)

Dazu muss ich sagen: Gut, dass Sie jetzt erkannt haben, dass ein Bedarf besteht, und von solchen Aussagen Abstand nehmen. Schade nur, dass sich auch viele Träger davon haben beeinflussen lassen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Ein sinnvolles Beratungsangebot bedarf einer neutralen Trägerschaft und einer neutralen Beratung, unabhängig von den Kostenträgern und den Leistungsanbietern. Ich finde, hier liegt auch für die Landesregierung die große Herausforderung, dies in Zusammenarbeit mit den Kassen und den anderen Beteiligten, mit den Trägern der Wohlfahrtspflege, aber auch mit den kommunalen Landesverbänden, gemeinsam zu entwickeln, um für die Menschen im Land eine gute Beratung anzubieten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir müssen nun noch über die beiden Anträge befinden.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Beide an den Ausschuss überweisen!)

Abschnitt I des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 14/1992, ist als Berichtsteil erledigt. Soll über Abschnitt II dieses Antrags abgestimmt werden?

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Nein! Überweisung an den Ausschuss! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Überweisen!)

Es wurde die Überweisung an den Sozialausschuss zur weiteren Beratung gewünscht. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Abschnitt I des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2476, ist als Berichtsteil ebenfalls erledigt. Wie soll mit Abschnitt II verfahren werden?

(Zurufe von der SPD: Ausschussüberweisung!)

Es wurde ebenfalls Überweisung an den Sozialausschuss beantragt. – Sie stimmen dem zu. Es ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 7 ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Beitragsfreier Kindergarten – Drucksache 14/2024

Ich rufe hierzu auch den zu diesem Antrag vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 14/2891, auf.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags Drucksache 14/2024 fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort für die SPD erteilen? – Frau Abg. Wonnay, bitte schön.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kultusminister hat heute Morgen über die Zukunftschancen der jungen Generation gesprochen. Wir sprechen jetzt über eine ganz entscheidende Weichenstellung hierfür. Wenn ich mir die Verlautbarungen zum Thema „Beitragsfreier Kindergarten“ anschau, dann meine ich, es müsste in diesem Haus eigentlich eine ganz große Mehrheit für dieses wichtige Vorhaben bestehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nur eigentlich!)

– Eigentlich.

Der Ministerpräsident hat sich mehrmals zum Thema Pflichtjahr geäußert. Ich will Ihnen dazu nur einiges zitieren: „Oettinger will Kindergartenpflichtjahr“ lautete eine Schlagzeile der „Schwäbischen Zeitung“ vom 2. November 2006. Die Reform könne ab dem Jahr 2010 umgesetzt werden, kündigte er in einem Interview an. Als dann in Oberkochen die Beitragsfreiheit durch die Kommune eingeführt wurde, war der Kommentar des Ministerpräsidenten: „Ein gutes Signal für die Kinder in Oberkochen.“ Leider sind, wie in vielen anderen Bereichen auch, diesen Ankündigungen die Taten nicht gefolgt.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Dabei müssten Sie als CDU in diesem Haus auch Rückenwind durch einen Landesparteitagsbeschluss zu diesem Thema spü-

(Marianne Wonnay)

ren. Auf dem 56. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg wurde beschlossen:

Es bleibt Aufgabe des Landes, zur Vorbereitung auf die Schule ein verpflichtendes drittes Kindergartenjahr einzuführen. Dies ist der Einstieg in die Beitragsfreiheit des ganzen Kindergartens, damit verbunden der Pflichtbesuch dieser Bildungseinrichtung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Papier ist geduldig!)

Aber auch bei anderen Fraktionen dieses Hauses müsste die Zustimmung eigentlich klar sein. Ich möchte den Beschluss des ordentlichen Länderrats der Grünen vom 14. April 2007 zitieren. Dort heißt es unter der Überschrift „Frühkindliche Bildung und Betreuung beitragsfrei stellen“:

Wir fordern, dass frühkindliche Bildung und Betreuung perspektivisch für alle Kinder beitragsfrei gestellt wird.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Perspektivisch!)

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines beitragsfreien Jahres in Kindertagesstätten.

(Zuruf: Sehr gut! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Des ersten Jahres!)

– „Eines Jahres“ – nicht des ersten Jahres, das steht nicht drin.

Aber es gibt auch noch andere Befürworter dieses Vorhabens. So haben sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in einer Pressemitteilung vom 27. August 2007 gemeinsam für den beitragsfreien Kindergarten eingesetzt und eine Stärkung der frühkindlichen Bildung gefordert. Wörtlich heißt es:

Der Kindergarten als erste Stufe des Bildungssystems muss konsequenterweise für die Eltern gebührenfrei sein.

Als erster Schritt sei ein beitragsfreies letztes Kindergartenjahr richtig und notwendig.

Worum geht es, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wir haben uns heute Morgen schon ausführlich darüber unterhalten, wie es gelingen kann, gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien zu erreichen, damit sie endlich auch Bildungserfolge erzielen können. Dazu ist die Weichenstellung in den ersten sechs Jahren, im Kindergarten ein ganz entscheidender Beitrag.

Damit jetzt keine Schieflage in der Diskussion entsteht, möchte ich für meine Fraktion ganz klar festhalten: Wir wollen diese Stärkung der frühkindlichen Bildung durch einen Dreiklang erreichen. Wir wollen zum einen, dass es mehr Plätze gibt, wir wollen, dass es in den Einrichtungen mehr Qualität gibt, und wir wollen, dass die finanzielle Hürde zum Besuch des Kindergartens durch die Beitragsfreiheit abgeschafft wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir nehmen dieses Ziel sehr ernst. – Wenn ich jetzt diesen Zwischenruf des Kollegen Zimmermann höre, dann kann ich Ihnen nur empfehlen, sich die Studie der Bertelsmann-Stif-

tung „Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland“ einmal anzuschauen.

(Abg. Christine Rudolf SPD zu Karl Abg. Zimmermann CDU: Sie sitzen zu Recht in der letzten Reihe!)

Daraus erfahren Sie, wie aus vielen anderen Studien auch, dass jeder Euro, der da investiert wird, einen mindestens dreibis vierfachen Ertrag bringt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss uns doch darum gehen, dafür zu sorgen, dass uns kein einziges Kind verloren geht. Deshalb müssen wir die ersten sechs Lebensjahre nutzen, um zu erreichen, dass jedes Kind die Chance hat, von der guten Bildung und Förderung im Kindergarten zu profitieren. Dazu brauchen wir die Beitragsfreiheit für den Kindergarten. Wir wollen damit mit dem letzten Kindergartenjahr beginnen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hoffmann das Wort.

(Oh-Rufe von der SPD und den Grünen)

Abg. Andreas Hoffmann CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Wonnay, nicht nur der Ministerpräsident, sondern auch die CDU – das wissen Sie; Sie haben die Parteitagebeschlüsse zitiert – befasst sich mit dem Thema „Beitragsfreier Kindergarten“ als mittelfristiges Ziel. Auch unser Ziel ist es, einen Einstieg in diese Richtung zu bekommen. Entsprechende Beschlüsse sind gefasst.

Allerdings – da unterscheiden sich unsere Positionen – ist für uns neben der Klärung gesellschaftspolitischer und rechtlicher Fragen die Antwort auf die Frage, wie eine nachhaltige und solide Finanzierung gewährleistet werden kann, eine Voraussetzung. Genau diese Antwort steht wieder nicht in Ihrem Antrag. Sie beantragen Beitragsfreiheit. Aber Sie erklären nicht, wer dies finanzieren soll und wie es finanziert werden soll. Deswegen werden wir Ihren Antrag auch ablehnen, weil Sie darin wieder einmal nur die Hälfte der Verantwortung übernehmen und die andere Hälfte anderen überlassen.

Wenn man über Kindergärten diskutiert, dann sollte man auch mit den Kommunen sprechen. Denn sie sind in den meisten Fällen immerhin die Träger und die Finanziers unserer Kindergärten.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig! – Abg. Christine Rudolf SPD: Kirchliche und private Träger gibt es auch noch!)

Sie wissen auch, liebe Frau Wonnay – auch wenn Sie es anders dargestellt haben –, dass es zu diesem Thema längst Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden gibt.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

Wir würden uns freuen, wenn wir miteinander erst einmal über die Ziele und die Gründe sprechen würden, warum eine Beitragsfreiheit für den Kindergarten überhaupt sinnvoll sein

(Andreas Hoffmann)

könnte. Sie haben einige davon angesprochen, aber einige andere nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wir wollen nicht über den Sinn sprechen, sondern über die Beitragsfreiheit!)

Zunächst einmal will ich feststellen und sehr deutlich sagen, dass es in unserem Land keine einzige Familie mit geringem Einkommen gibt, die ihr Kind nicht in den Kindergarten schicken kann, weil es am Geld fehlen würde. Ein Hinweis auf das Gesetz – das wissen Sie sehr genau, liebe Frau Wonnay – erspart mir weitere Ausführungen: Nicht im SGB II, sondern im SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – steht unter den §§ 90 ff., dass der Sozialhilfeträger in diesem Fall den Kindergartenbeitrag übernehmen kann.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Und wie ist das bei Geringverdienenden?)

Wegen Armut muss in Baden-Württemberg kein Kind den Kindergarten meiden, sondern hier gibt es Systeme, die solche Fälle auffangen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! – Abg. Jörg Döpper CDU: So ist es!)

Viele Kommunen staffeln inzwischen ihre Elternbeiträge für ein Kindergartenkind entweder nach der Anzahl der Geschwister oder nach Einkommensstufen und tun selbst etwas.

Wenn Verarmung kein Grund ist, dann muss man sich die Frage stellen: Könnte es vielleicht einen anderen Grund für die Beitragsfreiheit des Kindergartens geben, vielleicht den Grund, dass man in Baden-Württemberg 100 % der Kinder im Kindergartenalter in den Kindergärten haben will? Wenn das der Grund ist, muss man sich vergegenwärtigen, dass in Baden-Württemberg 95 % aller Kinder zwischen drei und sechs Jahren einen Kindergarten besuchen.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Woher haben Sie denn diesen Anteil?)

Die Eltern zahlen dafür immerhin einen namhaften Beitrag in Höhe von rund 60 Millionen €.

Wenn man diese 60 Millionen € nähme, um den Rest der Kinder – diese 5 % – in den Kindergarten zu bekommen, dann stellten sich folgende Fragen – diese sind ganz direkt an Sie gerichtet, Frau Wonnay –: Ist das sachgerecht, ist das zeitgerecht, und ist der Verhandlungsstand im Rahmen der frühkindlichen Bildung überhaupt schon so weit, eine solche Entscheidung zu treffen?

Wenn wir die Gelder wegnehmen und Dritte zahlen lassen, bedeutet das, dass entweder die Kommunen das zahlen müssen oder das Land das zahlen muss. Wenn es das Land zahlen muss, dann entspräche das 800 Lehrerstellen oder 1 200 Stellen für Erzieherinnen und Erzieher, oder es wären neue Schulen aufzunehmen, die dann genau die Kinder zurückzahlten, die Sie heute im Kindergarten beitragsfrei stellen wollen. Das ist eine Finanzierung, die wir so nicht wollen.

Ich kann den Orientierungsplan ansprechen, über den Sie auch schon gesprochen haben. Wir haben ein rechtliches Problem,

wenn wir wollen, dass das letzte Kindergartenjahr verpflichtend wird, liebe Frau Wonnay, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann müssten wir dies gut begründen. Wir müssten eine Rechtsnorm schaffen, die im Grunde eine Art Schule schafft. Wir müssten im Schulgesetz sagen, dass jedes Kind im letzten Jahr vor der Schule eine Art Vorschule besuchen muss. Sie wissen ganz genau, dass unser Orientierungsplan, der sehr gut ist,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

im Moment nicht die Voraussetzungen dafür erfüllt, dass der Kindergarten eine Vorschule sein kann. Wir wollen auch keine Vorschule.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir wollen eine Vorbereitung der Kinder, aber wir wollen keine Vorschule einführen, bei der es einen militärisch geführten Unterrichtsplan gibt – wir waren ja zusammen in Frankreich und haben uns das angeschaut; Herr Bayer war mit mir in einer solchen Klasse –, bei dem vierjährige Kinder vor einer Tafel sitzen und einen Bildungsplan abarbeiten, bei dem höchstens die Hälfte der Kinder mitkommt.

Wir haben einen besseren Plan, nämlich den Orientierungsplan. Er wird auch allgemein gelobt. Sie selbst haben das angesprochen. Die Bertelsmann-Stiftung hat uns vor wenigen Tagen für unser Konzept „Frühkindliche Bildung“ und ausdrücklich auch für unseren Orientierungsplan in Baden-Württemberg gelobt. Ich bin sicher, dass das Thema „Frühkindliche Bildung“ bei unserem Staatssekretär Georg Wacker, der diesen Bereich übernommen hat, in sehr guten Händen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Klaus Schüle CDU)

Ich möchte Sie bitten: Fordern Sie nicht publizistisch und populistisch eine Beitragsfreiheit im Kindergarten, sondern schauen Sie sich an, was im Moment passiert. Wir werden für unsere frühkindliche Bildung im Land gelobt, und wir sind bereit zu Gesprächen über diesen Punkt. Aber wir sind nicht bereit, mit Ihnen populistische Schnellschüsse zu machen, ohne dass die Ziele ganz genau geklärt sind, ohne dass die Rechtsfragen geklärt sind und ohne dass die Finanzierung geklärt ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Lösch das Wort.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen in der Tat viel über die Weichen gesprochen, die man stellen muss, damit Kinder und junge Menschen eine Zukunft in Baden-Württemberg haben. Wir sprechen darüber, was Baden-Württemberg tatsächlich tun muss, um ein „Kinderland“ zu sein. Ich glaube, wir sind uns darüber einig, dass noch große finanzielle Anstrengungen notwendig sind, um Baden-Württemberg tatsächlich zum „Kinderland Nummer 1“ zu machen. Das beinhaltet eine ordentliche Infrastruktur für eine fachlich gute, flächendeckende Kinderbetreuung.

(Brigitte Lösch)

Im Bereich der Kinderbetreuung haben wir zwei große Baustellen zu beackern. Zum einen ist das die Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Kindergartenbereich. Zum anderen ist es der Ausbau der Angebote für die Kinder unter drei Jahren. Solange wir diese Baustellen haben, können wir uns die Kostenfreiheit nicht leisten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

In Anbetracht der hohen finanziellen Belastungen für das Land und vor allem für die Kommunen können wir nicht alles auf einmal machen. Da setzen wir als Grüne ganz klar Prioritäten.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Erst sind die Pflichtaufgaben zu erfüllen. Pflichtaufgaben sind für mich die Verbesserungen der Rahmenbedingungen, das heißt Qualitätsverbesserungen, damit die Kindertageseinrichtungen ihren Auftrag, Einrichtungen für die frühkindliche Bildung zu sein, überhaupt erfüllen können. Dazu zählt auch der Ausbau der Kleinkindbetreuung mit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr. Perspektivisch – Frau Wonnay, da haben Sie unseren Beschluss richtig zitiert – kommt dann auch eine Beitragsfreiheit dazu. Aber alles auf einmal ist nicht zu machen. Deshalb haben wir als Grüne schon immer gesagt und sagen auch heute: Qualität geht vor Kostenfreiheit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Werden wir jetzt einmal konkret, und schauen wir uns die erforderlichen Verbesserungen in den Kindertageseinrichtungen an.

Die Umsetzung des Orientierungsplans mit der erforderlichen Sprachförderung kostet das Land mindestens 80 Millionen €, wenn man nicht will, dass die Kommunen das selbst bezahlen sollen.

Wir brauchen auch einen verbesserten Personalschlüssel. Wir haben im Augenblick einen Personalschlüssel von 1,5 Erzieherinnen pro Gruppe. Dieser Schlüssel ist nicht mehr zu halten, wenn man den Bildungsauftrag umsetzen will. Das Betreuungsnetz der EU empfiehlt einen Kind-Fachkraft-Schlüssel von 8 : 1. Wir sagen: Wenn wir jetzt auf zwei Erzieherinnen pro Gruppe kommen, dann ist das schon ein guter Schritt voran. Das heißt aber: Wir brauchen 10 000 Erzieherinnenstellen zusätzlich.

Dazu kommen noch die Kosten für eine verbesserte Ausbildung. Im Gespräch ist die Akademisierung der Erzieherinnen-ausbildung. Diese haben wir jetzt auch in Baden-Württemberg begonnen. Das kostet richtig Geld.

Die zweite große Herausforderung ist der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren. Bis zum Stichtag, ab dem der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gilt, haben die Kommunen noch mindestens 350 Millionen € zu investieren, damit der Ausbau so, wie ihn das Land vorgesehen hat, erfolgen kann.

Ohne die Kommunen ist der Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren gar nicht möglich. Deshalb ha-

ben wir gefordert, dass die Beteiligung des Landes am Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren in Höhe von 30 % nicht erst ab 2013, sondern schon ab dem nächsten Jahr, ab 2009, gelten soll. Denn es gibt überhaupt keinen Grund, dass sich das Land an den Betriebskosten in Einrichtungen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren nur mit 10 % beteiligt, während seine Beteiligung im Kindergartenbereich 30 % beträgt. Wir meinen, dass das Geld besser investiert ist, wenn es für die Verbesserung der Qualität der Betreuung von Kindern unter drei Jahren eingesetzt wird. Das heißt: Wir fordern eine Beteiligung in Höhe von 30 % am Ausbau der Angebote für Kinder unter drei Jahren ab 2009 und nicht erst ab 2013.

(Beifall bei den Grünen)

Die Experten sind sich ganz schnell einig, dass ein schneller Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren erheblich mehr zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und übrigens auch zur Vermeidung von Kinderarmut beiträgt.

Wenn man auf die Kommunen schaut, die gegenwärtig schon mit Kostenfreiheit werben, kann man zwar feststellen, dass dort Kostenfreiheit besteht, aber dass beim Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren ein immenser Nachholbedarf vorhanden ist. Deshalb halten wir den Einstieg in den beitragsfreien Kindergarten für ein mittelfristiges Ziel, das erst dann umzusetzen ist, wenn das Land seine Hausaufgaben erfüllt hat und in Qualität und Ausbau investiert hat.

Die Kolleginnen und Kollegen von der SPD fordern ein verpflichtendes Kindergartenjahr, das natürlich auch beitragsfrei sein muss. Das ist die gleiche Forderung – Sie haben es gesagt –, die Ministerpräsident Oettinger 2006 erhoben hat. Im letzten Jahr hat man von dieser Forderung ja nichts mehr gehört.

Wir lehnen zum einen ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr und zum anderen auch dessen Beitragsfreiheit ab. Wir lehnen dies ab, weil eine Verpflichtung letztlich die falsche Antwort auf das Problem ist, dass viele Kinder, die in den Kindergarten kommen, beispielsweise Sprachprobleme haben. Fast 97 % aller Kinder besuchen das letzte Kindergartenjahr – das sind Zahlen von den kommunalen Landesverbänden – und haben zum Teil dennoch Sprachprobleme. Das heißt, wir lösen das Problem doch nicht durch eine Verpflichtung oder eine Beitragsfreiheit,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

sondern nur durch eine Verbesserung der Qualität in den Einrichtungen. Dafür muss das Geld investiert werden.

Es gibt übrigens – damit komme ich auch zum Schluss – auch von den kommunalen Landesverbänden keine Forderungen nach Beitragsfreiheit. Sie fordern vielmehr, dem quantitativen und qualitativen Ausbau Vorrang vor der Beitragsfreiheit einzuräumen.

Abschließend: Wenn man die Eltern befragen würde, würden fast alle eine gute Qualität in der Kindertageseinrichtung der Kostenfreiheit vorziehen. Denn für sie ist entscheidend, dass ihre Kinder pädagogisch gut betreut und nicht nur aufbewahrt werden.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ich erteile Herrn Abg. Kleinmann für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Grunde ist das Ganze eine Frage der Prioritätensetzung. Eine Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr gibt es in mehreren Bundesländern, etwa in Rheinland-Pfalz, im Saarland

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das Saarland kriegt das Geld von uns!)

und in Niedersachsen. Andere Bundesländer haben keine Beitragsfreiheit. Das Land Niedersachsen z. B. hat im Herbst 2007 die Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahrs verfügt. Es erstattet dem jeweiligen Träger der Einrichtung einen Betrag von 120 € pro Kind und Monat, bei einer Betreuungszeit von 40 Stunden und mehr pro Woche sogar einen Satz von 160 € je Kind und Monat.

Legt man für Baden-Württemberg ähnliche Zahlen zugrunde, was die Beitragshöhe betrifft, ergibt sich bei Jahrgangsstärken von ca. 95 000 Kindern ein Betrag von 120 bis 125 Millionen €, der aus dem Landeshaushalt zusätzlich aufzubringen wäre. Wir haben uns mit den kommunalen Landesverbänden, meine Damen und Herren, darauf verständigt, aus originären Landesmitteln einen bis 2014 Jahr für Jahr steigenden Betrag zur Förderung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung zur Verfügung zu stellen, der ab dem Jahr 2014 eine Höhe von 165 Millionen € pro Jahr ausmachen wird. Zusammen mit dem über eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens dem Land zur Verfügung stehenden Beitrag des Bundes in Höhe von 99 Millionen € ergibt sich dann ab 2014 eine Förderung im Umfang von 264 Millionen € pro Jahr.

Das Land wird die Kommunen auch bei der flächendeckenden Einführung von Sprachförderkursen, die einer flächendeckenden Einführung von Sprachstandsuntersuchungen zwingend folgt, nicht alleinlassen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Was heißt das?)

Auch hierfür wird pro Jahr ein zweistelliger Millionenbetrag benötigt.

Wir fördern Bildungshäuser und nehmen dabei bundesweit eine absolute Vorreiterstellung ein.

Das Projekt „Schulreifes Kind“ läuft unter Einbeziehung von 592 Kindergärten und 265 Grundschulen an 245 Standorten im Land.

Wir fördern den Ausbau von Ganztagschulen intensiv durch das Jugendbegleiterprogramm und durch die Bereitstellung zusätzlicher Lehrerwochenstunden.

Angesichts der Tatsache, dass die Bildungsbeteiligungsquote von Kindern im Alter von drei bis unter sechs Jahren – das ist vorhin schon bei Frau Lösch angeklungen – in Baden-Württemberg mit 95,8 % die bundesweit höchste ist – so der kürzlich erschienene Nationale Bildungsbericht; das sind also keine Zahlen, die unser Statistisches Landesamt nennt –, stellt sich dann schon die Frage, ob eine verordnete Beitragsfreiheit richtig, notwendig und tatsächlich prioritär ist – prioritär gegenüber anderen Zielen und Maßnahmen im Bereich von Bildung und Betreuung; Frau Lösch hat darauf hingewiesen.

In qualitativer Hinsicht sind der Ausbau der Kleinkindbetreuung – Herr Fraktionsvorsitzender Noll hat immer wieder darauf hingewiesen –, eine flächendeckende Sprachstandserhebung und Sprachförderung, die bessere Verzahnung beim Übergang vom Kindergarten in die Schule und der Ausbau von Ganztagschulen auch und gerade im Grundschulbereich aus unserer Sicht als Liberale bei Weitem wichtiger, als es eine vom Land verordnete Beitragsfreiheit wäre.

In Bezug auf die soziale Ausgewogenheit der Kinderbetreuungsgebühren liegt es an den Kommunen selbst, inwieweit sie Gebühren nach Einkommen und Kinderzahl staffeln, also kinderreiche und einkommensschwache Familien deutlich entlasten oder sogar vollständig von Gebühren freistellen. Wir wollen das, wir unterstützen das, aber wir wollen den Kommunen auch hier keine Vorschriften machen. Sie können das selbst bestimmen. Die Beitragsfreiheit im letzten Kindergartenjahr ist also eine Frage der Priorität.

Ich komme abschließend noch zu zwei weiteren Punkten.

Wenn man den neuen Orientierungsplan und das Projekt „Schulreifes Kind“ berücksichtigt, ist es in der Tat schwierig, ein „letztes“ Kindergartenjahr festzulegen. Wie soll das gehen, wenn die Kinder zum Teil schon mit fünf Jahren in die Schule kommen können, andere erst mit sechs oder sechseinhalb? Für welches Alter lege ich das letzte Kindergartenjahr fest?

(Abg. Katrin Altpeter SPD: Ganz einfach: Immer das letzte Jahr!)

Schon das ist schwierig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Dass Sie das nicht hinbringen, ist klar!)

Bei dem Empfang der Diakonischen Werke Baden und Württemberg wurde in der letzten Woche in Karlsruhe von einem Redner ausdrücklich gefordert: Wenn, dann sollte man ein erstes Kindergartenjahr beitragsfrei stellen, weil dort die entscheidenden Maßnahmen ablaufen: Sprachstand, soziale Kompetenz und Schlüsselqualifikationen müssen bereits dann abgefragt und beobachtet werden – mit einer entsprechenden Förderung. Wenn überhaupt, dann müssen wir uns bei der Kindergartenzeit nach vorne und nicht nach hinten orientieren.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Wacker das Wort.

Staatssekretär Georg Wacker: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Debatte ist deutlich geworden, dass im Grundsatz eine große Einigkeit über den hohen Stellenwert der frühkindlichen Bildung herrscht.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ich darf sagen, dass man sich in den Debatten gerade in dieser Frage dennoch erfreulicherweise sehr einig war, liebe Kollegin Rudolf. Denn spätestens seit der ersten PISA-Studie An-

(Staatssekretär Georg Wacker)

fang dieses Jahrtausends wissen wir, dass in der frühen Kindheit die Bildungsgrundlagen gelegt werden. Insofern diskutieren wir bei den Themen „Förderung im Kindergarten“, „Beitragsfreiheit“, „Verpflichtendes Kindergartenjahr – ja oder nein?“ auf dem Fundament eines Grundkonsenses, was die Wichtigkeit betrifft. Das muss man zu Anfang einfach einmal klarstellen dürfen.

Zweite Bemerkung: Wenn ein beitragsfreies bzw. ein verpflichtendes Kindergartenjahr gefordert wird, dann ist damit noch lange nichts über die Qualität der jeweiligen Bildungseinrichtung ausgesagt worden.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Deswegen ist es für mich unzureichend, eine Weiterentwicklung des Kindergartens vor dem Hintergrund der Finanzierung eines beitragsfreien Kindergartenjahres zu diskutieren.

(Beifall des Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut! Sehr richtig!)

Vielmehr wird die entscheidende Frage für uns sein: Wie schaffen wir es, jedes Kind auch im Kindergarten bestmöglich zu fördern und auf den Schulanfang vorzubereiten?

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, wir haben eine Vereinbarung zwischen den kommunalen Landesverbänden und der Landesregierung aus dem Jahr 2002, die nach wie vor Gültigkeit hat. Diese Vereinbarung beinhaltet, dass wir seitens des Landes die Zuschüsse für die Kindergärten pauschaliert haben. Wir haben sie auf dem Höchstbetrag im Jahr 2004 in Höhe von 394 Millionen € jährlich festgeschrieben.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

Das ist die Grundlage für weitere Gespräche über die Weiterentwicklung des Kindergartens.

Es ist keine Frage, dass die kommunalen Landesverbände – und sie haben das ja bisher auch über die Presse kommuniziert – natürlich höhere Forderungen an das Land stellen. Wir können davon ausgehen, dass einmal in der Legislaturperiode sozusagen ein Verhandlungspoker beginnt, an dessen Ende dann auch ein vernünftiges Ergebnis steht. Aber im Moment, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben, macht es wenig Sinn, konkret über finanzielle Auswirkungen eines beitragsfreien Kindergartenjahrs und erst recht eines verpflichtenden Kindergartenjahrs für das Land zu diskutieren. Denn wir sind an das Konnexitätsprinzip gebunden, und das bedeutet: Wenn wir ein verpflichtendes Kindergartenjahr einführen würden, müssten wir dieses Kindergartenjahr gleichzeitig auch beitragsfrei stellen und seitens des Landes uneingeschränkt für die Kosten hierfür aufkommen.

Das würde bedeuten – es sind verschiedene Summen genannt worden, aber ich zitiere jetzt die Zahl des Städtetags Baden-Württemberg –, dass das Land jährlich 90 bis 100 Millionen € für dieses Projekt investieren müsste. Insofern sprechen wir – Kollege Hoffmann hat es zu Recht gesagt – auch entlang der Beschlüsse innerhalb der CDU Baden-Württemberg von einem mittelfristigen Ziel, das man aber im Zusammenhang mit

den Gesprächen und Verhandlungen mit den kommunalen Landesverbänden sehen muss.

Ein Weiteres, meine Damen und Herren: Wenn wir uns die Betreuungsquote der Kinder, über die wir hier diskutieren, anschauen, fällt auf: 97,4 % besuchen bereits regelmäßig einen Kindergarten. Wir haben nicht nur, was die Angebotsstruktur betrifft, eine Vollversorgung, sondern es ist so, dass fast alle Kinder bereits einen Kindergarten besuchen. Deswegen stellt sich die Frage, wie wir es schaffen, dass möglichst viele Kinder während des dritten Kindergartenjahrs den Kindergarten besuchen, überhaupt nicht. Entscheidend ist vielmehr, wie wir sie fördern. Ich komme gleich noch einmal konkret darauf zu sprechen.

Nun zur Frage eines verpflichtenden Kindergartenjahrs: Meine Damen und Herren, ich sage pauschal und sehr vorsichtig: Wenn wir ein verpflichtendes Kindergartenjahr einführen würden, würden wir ein hohes verfassungsrechtliches Risiko eingehen. Auch darüber muss man sich im Klaren sein. Denn die Erziehungsrechte der Eltern haben den höchsten Stellenwert im Grundgesetz, und wir haben nicht – ich füge in Klammern hinzu: noch nicht – die Kinderrechte als gleichwertige Rechte in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland verankert. Wenn wir die Beschlüsse der Bundesländer Berlin und Hamburg anschauen, stellen wir sehr rasch fest, dass sich auch andere Bundesländer längst von diesem Vorhaben verabschiedet haben. Hat der Staat das Recht, in die Erziehungsrechte der Eltern einzugreifen? Hat der Staat das Recht, sich in diesem Fall das Wächteramt zu eigen zu machen und damit auf jedes Kind unmittelbaren Zugriff auszuüben?

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So viel zum Thema „Kinderland Baden-Württemberg“!)

Darüber hinaus stellt sich auch die Frage, wie eine solche Kindergartenpflicht, Frau Haußmann, umsetzbar wäre. Sie wissen ganz genau, dass wir hohe und komplizierte Hürden in unserem Grundgesetz haben. Ich darf Ihnen eine Hürde auch in unserer Landesverfassung nennen: Wir müssen wissen, dass fast jeder zweite Kindergarten in Baden-Württemberg ein kirchlicher Kindergarten ist und 60 % unserer Kindergarten-träger private Träger sind.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

Wer kann denn dem Staat zumuten, die Kinder zu verpflichten, in einen ortsnahen kirchlichen Kindergarten zu gehen? Wenn die Eltern sich weigern, sich einer kirchlichen „Bevormundung“ zu unterziehen, würde sich, muss ich sagen, eine riskante grundgesetzliche Fragestellung ergeben.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich sage nur: Eine umfassende verfassungsrechtliche Prüfung steht aus. Solange auch die anderen Bundesländer nicht diesen riskanten Weg gehen, sind wir in Baden-Württemberg gut beraten, bezüglich dieser Vorgehensweise ebenfalls äußerste Vorsicht walten zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich sprach anfangs von einer bestmöglichen individuellen Förderung der Kinder, gerade im vor-schulischen Bereich. Es sind seit einigen Jahren verschiedene Maßnahmen konsequent auf den Weg gebracht worden. Ich nenne den Orientierungsplan für Kindergärten,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Ja! So ist es!)

(Staatssekretär Georg Wacker)

den wir ab dem Kindergartenjahr 2009/2010 gänzlich in die Fläche bringen wollen. Er wird dann verpflichtend für alle Kindergärten vor Ort.

Ich nenne das Projekt „Schulreifes Kind“. Wir müssen wissen, dass wir gerade mit diesem Konzept

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Probleme lösen!)

eine bestmögliche individuelle Förderung betreiben,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: So ist es!)

die Kinder in ihrer Motorik, in ihrer Sprachentwicklung, in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und in ihrer Wahrnehmungsschulung fördern.

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Alles Schlüsselqualifikationen!)

Das heißt, es ist die bestmögliche Förderung für einen gelingenden Einstieg in den Schulalltag mit dem Ziel, im Jahr 2013 in die Fläche zu gehen, sodass jedes Kind in Baden-Württemberg die Möglichkeit hat, an unseren Kindergärten und Grundschulen eine solche Förderung in Anspruch zu nehmen. Das sind doch wirksame Instrumente, meine Damen und Herren, die am Ende zählen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut! Guter Mann!)

im Gegensatz zum Gießkannenprinzip, nach dem man sagt: Wir stellen ein Kindergartenjahr beitragsfrei, oder wir führen ein verpflichtendes Kindergartenjahr ein. Man hat dann zwar eine große Hülle, aber ohne konkrete Auswirkungen. Wir müssen Konzepte umsetzen – wir haben sie bereits entwickelt –, mit denen wir jedes einzelne Kind erreichen.

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ich nenne in diesem Zusammenhang das von unserem Minister Helmut Rau sehr stark vorangetriebene Konzept des Bildungshauses für Drei- bis Zehnjährige,

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Richtig!)

ein vorbildliches Verzahnungsmodell zwischen Kindergarten und Grundschule,

(Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

und nicht zuletzt die flächendeckende Sprachförderung. Wir wollen allen Kindern, bei denen durch die verpflichtende Schuleingangsuntersuchung ein Sprachförderbedarf festgestellt wurde, eine Sprachförderung anbieten. Experten raten uns, dass wir bis zu 30 % der Kinder eines Jahrgangs vor der Einschulung erreichen sollten, damit sie diese Sprachförderung in Anspruch nehmen können. Das ist ein weiteres Modul ergänzend zu den anderen Konzepten, die ich eben genannt habe, das natürlich nicht zum Nulltarif zu haben ist. Vielmehr stecken gewaltige Summen dahinter, die wir seitens des Landes hierfür zur Verfügung stellen, wie wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben und wobei wir uns mittlerweile in der Umsetzungsphase befinden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Ich würde mich freuen, meine Damen und Herren, wenn wir angesichts des Grundkonsenses über den hohen Stellenwert der frühkindlichen Bildung hier im Haus auch diese Sachfragen weiterhin erörtern könnten. Dann, glaube ich, hätten wir ein bildungspolitisches Feld, auf dem wir weniger streiten würden, sondern uns gemeinsam in die richtige Richtung bewegen würden. Das wäre mein Wunsch.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abg. Wonnay das Wort.

Abg. Marianne Wonnay SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Staatssekretär, auf Ihren Appell, den Sie an das Haus gerichtet haben, kann ich nur erwidern: Sie hätten das, was Sie zum Pflichtjahr gesagt haben, Ihrem Ministerpräsidenten sagen müssen. Denn er ist es, der sich seit vielen Jahren im Land – meistens in der parlamentarischen Sommerpause – vehement für dieses Thema einsetzt. In unserem Antrag geht es um das beitragsfreie Jahr. Ich kenne die verfassungsrechtlichen Hürden sehr gut. Aber Sie sollten das vielleicht Günther Oettinger noch einmal erklären.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt möchte ich doch noch etwas zu dem sagen, was der Herr Staatssekretär über die notwendigen Anstrengungen ausgeführt hat, die im Land in Angriff zu nehmen sind. Ich stimme Ihnen ja ausdrücklich zu, dass wir eine ganz große Qualitätsoffensive brauchen. Es war das ganz große Manko, Herr Staatssekretär – das erspare ich Ihnen nicht –, dass Sie sich bei der Erstellung des Orientierungsplans – wir in Baden-Württemberg waren die Letzten, wir haben als Allerletzte einen frühkindlichen Bildungsplan auf den Weg gebracht –

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Aber die Bes-
ten!)

keinerlei Gedanken über die Rahmenbedingungen gemacht haben, die notwendig sind, damit die Einführung des Orientierungsplans ein gelingender Prozess wird. Das war Ihr großes Versäumnis.

(Beifall bei der SPD)

Das ist das, was die Kommunen in einem ganz mühsamen Prozess jetzt nachfordern. Wenn es Ihnen wirklich ernst wäre, Herr Staatssekretär, dann hätte man von einer Landesregierung, die sich der Gestaltung dieser Zukunftsaufgabe als einer Herzensangelegenheit annimmt, erwartet, dass sie nicht immer darauf wartet, dass ihr irgendjemand kräftig auf die Zehen tritt, sondern von sich aus sagt: Für die wichtigste Bildungseinrichtung tragen auch wir Verantwortung, da müssen auch wir für die richtigen Rahmenbedingungen sorgen. Das haben Sie bisher nicht getan.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ursula Haußmann SPD:
So ist es!)

(Marianne Wonnay)

Ich habe das Ziel der Beitragsfreiheit ausdrücklich eingeordnet in den Dreiklang, der auch beinhaltet, mehr Qualität zu erreichen und mehr Plätze zu schaffen. Dazu hat die Kollegin Lösch schon zu Recht gesagt, dass Sie auch in diesem Bereich eigentlich nur das Minimum dessen getan haben, was notwendig ist, aber keinerlei Ehrgeiz an den Tag gelegt haben, Ihrem selbst gesetzten Ziel eines „Kinderlandes“ dadurch gerecht zu werden, dass Sie wirklich einmal an der Spitze sind, was die Umsetzung dieser Maßnahmen betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Ich erspare Ihnen auch an dieser Stelle nicht: Es gibt ein Bundesland, in dem dieser Dreiklang umgesetzt ist. Auch dieses Mal ist es das Land Rheinland-Pfalz. Das Land Rheinland-Pfalz mit seiner Kultusministerin Doris Ahnen, die sich in diesem wichtigen Zukunftsbereich wirklich als eine politische Gestalterin erweist,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

hat nicht nur das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ auf den Weg gebracht, mit dem es genau diese Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen frühkindlichen Bildungsprozess geschaffen hat, es hat nicht nur für einen rasanten Ausbau der Kleinkindbetreuung und der Ganztagsbetreuung gesorgt, das Land Rheinland-Pfalz hat nicht nur die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr eingeführt,

(Abg. Elke Brunnemer CDU: Mit unserem Geld!)

sondern in der Zwischenzeit auch einen Beschluss gefasst, wonach die gesamte Kindergartenzeit, und zwar ab zwei Jahren, beitragsfrei gestellt ist.

(Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU: Und wir zahlen es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist „Kinderland“, aber leider nur in Rheinland-Pfalz und nicht in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Länderfinanzausgleich! Mit unserem Geld!)

Deshalb sage ich Ihnen noch einmal: Mit diesem Dreiklang „mehr Qualität“, „mehr Angebotsvielfalt“ und „Beitragsfreiheit“ wollen wir erreichen, dass wirklich alle Kinder und alle Eltern von diesem Bildungsangebot im Kindergarten profitieren können. Wir wollen damit aber auch die erste und wichtigste Bildungseinrichtung Kindergarten anerkennen

(Zuruf des Abg. Andreas Hoffmann CDU)

und gleichstellen, weil uns das wichtig ist, was Johannes Rau einmal gesagt hat: Der Kindergarten ist das Tor zur Bildung, zur gesellschaftlichen Teilhabe. Alle Kinder sollten die Chance haben, davon zu profitieren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dieter Kleinmann FDP/DVP: Da hat er recht gehabt!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich stelle den Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 14/2891, zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer ent hält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 14/2024 ist durch die Abstimmung über den Änderungsantrag erledigt.

Punkt 8 der Tagesordnung ist abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Justizministeriums – Finanzierung der privatisierten Bewährungshilfe – Drucksache 14/2070

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung des Antrags fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Für die Fraktion GRÜNE darf ich Herrn Abg. Oelmayer das Wort erteilen.

Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema heißt: „Finanzierung der privatisierten Bewährungshilfe“. Das Thema „Übertragung der Bewährungshilfe auf einen freien Träger“ beschäftigt den Landtag seit gut zweieinhalb Jahren in aller Intensität,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

insbesondere auch, was die Frage der Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme anbelangt.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ja! Sinnhaftigkeit!)

Wir als Fraktion GRÜNE stellen uns nicht gegen jede Übertragung von Aufgaben auf private Rechtsträger,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Doch, so sieht es aus!)

und zwar schon deshalb nicht, weil wir eine verschlankte Verwaltung nur dann realisieren können, wenn wir auch Aufgaben reduzieren.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig!)

Wir sind sehr wohl dafür, Aufgaben dort zu reduzieren, wo es Sinn macht. Es macht aber keinen Sinn, Aufgaben zu reduzieren und auf private Träger zu übertragen, bei denen wir der Auffassung sind, dass es hoheitliche Aufgaben sind, die Grundrechtseingriffe mit sich bringen. Deswegen – das habe ich für unsere Fraktion immer vorgetragen – lehnen wir eine solche Übertragung nach wie vor grundsätzlich ab.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber heute geht es nicht mehr um den Grundsatz – die Übertragung hat stattgefunden –, sondern es geht jetzt um die Frage der Umsetzung dieser Übertragung. Wir als Fraktion sind angesichts dessen, dass die Landesregierung und auch insbesondere Sie, Herr Justizminister, diese Übertragung u. a. damit begründet haben, dass das zu mehr Effizienz führt – mehr

(Thomas Oelmayer)

Effizienz führt bekanntermaßen dann auch zu Einsparpotenzialen für den Staatshaushaltsplan –, mit diesem Antrag der Frage nachgegangen, ob die Begründung, die Sie geliefert haben, stichhaltig ist. Ich darf kurz zusammenfassen. Aus meiner Sicht ist die Begründung, die Sie geliefert haben, nicht stichhaltig.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Das ist jetzt ganz überraschend!)

Es entstehen keine nennenswerten Einsparungen – im Moment überhaupt keine –, es gibt sogar Mehrausgaben im Staatshaushaltsplan. Auch die Frage der Effizienz steht noch in den Sternen, weil wir bis dato gar nicht wissen, ob dieser private Rechtsträger die Bewährungshilfe sinnhafter, effizienter und vor allem auch wirkungsvoller organisiert, als sie bisher unter staatlicher Aufsicht und in staatlicher Regie war.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gut so!)

Ich darf ein paar Beispiele nennen, bei denen wir der Auffassung sind, Herr Minister, dass sie interessant und spannend sind. Die Stellungnahme zum Antrag wurde von Ihrem Ministerium im Dezember des vergangenen Jahres verfasst, also zu einem Zeitpunkt, zu dem bestimmte Fragen natürlich noch nicht beantwortet werden konnten. Zum damaligen Zeitpunkt war es so, dass es zwei Einsparbereiche gab: den Personalbereich und den Sachkostenbereich.

Der Personalbereich gestaltet sich so, dass wir im Staatshaushaltsplan 275 Planstellen ausgewiesen haben. Davon sind die ganz große Mehrzahl, nämlich 266 Stellen, verbeamtete Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer. Allein aus der Verbeamtung dieser Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer wird schon deutlich – das betrifft natürlich auch die Gerichtshelfer, die man hier einschließen muss –, dass es sich um eine hoheitliche Aufgabe handelt.

Aber unabhängig davon ist es so, dass man diese Beschäftigten, weil sie verbeamtet sind, weder einfach auf die Straße setzen noch einfach auf einen privaten Rechtsträger übertragen kann. Denn es besteht natürlich ein Beamtenverhältnis zum Land.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Von diesen Beamten sind – wenn ich jetzt die Stellungnahme vom Dezember nehme – zehn durch Ruhestand zwischenzeitlich ausgeschieden – so war es im Dezember, also ein knappes Jahr nach Übertragung auf den privaten Rechtsträger. Ferner sind befristete Beschäftigungsverhältnisse im Umfang von 7,7 Arbeitskraftanteilen ausgelaufen, wovon 4,25 Arbeitskraftanteile zur NEUSTART gGmbH gewechselt sind.

Was will ich damit sagen? Daraus wird deutlich, dass man natürlich viele Jahre braucht, bis dieser Personalwechsel überhaupt hat stattfinden können, dass man natürlich viele Jahre braucht, in denen das Land – Kollege Zimmermann, da werden Sie mir zustimmen müssen – Mehrkosten und nicht weniger Kosten für die Bewährungshilfe hat, von der Frage der Effizienz, nämlich der Wirkung der Bewährungshilfe einmal ganz abgesehen, weil wir bis dato nicht wissen, ob die NEUSTART gGmbH – so nennt sich der private Rechtsträger – tatsächlich diese Effizienz bringt und die Menschen beim Weg der Reintegration in die Gesellschaft begleitet.

Hieran wird schon deutlich, dass aufgrund dieser zeitlichen Dauer – die Vertragslaufzeit beträgt zehn Jahre – aus unserer Sicht eine Effizienzrendite, wenn sie denn erbracht werden kann, notwendigerweise zu einem Qualitätsverlust führen muss. Denn das bedeutet, dass Personal abgebaut werden muss und dass in der Folge immer mehr Probanden auf eine Bewährungshelferin bzw. einen Bewährungshelfer kommen. Es kommt de facto also nicht nur zu einem Effizienzverlust, sondern zu einem Verlust an Qualität der Bewährungshilfe im Land. Genau das wäre die Konsequenz der von Ihnen gewünschten Übertragung auf einen privaten Rechtsträger.

(Beifall bei den Grünen)

Ein weiterer Punkt, zu dem ich noch Nachfragen habe, sind die Unterbringungs- und Sachkosten – einmal abgesehen davon, dass es Probleme bei der Anmietung, bei den Standorten usw. gibt; auf diese Probleme will ich jetzt aber gar nicht weiter eingehen.

(Zuruf des Ministers Dr. Ulrich Goll)

– So kommt es bei mir eben an. Wenn es bei Ihnen so nicht ankommt, Herr Minister, dann weiß ich nicht, wohin die Menschen sich wenden, wenn sie ein Problem damit haben. Aber darauf will ich gar nicht näher eingehen.

Mir geht es einfach um Folgendes: Wir haben gefragt, wie hoch die vom Land getragenen Aufwendungen für die Jahre 2007/2008 insbesondere für die Unterbringung sind: Baukosten, Mietkosten, Betriebskosten, Energiekosten, Reinigung etc. Da teilen Sie mit, man könne das für das Jahr 2007 noch nicht sagen. Im Dezember konnten Sie das natürlich so formulieren, weil das Jahr 2007 damals noch nicht vorbei war. Mich und meine Fraktion würde aber jetzt – Ende Juni 2008 – interessieren, wie es nun aussieht.

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Gut!)

Welche Kosten sind da entstanden? Ist von einer Effizienzrendite auszugehen, ja oder nein? Ich meine, nein. Wenn nein, warum nicht? Das ist deshalb interessant, weil diese Kosten vom Land zu tragen sind. Da es ja auch bisher schon Dienststellen für die Bewährungshilfe in den Gerichten und an den Gerichtsstandorten gab, sind dies aus meiner Sicht Zusatzkosten, die durch diese Übertragung entstehen. Da würde mich einfach interessieren, wie es sich 2007 darstellt und wie die Prognosen bezüglich dieses Sachkostenblocks für 2008 sind.

Ein letzter Punkt: Es war ja von vornherein so, dass im Staatshaushaltsplan für die Jahre 2007/2008 Zusatzkosten als Einkalkkosten ausgewiesen waren. Sie haben auf unsere Frage hin, was denn 2009 und 2010 bezüglich möglicher Zusatzkosten sein wird, sehr vorsichtig gesagt, dies sei bislang nicht beabsichtigt. Das war im Dezember 2007.

(Zuruf: So ist es!)

Wie sieht es jetzt, im Juni 2008, mit möglichen Zusatzkosten für EDV, für Räume, für Energie und für andere mögliche Sachmittel, die wir im Detail ja abgefragt hatten, aus?

Die 10 bis 15 % Einsparung, die Sie als Effizienzrendite angegeben haben – was ja die eigentliche Begründung für die Übertragung der Bewährungshilfe auf einen privaten Rechts-

(Thomas Oelmayer)

träger war –, können Sie aus meiner Sicht – und das war unsere grundsätzliche Kritik bei der Übertragung – nur dann erbringen, wenn Sie im Personalbereich einsparen. Wenn NEUSTART jedoch im Personalbereich Einsparungen vornimmt, leidet die Qualität der Bewährungshilfe, und wenn die Qualität der Bewährungshilfe leidet, leidet die Qualität der Rechtspflege insgesamt in Baden-Württemberg. Deswegen sind wir dagegen, und wir sehen uns durch die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag, was die Frage der Effizienz und der Kosten angeht, bestätigt.

Vielen Dank, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf von der CDU: Thomas, wir danken dir! – Abg. Franz Untersteller GRÜNE: So gut hast du schon lange nicht mehr geredet!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Zimmermann das Wort.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine Zuschauer mehr auf den Rängen, und die Presse ist auch nicht mehr da.

(Zuruf: Wofür denn?)

Auch das ist ein Zeichen, Herr Kollege Oelmayer, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit absolut auf Desinteresse stößt.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Bei wem?)

Was ich rüge: In der Vorlage ist von Privatisierung die Rede. Es ist aber eine Übertragung auf einen freien Träger, nämlich die NEUSTART gGmbH. Sie haben es richtig gesagt, es ist keine Privatisierung. Es bleibt wirklich dabei, dass der Staat die hoheitliche Aufgabe weiterhin innehat und das Land für sämtliche rechtlichen Rahmenbedingungen zuständig ist. Ich denke, das sollte endlich einmal festgestellt werden. Ich möchte auch nicht in Anbetracht des heutigen wichtigen Tages – Morgen reden wir über Integration, und ich muss meine Rede auch noch schreiben; aber ich warte den Tagesverlauf noch ab, wie die Integration verläuft.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wie das Spiel ausgeht! – Abg. Reinhold Gall SPD: Das spricht schon wieder Bände!)

Sie haben gesagt: Es sind im Haushaltsplan 2007/2008 7,5 Millionen € eingestellt und noch 1 Million € zusätzlich. Ich möchte das richtigstellen. Ich habe jetzt wirklich ganz neue Zahlen, und zwar habe ich sie mir von der Bewährungshilfe geben lassen. Es sind – richtiggestellt – 6,5 Millionen €. Dann muss man auch noch sagen, dass tatsächlich aufgrund der – Und das ist meines Erachtens auch die Ursache, weshalb Sie ständig munitioniert werden, insbesondere Sie, Herr Oelmayer, aus dem Raum Ulm. Im Raum Ulm ist irgendwie ein Nest der Unzufriedenen.

(Zuruf von der SPD: Das sind Islamisten!)

– Das hat jetzt nichts mit Islamisten zu tun; die hat es dort auch, aber mehr in Neu-Ulm. Aber auch die Bewährungshelfer dort –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da sind sie aber nicht privatisiert!)

– Herr Kollege Oelmayer, ich weiß, von denen werden Sie munitioniert. Die haben sich dort konzentriert.

Ich möchte eines klarstellen, aber auch eine Verbindung herstellen: Ich werde den Verdacht nicht los, dass dort gerade einer sitzt, aber nicht mehr in Ulm, sondern in einer Haftanstalt.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und des Abg. Stefan Mappus CDU)

Der hat dreieinhalb Jahre bekommen. Herr Oelmayer, dieser Bewährungshelfer hat dreieinhalb Jahre ohne Bewährung bekommen, weil er falsch abgerechnet hat. Er hat gemeinnützige Arbeiten seiner Klienten abgerechnet, die nie geleistet wurden. Ich hoffe, von dem wurden Sie nicht munitioniert.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das hat doch damit nichts zu tun! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das ist ungeheuerlich!)

Jetzt kommen wir zu Ihren Zahlen, weil Sie die Effizienzrendite anprangern.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

– Ich habe ja gesagt, ich hoffe, dass Sie nicht von dem munitioniert wurden.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das kann man sich gar nicht vorstellen!)

Im ersten Jahr sind wir von 22 000 auf 20 000 Fälle gekommen. Ich sage Ihnen ernsthaft: Jeder einzelne Bewährungshelfer hat jetzt mehr Zeit, mehr Zeit für seine Klienten.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Meine Informationen sind andere!)

– Was den Unzufriedenen nicht passt, weiß ich auch. Sie kommen immer wieder auf verschiedenen Wegen zum selben Ziel, einfach die Firma NEUSTART gGmbH oder die Übertragung auf einen privaten Träger, auf einen freien Träger, zu kritisieren, jetzt mit Zahlen, sonst mit hoheitlicher Aufgabe, und dann vermischen sie es.

Ich sage Ihnen ernsthaft, die Bewährungshilfe hat sich verbessert, die Effizienzrendite wird reingeholt. Machen wir jetzt wirklich eines: Warten wir bis zum Jahr 2010, dann haben wir genügend Material. Dann wissen wir, wie viele Ehrenamtliche daran arbeiten; derzeit sind es 130, wir haben auch noch 200 in Ausbildung. Dann wird natürlich bei den Stellen für Beamte abgebaut, und ich denke, dass das Jahr 2010 der richtige Zeitpunkt wäre, noch einmal in die Prüfung zu gehen und es hier im Plenum noch einmal zu besprechen.

Ich gebe Ihnen einen Rat: Setzen Sie sich nicht nur mit den Kollegen in Berlin in Verbindung, sondern auch mit Ihren Kollegen in Österreich. In Österreich haben die Grünen dieses Projekt in der Vergangenheit nicht nur begleitet, sondern haben es echt unterstützt. Es läuft, und es läuft fantastisch gut.

(Karl Zimmermann)

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Na, na! Das ist doch nicht vergleichbar!)

Deshalb möchte ich Ihnen ernsthaft raten: Egal, aus welcher Ecke Sie jetzt wieder kommen, um zu versuchen, seitlich einen Pass reinzuspielen, es wird nicht funktionieren. Das Tor schaffen Sie nicht.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Sakellariou das Wort.

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht doch gar nicht darum, Herr Zimmermann – Sie verwechseln das immer absichtlich –, dass die Strukturen der Bewährungshilfe verändert worden sind. Es geht darum, dass man sie nicht im bestehenden staatlichen System gelassen hat, sondern auf einen privaten Träger übertragen hat. Das ist, mit Verlaub, der zentrale Unterschied.

Dieser Fall hat auch noch eine kleine Besonderheit: Privatisierung im strafvollzugsnahen Bereich, zu dem zweifellos die Bewährungshilfe gehört, ist immer ein heikles Thema. Dass es heikel ist, haben Sie selbst erlebt, als Sie versucht haben, die entsprechenden Mittel am Parlament vorbei zur Verfügung stellen zu lassen.

(Zurufe der Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP und Brigitte Lösch GRÜNE)

Die SPD-Fraktion hat ihre Klage vor dem Staatsgerichtshof selbstverständlich gewonnen, weil dieses Vorgehen nämlich fehlerhaft war. Das ist auch ein Zeichen dafür, dass man in diesem Bereich sehr vorsichtig und behutsam agieren muss.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Aber der zweite Punkt, Herr Zimmermann, ist der, dass bei Privatisierungen in diesem Bereich üblicherweise immer die Einsparrendite im Vordergrund steht. Immer!

(Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Ach!)

Es steht zunächst einmal immer die Einsparrendite im Vordergrund. Bei der Bewährungshilfe war es aber von Anfang an so, dass alle Beteiligten wussten: Wenn wir privatisieren, wird es uns mehr kosten. Man hat um des Privatisierens willen, um des Auslagerns willen in Kauf genommen, die öffentlichen Kassen mehr zu belasten.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Insofern können wir den Grünen dankbar sein, dass sie das mit ihrem Antrag letztlich aufgedeckt haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das stimmt doch nicht!)

Herr Minister, die Bedeutung der Bewährungshilfe in bisheriger staatlicher Hand ist klar.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die ist schon in staatlicher Hand! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP)

Wir brauchen eine gute Bewährungshilfe. – Moment einmal: Sie wird von Privaten zu einem Preis ausgeführt, der höher ist als zu der Zeit, als die Bewährungshilfe noch in der öffentlichen Hand war. Das ist auch der Grund, warum die anderen Bundesländer eben genau diesen Weg nicht gegangen sind. Sie werden auch noch sehen, dass sich dieser Weg als falsch herausstellen wird.

Meine Damen und Herren, Sie sagen in der Stellungnahme zu dem Antrag der Fraktion GRÜNE, dass qualitativ hochwertige Sozialarbeit im dringenden öffentlichen Interesse ist. Die Bewährungshilfe ist in einem dringenden öffentlichen Interesse, und zwar in hochwertiger Ausführung.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Im Sozialbereich ist nicht eine Stelle abgebaut worden!)

Jede gute Bewährungshilfe bei dieser Klientel bedeutet immer eine Einsparung von Hafttagen, eine Vermeidung weiterer Opfer von Straftaten. Sie führt zur Verhinderung von Straftaten und zur Eingliederung von Staffälligen. Insofern ist alles richtig, was in der Stellungnahme steht.

Für eine hochwertige Bewährungshilfe müssen zwei Voraussetzungen erfüllt sein. Zum einen braucht man vernünftige Standorte, damit diejenigen, die diese Hilfe brauchen oder die diese Hilfe als Auflage erhalten haben, die Beratung so nah wie möglich und so direkt wie möglich erhalten. Daran hapert es. Sie sagen selbst, dass Sie noch nicht so weit sind. Die Frage der Erreichbarkeit und der Umsetzung dieses Konzepts ist noch völlig offen. Auch die Frage, ob damit Kosten gespart werden, ist noch völlig offen.

Das Zweite, was man für eine hochwertige Bewährungshilfe braucht, ist Personal, und zwar motiviertes Personal. Jetzt kommen wir zum entscheidenden Punkt: Die Menschen haben begriffen, dass diese Verlagerung auf die privaten Träger das einzige Ziel hat, aus Tarifverträgen herauszukommen und niedriger zu bezahlen.

(Abg. Dr. Klaus Schüle CDU: Das ist eine Unterstellung!)

Das ist der Motivationskiller Nummer 1. Meine Damen und Herren, das ist der absolute Motivationskiller. Sie wollen privatisieren um des Privatisierens willen und um die dort Beschäftigten in niedrigeren Lohngruppen wieder einzustellen. Das wird das Ergebnis sein.

Ich habe eine Frage, die sich hier anschließt. Sie haben in der Stellungnahme mitgeteilt, dass inzwischen 23,75 Neueinstellungen von der Firma NEUSTART gGmbH vorgenommen worden sind. Jetzt kommt die interessante Frage: Zu welchem Tarif? Was bekommt ein Neuestellter bei NEUSTART im Vergleich zu jemandem, der vorher als im öffentlichen Dienst befindlicher Bewährungshelfer bislang für die Ausübung seiner Tätigkeit bezahlt wurde?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Was bekommt bei Ihnen ein Anwalt, der neu eingestellt wird?)

(Nikolaos Sakellariou)

Das will ich Ihnen sagen. Da wird der Unterschied liegen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ist es unsere Aufgabe, die Löhne und Gehälter zu erhalten?)

Das heißt, die einzige Quelle für eine Effizienzrendite liegt darin, dass Sie geringere Personalausgaben haben wollen. Dann wundern Sie sich, dass die Leute schlecht motiviert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Im Sozialbereich nicht!)

Dann nehmen Sie sich auch noch die Frechheit heraus, einen Einzelfall dazu heranzuziehen, um eine ganze Berufsgruppe zu diskriminieren.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Nein, nein!)

– Herr Zimmermann, in jeder Berufsgruppe gibt es Straftäter. Es ist eine Unverschämtheit, dass Sie einen nehmen und alle Bewährungshelfer in Baden-Württemberg nach dem Motto in den Verdacht stellen: Wer sich beschwert, ist wahrscheinlich ein Straftäter. Bleiben Sie bei der Sache!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat er gar nicht gesagt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat er nicht gesagt! – Gegenruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das war nicht gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich habe gesagt: Ich hoffe, dass Sie nicht von diesem munitioniert wurden!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Abg. Dr. Wetzel das Wort.

Abg. Dr. Hans-Peter Wetzel FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Alle anderen haben sich verzogen und haben kein Interesse mehr an der Bewährungshilfe.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das liegt am Präsidium, Herr Kollege! Das muss halt Tagesordnungspunkt 1 sein und keine Scheindebatte über Flughäfen, die man gar nicht ausbaut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das kommt von den Anträgen der Grünen!)

Die Opposition versucht seit mehreren Jahren, bei jeder sich bietenden Gelegenheit – ob sie geeignet oder weniger geeignet ist – die Übertragung der Bewährungshilfe auf den privaten Träger NEUSTART gGmbH madig zu machen, an ihr herumzunörgeln und sie schlechtzureden.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

– Das haben Sie heute wieder gemacht, wenn ich richtig gehört habe.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Es ist doch Aufgabe der Opposition, nachzufragen und nachzuboahren!)

Selbst wenn die Opposition sieht, dass es keinen Zweck hat und dass die Übertragung auf den privaten Träger gut und richtig war, will man das natürlich nicht glauben. Man wiederholt sich ständig.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das ist keine Glaubensfrage!)

Die Opposition sollte sich einfach einmal merken, dass die Sache durch ständige Wiederholungen, ohne dass etwas Neues dazukommt, nicht besser wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Bravo! – Zurufe von der SPD)

Aber bei Ihnen, bei der Opposition, stimmt halt auch der Spruch: Manche Gegner glauben, uns zu widerlegen, wenn sie ihre Meinung wiederholen, ohne auf uns zu hören. Mein Ratschlag an die Opposition heißt also: Passen Sie einfach auf, dann können Sie etwas lernen.

(Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig! – Zuruf der Abg. Margot Queitsch SPD)

Noch immer – auch heute noch, auch vom Kollegen Sakellariou – wird behauptet, die Tätigkeit des Bewährungshelfers sei eine Tätigkeit des Strafvollzugs.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: „Strafvollzugsnah“, habe ich gesagt!)

Das ist natürlich überhaupt nicht der Fall. Die Bewährungshilfe ist in allererster Linie Hilfe zur Selbsthilfe und keine Sache des Strafvollzugs. Was macht der Bewährungshelfer?

(Abg. Norbert Zeller SPD: Er bewährt sich!)

Er berät, er unterstützt bei persönlichen Problemen. Er gibt Hilfe bei der Erfüllung gerichtlich festgelegter Auflagen und Weisungen. Er übernimmt Vermittlungen zwischen Verurteilten und dem Gericht, Beratung, Information und praktische Hilfe im Umgang mit Behörden, z. B. mit dem Arbeitsamt, damit die Betroffenen wieder einen Job bekommen. Er übernimmt die Beratung bei der Schuldenregulierung und Schadenswiedergutmachung, Stichwort Täter-Opfer-Ausgleich. Sie sehen also, es handelt sich in allererster Linie um keine Tätigkeit des Strafvollzugs, sondern um eine ganz andere.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das hat er doch nicht gesagt! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Das habe ich gar nicht gesagt!)

– Doch, das hat Herr Kollege Sakellariou das letzte Mal gesagt: eine Sache des Strafvollzugs.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Nein!)

– Lesen Sie es im Protokoll nach. Ich kann es Ihnen sagen.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Dann habe ich vielleicht vergessen, den Fehler zu berichtigen!)

Durch die Übertragung an NEUSTART können folgende wichtige Ziele erreicht werden: Strukturreformen können umge-

(Dr. Hans-Peter Wetzel)

setzt werden. Qualitätsstandards können eingeführt werden. Qualitätssicherungssysteme können eingeführt werden.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Alles gut! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Wieso erst jetzt? Wieso haben Sie das nicht vorher gemacht?)

Fachaufsicht kann durch Führungskräfte aus der Sozialarbeit geleistet werden. Der Einsatz moderner EDV-Systeme ist möglich.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Alles vernünftig! – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das kann man doch alles machen! Dazu brauche ich doch keine Privatisierung! – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU – Unruhe)

– Nein, nein. Herr Kollege Oelmayer, hören Sie zu! – Sehr wichtig ist aber: Durch die Übertragung an den privaten Träger ist es insbesondere besser möglich, ehrenamtlich tätige Bewährungshelfer zu engagieren und tätig werden zu lassen. Das wollen Sie einfach nicht hören.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Gerade dieses Ziel hat NEUSTART bisher mit ganz großem Erfolg erreicht. Bereits heute sind 135 Personen ehrenamtlich tätig, 100 weitere sind in Ausbildung, 80 befinden sich in einem Auswahlverfahren. NEUSTART will – hören Sie jetzt zu – bis 2016 insgesamt 1 000 ehrenamtlich Tätige haben.

(Abg. Franz Untersteller GRÜNE: Das gäbe mir an Ihrer Stelle zu denken!)

Ich habe keinen begründeten Zweifel daran, dass dieses Ziel erreicht wird.

Durch die Übertragung auf NEUSTART sind mehrere Ziele gleichzeitig erreicht worden:

Erstens: Wir zeigen damit, dass Aufgaben, die nicht unbedingt vom Staat erfüllt werden müssen, auf Private übertragen werden können. Das ist eine großartige Sache.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zweitens, Herr Kollege Oelmayer, ob Sie es glauben oder nicht: Der Haushalt wird auf Dauer entlastet, da die Kosten nicht steigen, sondern gleich bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Das werden wir ja sehen! Das ist doch keine Glaubensfrage! Das kann man objektiv feststellen! – Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD – Zurufe von der FDP/DVP)

– Nein, das ist vertraglich festgeschrieben.

(Unruhe)

Drittens – hören Sie noch einmal zu –: Die Qualität der Bewährungshilfe wird ganz erheblich gesteigert.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Gerade dadurch können wir erreichen, dass die Straffälligen von professionellen Bewährungshelfern professionell beraten und betreut werden und dadurch nicht wieder straffällig werden. Dann haben wir das Ziel erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Karl Zimmermann CDU – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Da sind wir uns ja einig! Aber doch nicht durch eine private Struktur!)

Ein Wort zur SPD: Mich wundert sehr, dass die SPD in Baden-Württemberg dies nicht auch so sieht. Sie sollte nicht nur in Zeiten der Fußballeuropameisterschaft nach Österreich blicken, sondern auch dann, wenn es um die Beurteilung der Bewährungshilfe in privater Trägerschaft geht.

NEUSTART in Österreich hat kürzlich sein 50-Jahr-Jubiläum gefeiert. Die österreichische Justizministerin Dr. Maria Berger – ich komme gleich zum Ende –, die der SPÖ angehört, was Ihnen nicht fremd sein dürfte, sagte bei diesem Anlass u. a. – ich zitiere; hören Sie zu –:

(Unruhe)

... die Möglichkeit, ob wir jetzt vom Gesetz her mehr bedingte Entlassungen vorsehen, mehr obligatorische Bewährungshilfe, wäre nicht möglich, ... wenn es nicht NEUSTART gäbe.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Wir können einfach auf sehr, sehr gute Erfahrungen in der Bewährungshilfe verweisen, wir können zeigen, dass damit die Rückfallhäufigkeit viel besser gesenkt wird, und das kann dem Gesetzgeber und der Politik auch die Sicherheit geben, diese Instrumente mehr einzusetzen.

Machen Sie es der SPÖ nach. Dann sind Sie auf dem richtigen Weg.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Jawohl! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da habe ich jetzt Schwierigkeiten, zu applaudieren!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erhält Herr Justizminister Dr. Goll das Wort.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Oelmayer hat sich vorhin – ich habe genau zugehört – als Anhänger einer schlanken Verwaltung geoutet. Er hat gesagt, auch er sei dafür, dass Aufgaben, die bisher der Staat wahrnehme, auf Private übertragen werden – nur eben in diesem Fall nicht.

(Zuruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Deswegen hätte ich die simple Frage: Wo denn? Ich darf mir diese Frage übrigens angesichts Ihres – –

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Flughäfen etc.! Da kann ich Ihnen tausend Sachen nennen! Da ziehen Sie nicht mit! Messen etc.!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

– Sie würden den Flughafen und auch die Messe an einen Privaten verkaufen?

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Logo! Das ist doch keine öffentliche Aufgabe! Das ist keine Landesaufgabe! – Gegenruf: Auch die Feuerwehr?)

– Gut, dann darf ich auf diese Hilfe zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder zurückkommen.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Gegenruf des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber die Bewährungshelfer privatisiert ihr! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei der Bewährungshilfe –

(Zuruf von der CDU: Wir wollen fertig werden!)

– Ja, das ist richtig; wir sollten das Ganze nicht allzu lange vertiefen, weil alle Argumente eigentlich schon längst auf dem Tisch liegen. Auch ich beschränke mich auf wenige Wiederholungen. Aber ich sehe es ungern, wenn man manchmal versucht, die Dinge „umzudrehen“.

Ich habe immer gesagt: Wir privatisieren die Bewährungshilfe, weil diese Lösung besser und billiger wird als die bisherige Praxis. Ich lasse auch nicht zu, dass die Reihenfolge umgedreht wird. Es wird besser, und es wird billiger.

(Zuruf: So ist es!)

Warum wird es besser? Es wird besser, weil wir eine wesentlich bessere – allerdings auch eine straffere – Organisation bekommen und weil wir das ehrenamtliche Element wesentlich mehr beteiligen können.

Diese beiden Reformen wären beim Staat so nicht möglich gewesen. Die Einführung einer besseren und strafferen Organisation ist schon am Anfang auf wütende Widerstände gestoßen. Ich erinnere daran. Wir haben ja die ersten Schritte gemacht. Wir haben ja versucht, pro Standort eine Art geschäftsführenden Bewährungshelfer – mindestens einen – zu installieren, eine Art *Primus inter pares*, der ein bisschen danach schaut: Wann kommen die Leute, wann gehen die Leute, was machen sie? Wütender Widerstand! Unser Partner bringt die komplette straffe Organisation, die sich in Österreich bewährt hat, mit. Wohlgemerkt: Wir haben einen deutschen Verein, aber unser Partner hat in Österreich natürlich seine Erfahrungen gesammelt, die er mitbringt.

Thema 2: Beteiligung von Ehrenamtlichen. Es war nicht möglich, klarzumachen, dass ein eher einfach gelagerter Fall auch durch einen Ehrenamtlichen richtig betreut werden kann – nicht nur teilweise. Nicht alle Fälle sind eben so pathologisch, nicht in allen Fällen handelt es sich um Schwerkriminelle, denen jemand wie Sie und ich nicht helfen könnte; manchmal ginge das vielleicht sogar besser als durch einen Beamten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Ja, aber es war nicht möglich, da voranzukommen. Jetzt sind die Zahlen genannt worden. Ich nenne sie gern noch einmal laut und deutlich, weil sie immer verschwiegen werden und

weil ich auch glaube, dass sich diese Leute zunehmend ärgern, wenn sie ständig Ihre tollen Theorien lesen. NEUSTART hat in den Pilotprojekten in Tübingen und Stuttgart 85 zusätzliche ehrenamtliche Kräfte gefunden. Vorher ist gesagt worden: „Ihr findet nie Ehrenamtliche!“ Mittlerweile sind 135 dazugekommen, seit wir in die Fläche gegangen sind. In der Tat sind 100 weitere in Ausbildung

(Abg. Karl Zimmermann CDU: 200!)

und 80 im Auswahlverfahren.

(Zuruf: Ja, ja! Genau!)

Das sind dann die knapp 200, die wir im Moment haben. Es werden übrigens wöchentlich mehr.

Das sind doch zusätzliche Arbeitskräfte in der Bewährungshilfe. Wie bringen Sie es eigentlich fertig, komplett zu unterschlagen, dass diese Aufgabe täglich besser gelöst wird, weil mehr Personal eingesetzt wird – nur weil es Ehrenamtliche sind, die Ihnen offensichtlich nicht passen, die bei Ihnen offensichtlich nicht zählen? Jedenfalls werden sie nirgendwo erwähnt. Das finde ich im Grunde genommen ganz erstaunlich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist auch eine Ohrfeige für die Bewährungshilfe Stuttgart und den Bewährungshilfeverein! – Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

Warum wird das billiger? Also, Verzeihung: Drei Gründe dafür sind schon einmal klar.

Zum einen bekommt der Träger ja ein degressives Entgelt. Er bekommt in den kommenden zehn Jahren immer ein bisschen weniger. Also ist es doch logisch, dass es günstiger wird.

Zweitens zahlen wir dem Träger einen Ausgleich, wenn jemand beim Land ausscheidet. Aber wir zahlen nach den Personalkosten von 2005, und wir haben jetzt schon 2008. Auch dadurch wird es natürlich eindeutig billiger.

Zudem wird es natürlich durch die Konzentration der Standorte und Sprechstellen billiger – da haben wir eine wirtschaftlichere Lösung als bisher. Auch dadurch wird es günstiger.

Natürlich muss man im richtigen Moment ermitteln, was was kostet. Es ist richtig, dass wir zusätzliche Kosten haben, denn jede Reform kostet Geld. Sie hätte auch beim Land Geld gekostet. Wir haben dem freien Träger natürlich auch dafür Geld gegeben, dass er die Reformen durchführt und eine komplette EDV installiert. Das hätten wir sonst auch machen müssen. Aber es ist schon kurios, dass Sie uns diese Zusatzkosten in gewisser Weise vorwerfen,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Nein!)

denn die Reform beim Land hätte natürlich mindestens so viel Geld gekostet.

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Aber nicht mehr! Das ist doch keine Begründung für Privatisierung!)

Auch dem freien Träger geben wir etwas. Wir kommen ja nicht von heute auf morgen in eine moderne Struktur. Aber

(Minister Dr. Ulrich Goll)

trotzdem: Insgesamt sind die Zahlungen an den freien Träger degressiv. Es werden auch keine weiteren Zusatzkosten einmaliger Art in den Haushalt 2009 eingestellt – das war Ihre Frage. Eine Abrechnung für das Jahr 2007 ist noch nicht vernünftig möglich, weil uns noch gar nicht alle Kostenfeststellungen vorliegen,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Immer noch nicht?)

abgesehen davon, dass so etwas nicht vernünftig wäre. Man stellt nicht einen Prozess um und fragt dann nach einem halben Jahr nach den Kosten,

(Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Eineinhalb Jahre!)

wenn einem eigentlich noch die Informationen fehlen. Da wird vielleicht darauf gehofft, dass sich durch die Umzugskosten so viel summiert, dass diese Momentaufnahme ungünstig ausfallen könnte. Das ist ja Ihre Spekulation. Aber das macht niemand, der einigermaßen wirtschaftlich rechnet.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Gerade so jemand macht das!)

Gestatten Sie mir eine letzte Bemerkung. Ich rate an dieser Stelle wirklich, die Debatten nicht wie in der letzten Zeit fortzuführen. Ich habe erstaunliche Erfahrungen gemacht. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass schiere Eigeninteressen als Gemeinwohlinteressen verbrämt wurden. Ich habe erlebt, dass unflätige Äußerungen, z. B. gerade gegen Österreicher, im Internet getätigt wurden – man muss befürchten: von Betroffenen. Da bin ich schon erschrocken und frage mich, wie die dann mit ihren Klienten arbeiten, wenn sie zu solchen Äußerungen im Internet fähig sind.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Solche Leute sind nicht geeignet, Bewährungshilfe zu leisten!)

– Nicht geeignet. – Ich habe auch erlebt, dass reichlich unkritische Abgeordnete der Opposition sich sehr durchsichtige Argumente in die Feder diktieren lassen haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das gibt es gar nicht: „unkritische Abgeordnete der Opposition“! Das ist eine Pauschaldiskriminierung!)

Ich sage es Ihnen nur noch einmal deutlich: Im Vordergrund steht die verbesserte Leistung, und ein Stück billiger wird es auch. An diesen Aussagen werde ich mich jederzeit messen lassen.

Ich möchte Sie ein bisschen warnen. Wenn Sie Ihre absolut gestrige Position zu diesem Thema nicht ein bisschen korrigieren, geraten Sie demnächst ins Abseits. Denn die Leute, die an dem neuen Modell mitwirken – sowohl Professionelle als auch Ehrenamtliche, die es in großer Zahl gibt und die schon jetzt eine sehr gute und täglich besser werdende Arbeit leisten –, fühlen sich durch Ihre Äußerungen sicher nicht richtig behandelt und eingeschätzt.

(Widerspruch des Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE)

Insofern sollten Sie einmal von den gestrigen Informationen zu den aktuellen Tatsachen übergehen und Ihre Argumente ein bisschen anpassen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Das war ein reiner Berichtsantrag; er ist damit erledigt. – Es ist so beschlossen.

Punkt 9 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Für diejenigen unter Ihnen, die nachher zum Parlamentarischen Abend der

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Gärtner!)

Gartenbauverbände in Baden-Württemberg nach Ludwigsburg fahren, steht um 18:15 Uhr ein Bus vor dem Landtag bereit. Bei dem dortigen Abend gibt es auch eine große Leinwand; man muss also auf nichts verzichten. Die Rückfahrt kann ebenfalls mit dem Bus erfolgen.

Am morgigen Tag kann ich leider nicht anwesend sein, weil ich an einer Sitzung der Föderalismuskommission teilnehme. Das ist sicherlich ein solcher Verlust, dass Sie alle traurig sind – das ist mir schon klar.

(Oh-Rufe – Abg. Reinhold Gall SPD: Um Gottes willen! Dann klappt aber gar nichts hier drinnen! – Heiterkeit)

Sie werden es aber überleben.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:55 Uhr